



# Wortprotokoll

Der 217. Sitzung vom 8. September 1993

## Resoconto integrale

della seduta n. 217 del 8 settembre 1993

X. Legislatur  
X. Legislatura  
1988 - 1993



**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA  
DI BOLZANO  
SÜDTIROLER LANDTAG**

**SEDUTA 217. SITZUNG**

**8.9.1993**

**INDICE**

**INHALTSVERZEICHNIS**

Disegno di legge provinciale n. 221/93: "Disposizioni finanziarie in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della Provincia per l'anno finanziario 1993 e per il triennio 1993-1995" – (continuazione) e

Disegno di legge provinciale n. 222/93: "Assestamento del bilancio di previsione della Provincia per l'anno finanziario 1993 e per il triennio 1993-1995" – (continuazione). . . . . pag. 3

Landesgesetzentwurf Nr. 221/93: "Finanzbestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1993 und für den Dreijahreszeitraum 1993-1995" – (Fortsetzung) und

Landesgesetzentwurf Nr. 222/93: "Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1993 und für den Dreijahreszeitraum 1993-1995" – (Fortsetzung). . . . . Seite 3

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**PROF. ROMANO VIOLA**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.23 UHR

*(Appello nominale - Namensaufruf)*

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA):** *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Comunicazioni della Presidenza:

Sono state presentate le seguenti interrogazioni: interrogazione n. 2303/93 (Viola), riguardante la nomina del vicedirettore del Centro formazione professionale di Bresanone; interrogazione n. 2304/93 (Bolzonello/Holzmann), riguardante le ditte fornitrici di materiale sanitario ortopedico; interrogazione n. 2305/93 (Benedikter), riguardante la nomina del nuovo direttore delle ferrovie per il circondario dell'Alto Adige.

Ha ricevuto risposta scritta la seguente interrogazione: interrogazione n. 2014/93 (Benedikter/Klotz), riguardante gli incarichi pubblici da parte della Provincia a varie ditte nel periodo 1980; risposta da parte dell'assessore Achmüller.

E' stata presentata la seguente mozione: n. 378/93 presentata dal consigliere Benedikter il 7.9.1993, riguardante i provvedimenti contro la diminuzione dei ghiacciai - rimboschimento.

Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Ferretti e Oberhauser (giust. pom.).

Punto 73) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 221/93: "Disposizioni finanziarie in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione della Provincia per l'anno finanziario 1993 e per il triennio 1993-1995"* (continuazione).

Punto 74) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 222/93: "Assestamento del bilancio di previsione della Provincia per l'anno finanziario 1993 e per il triennio 1993-1995"* (continuazione).

Punkt 73 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 221/93*: **“Finanzbestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1993 und für den Dreijahreszeitraum 1993-1995”** (Fortsetzung).

Punkt 74 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 222/93*: **“Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 1993 und für den Dreijahreszeitraum 1993-1995”** (Fortsetzung).

In discussione generale ha la parola il consigliere Benedikter per proseguire il suo intervento interrotto ieri.

**BENEDIKTER (UFS):** Die Südtiroler Volkspartei hat dem MSI zum Sieg verholfen. Dieser Sieg wird den MSI in den kommenden Wahlen verstärken. Nach 40 Jahren äußert sich der Südtiroler Landtag das erste Mal zur Ortsnamensfrage, obwohl das diesbezügliche Koalitionsabkommen bereits 10 Jahre alt ist. Tatsache ist, daß die Abschaffung der faschistischen Dekrete - wie von uns beantragt - dreimal abgelehnt wurde. Mit dieser Ablehnung wäre nur der heute in ganz Italien herrschende Zustand hinsichtlich der Ortsnamen hergestellt worden. Folglich muß Rom Roma, Mailand Milano usw. heißen, ohne dem Artikel 102 des Autonomiestatutes zu widersprechen bzw. ohne das Gesetz deswegen zurückzuverweisen. Statt dessen hat man die in der ganzen Welt tatsächlich angewandten Richtlinien der Vereinten Nationen verfälscht. Man hat das Koalitionsabkommen als solches ignoriert und die Situation so dargestellt, als ob der durch die faschistischen Dekrete erzwungene Gebrauch ein geschichtlich gewachsener gewesen wäre. Man nimmt in diesem Kompromiß der sogenannten Autonomieparteien den durch den Faschismus geschaffenen Tatbestand hin. Dies ist allerdings nicht der einzige Tatbestand des Verrates am eigenen Programm der Südtiroler Volkspartei, das von 1945 bis 1988 verfolgt und durch 2 Sigmundskroner Kundgebungen verfochten wurde. Dabei meine ich die Kundgebungen vom April 1946 für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes und vom November 1957 gegen die Ausübung der selbstständigen Volkswohnbaupolitik des Staates. Obwohl die Provinz seit 1948 die ausschließliche Gesetzgebung hatte, hat der Staat in dieser Nachkriegszeit von sich aus 5.500 Wohnungen gebaut. Davon profitierten circa 5 Prozent deutscher Familien. Anschließend folgte die Parole “Los von Trient”.

Ich zähle die wichtigsten Tatbestände kurz bzw. schlagwortartig auf: Verzicht auf die Bevorzugung der einheimischen Arbeitssuchenden; Verzicht auf den Proporz durch Abgabe der Streitbeilegungserklärung ohne vorherige internationale Absicherung der Paketautonomie; Verzicht auf den echt einsprachigen deutschen Strafprozeß; Verzicht auf die eigenständige Energieversorgung aus den landeseigenen Wasserkräften; Verzicht auf einen den Staat bindenden Raumordnungsplan und auf die Notwendigkeit des Einverständnisses des Landes - bei staatlichen Vorhaben im Autonomiestatut vorgesehen -

; Verzicht auf Landschaftsschutz und Umweltverträglichkeitsprüfung, auch bei staatlichen Vorhaben, wie zum Beispiel Straßen, Eisenbahnlinien, Großkraftwerken usw. oder bei Vorhaben, die der Staat an sich zieht; Verzicht auf Industrieförderung aus dem Staatshaushalt durch das Land; Verzicht auf die Zuständigkeit für Volkswohnbau für Delogierte und Erstwohnungskauf für Arbeitnehmer; Verzicht auf die Zuständigkeit für die Durchführung der EG-Bestimmungen; Verzicht auf die Zuständigkeit für örtlichen Rundfunk und Fernsehprogramme sowie für die Festsetzung der Einzugsgebiete und Standorte der Sender; Verzicht auf die Zuständigkeit zur Förderung kultureller Tätigkeiten und jeglicher Werbetätigkeit im Ausland ohne römische Kontrolle; Verzicht auf die alleinige Zuständigkeit für die Sanität; Verzicht auf die Zuständigkeit für Bodenschätze, die von nationalem Interesse sind; Verzicht auf die Zuständigkeit für das Friedensrichteramt; Verzicht auf die Zuständigkeit für den Stilfser-Joch Nationalpark; Verzicht, die Artikel 68 und 69 des Autonomiestatutes geltend zu machen. Dabei handelt es sich darum, daß der Staat militärische Liegenschaften zum Kauf anbietet und folglich die Bindung für die Landesverteidigung fallen läßt. Das Land baut dem Militär 200 Wohnungen gegen den Buchstaben des Autonomiestatutes, wobei demnächst im Zuge des Verkaufes staatlicher Liegenschaften bzw. der Einsparungspolitik 29 hauptsächlich ehemalige militärische Liegenschaften angeboten werden. Unter ihnen befinden sich 12 Kasernen und das große Eisenbahngelände in Auer.

Ich fahre fort: Verzicht auf die Wiederherstellung der Gesellenprüfung als Bedingung für die Ausübung des Handwerksberufes; Verzicht auf die ausschließliche Zuständigkeit für die beruflichen Lehranstalten als Oberschulen; Verzicht auf die Identität Südtirols bei Ortsnamen und Siegesdenkmal; Zerstörung der Kulturlandschaft des Bozner Talkessels und des Etschtales durch die unnötige Verbauung des Grünkeils und der Kaiserau sowie durch die vierspürige MeBo gemäß Anasprojekt. Dadurch kam es zu einer Vergewaltigung des Bauerntums. Das ganze Land wurde zum Bonifizierungsgebiet. Die Quellen hätten enteignet werden sollen. Die Bergflucht sollte durch Industrie- und Handwerksbetriebe sowie Ferienwohnungen aufgehalten werden. Der Verzicht auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ist hier im Landtag am 5. Juni 1991 in aller Form erfolgt, und zwar durch die Ablehnung unseres Beschlußantrages. Dazu kommt der Verzicht auf die Steuerhoheit. Wir haben am 3. August 1992 einen Beschlußantrag eingebracht, um die Zinsknechtschaft des Landes gegenüber dem örtlichen Banksystem zwischen 25 und 30 Milliarden im Jahr abzubauen. Es gibt eine EG-Richtlinie von 1985, die gegen die Zinsknechtschaft der örtlichen sowie der privaten Körperschaften ist. Diese EG-Richtlinie ist zwar in Deutschland mit Bundesgesetz durchgeführt worden, in Italien aber noch nicht. Anscheinend besteht in Italien eine Erschwerung zwischen Bankensystem und Staat, ebenso wie zwischen Bankensystem und Land. Nicht nur die Zinsknechtschaft könnte durch die Übernahme der Steuerhoheit abgebaut werden, sondern das Land wäre anstelle des Staates für die Steuereinnahme und damit auf für die Steuergerechtigkeit verantwortlich. Dagegen wehrt man sich allerdings. Die Hauptsache für das Land ist

erhalten und verteilen, aber ja nicht selber einnehmen, obwohl der Staat nur ein Zehntel bekommt.

Wir haben einen diesbezüglichen Beschlußantrag im August 1992 eingebracht, der im Zuge der erzwungenen Politik für den Abbau der fast 2 Millionen Milliarden betragenden staatlichen Schuldenlast Aussicht auf Erfolg hätte. Der Staat würde sich rund 1.500 Milliarden ersparen. Bei beiden Provinzen wären dies 3.000 Milliarden. Die Provinz würde nicht nur 10 Zehntel aller Steuern einschließlich der Wertzuwachsabgabe, von welcher wir 7 Zehntel bekommen, erhalten, sondern würde auch von den jetzt anderswo einkassierten in Südtirol geschuldeten Steuern profitieren. Auch würden die Steuererhöhungen, die der Staat einführt und denen sich die Provinz anschließt, zugunsten der Provinz ausfallen. Dazu kämen noch die Steuererhöhungen, die jetzt abgezogen werden. Wir haben gestern den Beschluß gefaßt, die entsprechende Gesetzesbestimmung des Staates anzufechten. Wenn wir allerdings selbst für die Besteuerung im Rahmen des italienischen Steuersystems verantwortlich wären, dann hätten wir auch die Verantwortung, die Steuerlast nach unserer Auffassung, die sich von jener Italiens anscheinend unterscheidet, gerechter zu verteilen. Da fragt man sich, warum der Staat uns trotz Staatsbankrott gegen den Artikel 119 der Verfassung nach wie vor rund 9 Millionen pro Kopf zuweist, wovon nur rund 6 Millionen aus dem Steueraufkommen stammen. Ohne diese nie dagewesene Bestechung ist die Abgabe der selbstmörderischen Streitbeilegungserklärung nicht zu erklären. Warum selbstmörderisch? Sowohl Paladin als auch Andreatta haben es jüngst bestätigt. Andreatta hat - man hat es in den Zeitungen gelesen - darauf angespielt, daß der Proporz abgeschafft wird. Von 7.600 Stellen gibt es nur mehr 2.000 Stellen, die unter den Proporz fallen. Die Südtiroler Volkspartei will dies anfechten. Der Verfassungsgerichtshof hat ja bereits mit einem Urteil vom 1. Juni dieses Jahres gesprochen. Er hat gesagt, daß jene Betriebe, die privatisiert werden, nicht mehr unter den Proporz fallen. Andreatta hat darauf geantwortet: "*E' un affare interno italiano.*" Es handelt sich also um eine rein inneritalienische Angelegenheit. Österreich hat am 19. Juni 1992 vor den Vereinten Nationen die Streitbeilegungserklärung abgegeben, nachdem am 30. Mai 1992 die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei das dritte Mal - das erste Mal ist es ja bereits am 10. Dezember 1988 erfolgt - zugestimmt hat. Das Land Südtirol hat Österreich damit beauftragt, eine solche Erklärung abzugeben. In dieser Streitbeilegungserklärung steht, daß auf die Erklärung Rumors in der Kammer vom 3. Dezember 1969 dreimal Bezug genommen wird, in welchem er das Verfassungsgesetz zur Änderung des Autonomiestatutes eingebracht hat. Dreimal wird auf die Erklärung hingewiesen, in der er sagt, daß kein neues Autonomieabkommen mit Österreich abgeschlossen worden ist. Diese Maßnahmen, die wir jetzt vorschlagen, sprich Verbesserungen des bestehenden Autonomiestatutes, sind ein rein inneritalienisches Zugeständnis, um das Zusammenleben der Sprachgruppen in Südtirol zu fördern. In der Streitbeilegungserklärung wird also dreimal erklärt, daß alle Paketmaßnahmen restlos erfüllt worden sind, wie beispielsweise der Proporz und die Maßnahmen, die ich soeben

angeführt habe. Die wesentlichen Paketmaßnahmen und wesentlichen Zugeständnisse sind durch die heutigen rund 65 Urteile des Verfassungsgerichtshofes zunichte gemacht worden. Der Verfassungsgerichtshof bekräftigt Dekrete und Gesetze des Staates, die von der Provinz angefochten worden sind, da sie Autonomiebefugnisse bzw. -rechte zunichte gemacht haben. Damit ist das letzte Wort für Italien gesprochen. Wenn ich in der Streitbeilegungserklärung sage, daß das Paket ein inneritalienisches Zugeständnis ist, dann ist klar, daß Italien theoretisch die gesamten Paketzugeständnisse aufgrund der Koordinierungsbefugnis im nationalen Interesse abschaffen könnte. Dies würde geschehen, ohne daß durch den Kammerabgeordneten Ebner oder auch Riz dieses Zunichtemachen beklagt werden könnte. Durch die Streitbeilegungserklärung sagt man, daß das Paket hundertprozentig erfüllt worden ist und alle Differenzen, die mit dem Pariser Vertrag zusammenhängen, bereinigt sind. Bezugnehmend auf Rumor wurde die Erfüllung dieses Pakets durch eine dreimalige Erklärung bestätigt. Darin besteht der Selbstmord. Wir haben diesen jetzt sozusagen handgreiflich mit der Abschaffung des Proporz erlebt, wobei der Außenminister erklärt hat, daß dies ein "affare interno italiano" ist. Ich habe dies vor dem Außenminister beklagt und gesagt, daß Österreich kapituliert hat und wir keinen anderen Ausweg haben, als das Selbstbestimmungsrecht zu verlangen. Als ich über die Kapitulation Österreichs gesprochen habe, hat der Saal voller Trentiner Persönlichkeiten geklatscht. Der Außenminister hat das Recht auf Selbstbestimmung nicht bestritten. Dies ist das Recht abzustimmen, ob die Annexion an Italien rechtens und ob die Bevölkerung damit einverstanden war.

Ich komme nun zum Minderheitenbericht des Abgeordneten Meraner. Ich muß sagen, daß ich mich ihm anschließe und ihn ergänzen möchte. Er bezieht sich auf das Landesgesetz Nr. 8 vom 26. April 1980, welches besagt, daß im Haushaltbegleitungs-gesetz nur Änderungen an Gesetzesbestimmungen vorgenommen werden dürfen, die sich auf den Haushalt auswirken. "*Possono operarsi modifiche e integrazioni a disposizione legislative aventi riflesso sul bilancio.*" Man könnte sagen, daß das Land einen Tag, nachdem es das Gesetz beschlossen hat, dasselbe Gesetz durch ein nachfolgendes Gesetz abändern könnte. Das Land müßte zuerst die Bestimmung, welche besagt, daß man grundsätzlich keine Änderungen an Gesetzesbestimmungen - Kollege Meraner sagt "substantielle Änderungen" - vornehmen darf, abändern. Es dürfen nur solche Abänderungen vorgenommen werden, die sich auf den Haushalt beziehen. Dann kann man meinerwegen so verfahren, wie man hier verfahren ist. Dieser Grundsatz ist ja in das Landesgesetz nur vom staatlichen Reformgesetz Nr. 468 vom 5. August 1978 Artikel 11 übernommen worden. Darin steht dasselbe. Man könnte mir sagen, daß wir das bisher schon gemacht haben und daß deswegen das Haushaltsbegleitgesetz noch nie rückverwiesen worden ist. Es sind zwar immer wieder mahnende Hinweise in diese Richtung gemacht worden, aber man hat es trotzdem nicht rückverwiesen. Ich bin der Ansicht, daß die Zentralregierung jetzt gezwungen ist, ernst zu machen. Allerdings werden wir den Minderheitenbericht ergänzen, indem wir die vom Kollegen Meraner aufgezeigten

Fälle und die diesbezüglichen Artikel regelrecht vorbringen. Wir werden die einschlägigen Artikel angeben, um zu belegen, daß die Regierung, wenn sie die Rechtsstaatlichkeit wirklich wahrnehmen will, gar nicht mehr anders kann.

Landeshauptmann Durnwalder ist mir die Antwort auf sein Verhalten im Ministerrat schuldig geblieben. Ich wollte wissen, wie er sich gegenüber den Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der Abschaffung des verfassungsrechtlichen Tatbestandes, nämlich, daß die mit Durchführungsbestimmung seit 1976 festgesetzten Planstellen unter den Proporz fallen müssen, verhalten hat. Diese Planstellen können jetzt auf einmal geändert bzw. auch abgeschafft werden, so daß sie nicht mehr unter den Proporz fallen. Dies geschieht mit einer Verfügung des zuständigen zentralen Verwaltungsgremiums, der zentralen Post-, Eisenbahn- oder Telephonverwaltung, ohne daß deswegen die Durchführungsbestimmungen bemüht werden brauchen. Die Kommission bzw. der Ministerrat und der Präsident des Landesausschusses werden eingeladen, und der Präsident kann dagegen protestieren. Wie hat sich Landeshauptmann Durnwalder in dieser Ministerratssitzung vom 25. Juni 1993 verhalten? Es ist nicht verfassungswidrig, daß der Ministerrat etwas beschlossen hat, was die Kommission nicht vorgeschlagen hatte. Das kann der Ministerrat tun. Der Landesausschuß kann dagegen protestieren und vorbehalten, anzufechten, wenn er glaubt, daß dazu die Voraussetzungen gegeben sind. Verfassungswidrig ist jedoch die Tatsache, daß die mit Durchführungsbestimmungen immer wieder festgesetzten Stellenpläne, die ja für uns wesentlich sind, mit einem Beschluß der Verwaltung abgeändert werden können. Es ist ein Unterschied, ob es sich um 7.600 oder nur um 2.000 Stellen handelt. Was hat Landeshauptmann Durnwalder gegen diesen quasi Abbau des Proporztes geltend gemacht? Bei einer Herabsetzung von 7.600 auf 2.000 Stellen kann man wohl von einem Abbau des Proporztes sprechen, wobei gleichzeitig der Proporz gemäß Verfassungsgerichtshof trotzdem für alle örtlichen Stellenpläne gilt. Ich spreche dabei von der Provinz mit ihren 13.000 Stellen einschließlich Sanität, Gemeinden mit 4.000 Stellen, Handelskammer usw. In diesem Bereich gilt er, obwohl dies im Autonomiestatut gar nicht vorgesehen ist, weil dort die italienische Sprachgruppe auf diese Weise ihre 30 Prozent zugesichert hat und zugesichert bekommen wird. Ich nehme an, daß Landeshauptmann Durnwalder nicht dagegen protestiert hat. Ich habe - wie gesagt - an mindestens 45 Ministerratssitzungen teilgenommen, bei denen Durchführungsbestimmungen beschlossen worden sind und habe, sobald es notwendig war, dagegen protestiert. Ich zitiere das, was ich zum Beispiel am 19. Oktober 1987 im Ministerrat gegen die Koordinierungsbefugnis erklärt habe. Ich sage dies, obwohl Landeshauptmann Durnwalder genau weiß, daß das, was im Ministerrat passiert, genau registriert wird. Es geht um wichtige öffentliche Amtshandlungen. Diesbezüglich, auch die Eisenbahn betreffend, ist sein Verhalten widersprüchlich, zumindest autonomiewidrig. Ich möchte wiederholen, was ich diesbezüglich angefragt habe: "Bezugnehmend auf das Interview in den Dolomiten vom 28. August 1993 frage ich den Landeshauptmann, wie es



zu der Vereinbarung mit dem Chef für Lokaltransporte der Eisenbahn, Bernardi, im Juni 1993 kommen konnte, wo doch im Juni 1991 zwischen dem damaligen Personalchef der Eisenbahn, Vachiago, und dem Landeshauptmann vereinbart worden war, den Präsidenten des Regionalrates, Oskar Peterlini, für diesen Posten zu ernennen.“ Dieser war entschlossen, als Abgeordneter zurückzutreten. Mir kommt allerdings vor, als ob es diese damalige Vereinbarung nicht gegeben hätte. Dazu kommt, daß die neue Vereinbarung die zugestandene Schaffung eines eigenen Eisenbahnbezirkes für Südtirol mit Zuständigkeit für das allgemeine Bahnnetz und für die Personalverwaltung vollkommen ignoriert. Bernardi hat mitgeteilt, daß für ganz Italien eine kleine Regionalisierung der Eisenbahnverwaltung beschlossen worden ist mit der Zuständigkeit eines beauftragten Beamten hinsichtlich Materialeinsatz, örtlicher Fahrpläne, Haltestellen und Bahntarife. Das hat sowohl mit den Durchführungsbestimmungen hinsichtlich Personalverwaltung und mit dem allgemeinen Bahnnetz als auch mit Autonomie und Proporz gar nichts zu tun. Auf einmal heißt es in diesem Interview der Dolomiten: “Ich glaube, er - Oskar Peterlini - hat kein Interesse mehr an dem Posten.” Zuerst wird die Besetzung dieser Stelle mit einem Südtiroler in aller Form vereinbart, dann glaubt man, er habe kein Interesse mehr. Bei einer solchen “Anpassungsfähigkeit” des Südtiroler Landeshauptmannes dem Staate gegenüber ist es kein Wunder, wenn derselbe Staat sich über Autonomiestatut und Durchführungsbestimmungen hinwegsetzt. Dies tut er, weil er weiß, daß erstens das Land dort, wo es protestieren könnte, wie im Ministerrat, gar nicht protestiert, und zweitens die nachträglichen lahmen Anfechtungen aufgrund Streitbeilegungserklärungen sowieso Schiffbruch erleiden. Ich sage “lahm”, da das, was wir gestern erlebt haben, keine Anfechtungen sind, wenn die Begründung bei Haut und Haaren nicht stimmt. Wenn das Land nicht auf das verbriefte Recht besteht, warum soll der Verfassungsgerichtshof anstelle des Landes päpstlicher sein als der Papst? Dies rührt Euch alle nicht! Die Medien - in erster Linie die einzige deutsche Tageszeitung Dolomiten, die seit 1986 vom Staate jährlich annähernd 2,9 Milliarden erhält, einschließlich RAI - werden dafür sorgen, daß die Bevölkerung nicht, wie es für die RAI im Artikel 1 des Gesetzes Nr. 223 vom 6. August 1992 gesetzlich vorgeschrieben ist, pluralistisch, objektiv, vollständig und unparteiisch informiert wird. Dies war einmal anders. Die Volkspartei hat das Südtiroler Volk umfassend vertreten. Damals hat Kanonikus Gamper nicht gescheut, die Volkspartei in den “Dolomiten” und im “Volksbote” anzurufen, wenn er der Ansicht war, daß die Volkspartei ihren guten Vorsätzen untreu wurde. 1959 hat er beispielsweise auch mich angegriffen. Ich war ja Mitglied des Regionalausschusses. Der Grund dafür war, daß ich nicht zusammen mit Hans Dietl zurückgetreten bin, ein Jahr bevor es die Partei endlich beschlossen hatte. Dies geschah aus Protest gegen die Nicht-Durchführung des Artikels 14 “Delegierung an die Provinzen aller Befugnisse der Region”. Er war der Ansicht, daß dieser Protestschritt viel früher erfolgen mußte. Die Partei hat ihn dann 1959 auch beschlossen. Ich bin dann zusammen mit den anderen Regionalassessoren zurückgetreten.

Da ich noch etwas Redezeit zur Verfügung habe, möchte ich noch das, was ich am 19. Oktober 1987 im Ministerrat hinsichtlich Koordinierungsbefugnis erklärt habe, aufwerfen. Die Gesetzgebungszuständigkeit der Regionen und der beiden autonomen Provinzen wird schon durch vier Einschränkungen beschränkt: Einhaltung der Verfassung, der Grundsätze der Rechtsordnung, der internationalen Verpflichtungen und Reformgrundsätze für die primäre und die Grundsätze der einschlägigen Staatsgesetze für die sekundäre Gesetzgebungsbefugnis. Dazu kommt noch die Befugnis des Staates, die Gesetze von Fall zu Fall zurückzuverweisen. Grund dafür kann auch der Widerspruch zu nationalem Interesse sein. Im Falle der Wiedergenehmigung des Beharrungsbeschlusses durch den Landtag bei Rückverweisung eines Gesetzentwurfes wegen Widerspruch zu nationalem Interesse ist vorgesehen, daß der diesbezügliche Konflikt durch eine parlamentarische Kommission entschieden werden muß. Dies war allerdings nie der Fall. Die Regierung hat zwar wegen Widerspruch zu nationalem Interesse rückverwiesen, allerdings dann beim Beharrungsbeschluß irgendeine Verletzung eines Rechtsgrundsatzes erfunden. Danach ist das Gesetz immer beim Verfassungsgerichtshof gelandet. Ich habe weiters folgendes gesagt. Die autonome Provinz Bozen hat den höchsten Prozentsatz an rückverwiesenen Gesetze aller Regionen Italiens. Der Verfassungsgerichtshof hat den Erlaß von Staatsgesetzen mit Detailbestimmungen in Sachgebieten der primären und sekundären Zuständigkeit des Landes gerechtfertigt, weil auf diese Weise die nationalen Interessen von vorne herein festgesetzt werden. Wenn sich die Provinz nicht an diese Bestimmungen hält, kann sich der Staat bzw. die Regierung an ihre Stelle in der Ausführung des Staatsgesetzes setzen. Die Landesverwaltungsakte kann somit Landesmaßnahmen annullieren.

Weiters habe ich im Ministerrat folgendes zum Ausdruck gebracht. Livio Paladin, der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, hat in einer römischen Tagung am 22. Februar 1985 folgendes gesagt: *“Da noi per contro si è inventata con legge ordinaria ed attuata con leggi delegati una funzione come quella di indirizzo e coordinamento che nella costituzione non trova alcun riscontro.”* Ich habe ihn jüngst im Mai - ich war in Triest bei einer Tagung der Regionen mit Sonderstatut, wobei Paladin der Hauptvortragende war - daran erinnert. Er hat dies bekräftigt; es ist ja in einem Buch gedruckt. Sogar in verschiedenen Urteilen des Verfassungsgerichtshofes wird die Koordinierungsbefugnis bekräftigt und gesagt: *“Si tratta di una penetrante ingerenza nella sfera dell'autonomia speciale rispettivamente di un' ulteriore compressione dell'autonomia.”* Dies hat der Verfassungsgerichtshof zugegeben. Ich habe im Ministerrat noch folgendes gesagt: *“Questa funzione viola inequivocabilmente l'autonomia ed è pure inconciliabile con il concetto di autonomia riconosciuta nel diritto internazionale come constata un parere elaborato per incarico del “Dipartimento of state” del governo americano in merito alla “full autonomy” da concedere alla “Westbank” ed al territorio di Gaza ai sensi dell'accordo di “Camp David”.* Dort sagt dieses Völkerrechtsinstitut in einem weiteren Gutachten, welches uns im November 1988 abgegeben wurde, daß die Ausübung der Ko-

ordinierungsbefugnis gegenüber einer völkerrechtlich verankerten Autonomie ein Witz - "una presa in giro" - ist. Ich habe mich damals im Ministerrat zur Wehr gesetzt. Ich habe protestiert und dagegen gestimmt. Das Land hat dann dies, wobei die Voraussetzungen gegeben waren, angefochten. Man hat sich zumindest darauf berufen können, daß auch im Ministerrat, was immer die Kommission vorgeschlagen hat, der Präsident des Landesausschusses sich in aller Form dagegen verwehrt hat. Danke!

**KLOTZ (UFS):** Praxisbezogen wird dieser Haushalt mit der dazugehörigen Debatte der letzte innerhalb dieser Legislatur sein. Wir haben gehört, daß es einen provisorischen Haushaltsvoranschlag geben soll. Dabei werden aber nur Ziffern fortgeschrieben, an den politischen Inhalten ändert sich nämlich nicht viel. Bei dieser Gelegenheit, sprich bei der Behandlung des Nachtragshaushaltes, ist es Zeit, eine Bilanz zu ziehen, und zwar nicht nur über den vergangenen Haushalt 1993, sondern über die politischen Inhalte, die politische Weichenstellung, die wirtschaftliche Entwicklung und die kulturpolitische Situation der letzten 5 Jahre. Mit diesem Haushalt und den politischen sowie finanztechnischen Weichenstellungen dieser letzten 5 Jahre wurde nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische Gesicht sowie die kulturpolitische Ausrichtung unseres Landes wesentlich geprägt, aber auch verändert. Auch mit diesem Nachtragshaushalt und den dazugehörigen politischen Entscheidungen ist man daran, die Zukunft Südtirols zu verspielen und die Risiken in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht aufs Spiel zu setzen. Man ist dabei, die Risiken einzugehen und die Zukunft, die Erhaltung, die Sicherung unseres Bestandes, des Bestandes unseres Volkes, aber auch unserer Heimat einzuleiten und zu verspielen. Ich werde dies noch anhand konkreter Beispiele aufzeigen.

Wenn in der Darstellung des Landeshauptmannes und der Partei, welcher er angehört und welche dieses Land wesentlich prägt und infolgedessen auch die Politik dieses Landes wesentlich ausrichtet, die Rede von einem Haushalt rein technischer Natur ist, so ist es wohl Absicht, uns alle an der Nase herumzuführen. Wenn man bedenkt, was mit diesem Geld gemacht und was damit unterlassen wird, dann heißt eine solche Aussage, jemanden an der Nase herumzuführen. Dies geschieht, indem man ihm weis machen will, daß es sich hier nur um rein technische Daten und Entscheidungen handle. Genau wie man uns eine solche Fehlinterpretation zumutet, so mutet man der gesamten Bevölkerung zu, daß sie einige Aussagen höchster Funktionäre der SVP tatsächlich frißt, indem man beispielsweise sagt, daß es uns gut geht und wir einen großen Wohlstand haben. Nirgendwo geht es uns besser als in dieser Situation, als ginge es nur um das Finanzielle oder in diesem Fall um das rein äußerliche Wohlbefinden. Dies zum ersten.

Zweitens wäre alles andere sowieso nebensächlich, nach dem Motto von Landeshauptmann Durnwalder: "Wichtig ist, daß es mit dem Geld stimmt." Ich werde noch darauf eingehen, ob dies wirklich den Tatsachen entspricht. Geld ist die Hauptsache, alles andere ist Nebensache. Wir werden noch zur Analyse kommen, ob es damit tatsächlich so

gut bestellt ist oder ob nicht nur die Landesregierung den konkreten Bezug zu den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Überblick über die tatsächliche Situation in unserem Lande verloren hat. Hat die Landesregierung jemals erhoben, wie sich die letzten Abgaben auf jene auswirken, die sie wahrheitsgemäß und pünktlich entrichten? Hat sich jemand von der Landesregierung - um nur ein ganz simples Beispiel herzuziehen - jemals genau einen Zettel bei der Abgabe der Energiekosten angeschaut? Ich nehme an, daß dies nicht der Fall ist. Was den Familien immer wieder ins Haus flattert, setzt sich folgendermaßen zusammen: die monatliche Fixgebühr, die je nach Haushalt und Kategorie bei circa 25.000 Lire liegt; die Energie, die bei einem Minimalverbrauch in der niedrigsten Kategorie von 3 Kilowattstunden bei einer vierköpfigen Familie bei 30.000/40.000 Lire im Durchschnitt liegt; die Staatssteuer sowie die Zusatzsteuer, die jeweils entsprechend berechnet werden; der ENEL-Anteil und - das ist der größte Hohn - der Thermozuschlag, den unser Land, welches so viel Energie entweder gratis abliefern oder zu einem äußerst vergünstigten Preis bezahlen muß. So schaut die Zusammensetzung dieser Energiebelastung für unsere Haushalte aus.

Schauen wir uns nun einmal den Sektor Sanität an, da gerade der zuständige Landesrat hier sitzt. Aus der Aufstellung, die Gerold Meraner in seiner üblich korrekten und genauen Weise liefert, können wir entnehmen, daß von den zusätzlichen 176 Milliarden, die in diesem Nachtragshaushalt eingebaut werden sollen, nicht weniger als 30 Prozent auf die Sanität entfallen. Gleichzeitig flattern uns die Ankündigung und die Gewißheit ins Haus, daß wir mit dem 15. September eine Abgabe für den Vertrauensarzt entrichten müssen, und zwar 85.000 Lire pro Person. Jetzt werdet Ihr sagen, daß dies nur Familien betrifft, die ein gewisses Einkommen überschreiten und daß diese den Betrag sehr wohl bezahlen können! Es sei sehr wohl zumutbar. Wißt Ihr, was 85.000 Lire pro Kopf in einer Familie bedeuten? Wißt Ihr, wieviel solche Familien bereits an Gesundheitssteuer zahlen? Habt Ihr das einmal durchgerechnet? Ich gebe zu, daß es bei unseren Gehältern nicht so ins Gewicht fällt. Infolgedessen stimmt die gesamte Dimension nicht mehr. Aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren ist es an der Zeit, zu sagen, daß wir Politiker überbezahlt sind. Schaffen wir andere Dimensionen! Wir müssen auch bei den Steuern andere Dimensionen schaffen. Jetzt werdet Ihr hergehen und sagen - Gerold Meraner hat gestern in ausgezeichneter Weise abgehandelt, wie dies funktioniert -, daß der Staat für die Steuern zuständig ist. Da können wir nichts machen. So wird es jetzt auch bei der Sanität sein, wobei den Familien ein großer Teil der Ersparnisse abgenommen und ihnen die Gelder abgeknöpft werden. Es ist an der Zeit, zu einem Steuerboykott aufzurufen und insofern ehrlich zu sein! Man verlangt bzw. vertritt entweder die Steuerhoheit glaubwürdig und kämpft dafür oder man hat so viel Ehrlichkeit, zu sagen, daß wir weder den Mut noch den Willen haben, diese Steuerhoheit wirklich konkret einzufordern. Vor diese Alternative werdet Ihr hoffentlich irgendeinmal gestellt werden! Ihr werdet wirklich Farbe bekennen müssen!

Weil wir gerade von der Sanität gesprochen haben - das war jetzt ein allgemeiner Einschub -, möchte ich daran erinnern, daß gewisse Fixanteile vom Staat her gebunden und vorgeschrieben sind. Infolgedessen ist es auch an der Zeit, davon zu sprechen, was in dieser Sanität gesamtstaatlich getrieben worden ist. Wir besitzen heute die klaren Unterlagen bzw. die Auflistungen über das, was der frühere Gesundheitsminister De Lorenzo durch seine Schmiergeldpraxis abgezwickelt hat. Es ist nicht auszudenken, was er im Zuge dieser "Schmiergeldkassiererei" verbrochen hat, und zwar am gesamten italienischen Volk und somit auch an den Südtirolern. Wir wissen alle, wie er diese Schmiergelder in Milliardenhöhe bekommen hat, nämlich, indem er Pharmaindustrien bestimmte Produkte abgenommen hat, die er auf die Liste der in den Apotheken geförderten Produkte gegeben hat. Es tut mir leid, daß ich dies jetzt nicht fachspezifischer ausdrücken kann, aber wir wissen alle, worum es geht. Damit hat er bestimmte Produkte gefördert. Wissen wir, welche Folgen dies auf die Gesundheit des gesamten Volkes gehabt hat? Sind wir so sicher, daß es sich dabei um wirklich gute und sozusagen gesundheitlich zumutbare bzw. verträgliche Produkte gehandelt hat oder welche Folgeschäden daraus entstanden sind? Dieses Verbrechen haben wir mitfinanziert. Die Dimension ist insofern nicht nur die moralische, nämlich, daß sich dieser De Lorenzo persönlich um Milliarden bereichert hat, sondern die noch entscheidendere und schwerwiegendere - möchte ich sagen - ist, daß er damit tatsächlich die Volksgesundheit aufs Spiel gesetzt hat. Es wird nie möglich sein, die Folgen gänzlich zu beleuchten und zu verifizieren bzw. einzuschätzen.

Ich möchte nun auch auf die lokale Sanität zu sprechen kommen. Es geht hier nämlich um immense Ausgaben und den Bezug zu den Leistungen. Noch einmal möchte ich den Landesrat eindringlich bitten, nach dem Rechten zu sehen, und zwar dort, wo es um die Einkäufe geht und wo Geräte - wie wir alle wissen - in den Kellern herumstehen! Er soll bitte den Gerüchten nachgehen, die besagen, daß in seinem Resort Beamte sitzen, die nach Holland gefahren sind, dort gewisse Maschinen ausgesucht und die entsprechenden Einkäufe getätigt haben. Dabei nutzten sie die Möglichkeit, das eine und andere von den Firmen abzuzwickeln. Der Landesrat weiß ganz genau, daß es da entsprechende Eingaben gibt. Ich bitte ihn, nach dem Rechten zu sehen! Ansonsten muß man von Unterlassungen sprechen. Wir wissen alle, daß solche Geräte, wenn sie nicht genutzt werden, auch entsprechende finanzielle Lasten darstellen. Die Computer bzw. die verschiedenen Tomographen, die angeblich herumstehen, haben viel gekostet. Ich erwarte mir vom Landesrat, daß er, wenn nicht in der Replik, so in einer geeigneten anderen Art und Weise ganz konkret Auskunft darüber gibt! Es werden in diesem Zusammenhang auch Namen genannt. Er weiß dies sicher besser als ich.

Es wird immer wieder gesagt, daß wir, was das Geld betrifft, aber auch kulturpolitisch, gut dastehen würden und vieles machen könnten, da wir über 600 Genossenschaften, 200 Vereine, hunderte von Weiterbildungskursen, Musikkapellen, Musikschulen usw. verfügen. Ist damit das kulturpolitische Wohl unseres Volkes ausgedrückt? Dies

kann ich nicht sagen. Ich sehe nur die Tendenz der letzten Jahre, vor allen Dingen nach dem Paketabschluß. Ihr braucht keine Angst zu haben, daß ich jetzt weiterfahre, wo Alfons Benedikter aufgehört hat! Nein! Ich möchte sagen, daß man mit dem Geld dieses Nachtragshaushaltes in der Fortsetzung der gleichgültigen Politik gerade im Kulturbereich der letzten Jahre an den Grundpfeilern unseres Kulturbestandes, unseres sprachlichen sowie kulturellen Identitätsbewußtseins sowie unserer Schulen wesentlich rüttelt. Zwangsläufig komme ich auf die Entscheidung der Landesregierung zu sprechen, die sich erst am letzten Montag wieder bekräftigt hat, den Immersionsunterricht in der berühmten Archimede-Mittelschule zuzulassen. Währenddem die deutsche Presse harmlos banalisierend davon spricht, daß der Landeshauptmann gestattet, daß der Deutschunterricht um 2 Stunden erweitert wird, spricht die italienische Presse ganz klar darüber, daß man mit dem Immersionsmodell mit der Immersion beginnt. Dies ist der Beginn des Verzichtes auf unsere deutsche Schule und der Beginn der gemischten Schule in Südtirol. Romano Viola sagt: "Warum denn?" Es ist doch sonnenklar, daß, wenn in einer italienischen Schule ein Curricularfach, wie es Geographie immer noch ist, in einer anderen Sprache unterrichtet wird, dies der Beginn der gemischten Schule ist. Wenn sich morgen - das hat Schulamtsleiter Stifter meines Erachtens sehr klar gesagt - eine deutsche Schule wünscht, das Curricularfach Geographie in der italienischen Sprache zu unterrichten, warum soll es ihr dann verboten werden? Wenn übermorgen eine italienische Schule vorschlägt, ein weiteres Fach - beispielsweise Geschichte oder Naturkunde - in einem anderen Fach zu unterrichten, was bedeutet das dann, Kollege Viola? Dies ist die gemischte Schule. Wenn gleichzeitig in der Archimede-Mittelschule der Geographieunterricht abgeschafft wird, also das Curricularfach Geographie - wie bisher üblich und vorgeschrieben - in der italienischen Muttersprache abgeschafft wird, wo bleibt dann die Geographie? Wenn Landeshauptmann Durnwalder dies so tarnt, indem er einfach sagt, daß es im Grunde genommen nichts anderes ist als die Möglichkeit, daß die Italiener im Deutschunterricht auch über Geographie reden können, dann ist das eine Augenauswischerei billigster Art. Hält er uns denn für blöd? In diesem Saal befinden sich genügend Lehrer, die wissen, daß wir im Deutschunterricht sowie im Fach Italienisch Themen behandeln können, die wir wollen. Es ist nicht so, daß man über Themen wie Geographie, Geschichte und anderes nicht sprechen kann. Wenn gleichzeitig das Curricularfach abgeschafft wird, kann mir niemand weis machen, daß damit nur der Deutschunterricht verlängert bzw. erweitert wird. Daß Landeshauptmann Durnwalder - mein ganz konkreter Vorwurf - dies nicht durchschaut oder uns hier einen Bären aufbinden will und die Südtiroler in eine solche Situation versetzt, wird man ihm niemals verzeihen. Da muß man ihm entweder totale kulturelle Ignoranz oder Interessenlosigkeit vorwerfen. Kollege Viola weiß ganz genau, auf welchem Standpunkt ich stehe. Die Italiener sollen in ihren Schulen tun und lassen dürfen, was sie wollen. Aber die Südtiroler dürfen dadurch nicht verpflichtet werden können, dasselbe zu machen. Aus diesem Grunde habe ich auch bei der damaligen bewußten Anhörung bzw. dem Gespräch mit den

Elternvertretern und der Direktorin der Mittelschule Archimede ganz offen gesagt: Kämpft mit uns für die primäre Zuständigkeit in Schulangelegenheiten! Kämpft mit uns für eine echte Schulautonomie! Dann können wir hier im Land beschließen, daß die Italiener in ihren Schulen tun und lassen können, was sie wollen. Die Südtiroler sind allerdings für die Gestaltung ihrer Schule zuständig. Daß die Direktorin und ihr gesamter Stab nicht diesen Weg gegangen sind, sondern weiterhin hinten herum über die Zusatzstunden, indem sie ein Curricularfach einbauen und in der Muttersprache abschaffen will, haben sie gezeigt, daß es ihnen nicht in erster Linie um die Kultur- und Schulautonomie geht, sondern, daß es wirklich um die Einführung der gemischten Schule geht. Landeshauptmann Durnwalder ist wie immer nicht hier. Es interessiert ihn nicht. Wichtig ist das Geld, alles andere ist Nebensache. Dies sind die Einbrüche. Da geht es an die Substanz. Es geht um die Grundpfeiler. Daß man die deutsche Schule so leichtfertig aufs Spiel setzt, wird sich morgen rächen. Wißt Ihr, wohin das führt? Kollege Pahl hat die Reisen vorgeschlagen und geleitet. Wir haben die Situation in Katalonien, im Baskenland und im Aostatal gesehen. Wir wissen, was wir dort vorgefunden haben. Wir haben gesehen, wie sehr dort die autochthone Bevölkerung, also die angestammte Bevölkerung, gerade um die Schule und den Muttersprachenunterricht kämpft. Bagatellisieren wir dies nicht! Nehmen wir dies nicht auf die leichte Schulter! Ich kann nur noch einmal warnen und die Volkspartei auffordern, ehrlich zu sein. Sie soll den Landeshauptmann nicht unterstützen und tun lassen, was er will, da er von Kulturfragen und von der Schule Südtirols nichts versteht. Wie hätte er sonst den Antrag seines Kollegen Ferretti damals noch so blindlings unterschreiben können, wonach der Staatsrat um eine Interpretation und ein Gutachten ersucht wird, ob der Frühsprachenunterricht im Kindergarten möglich ist oder nicht bzw. ob das Autonomiestatut dafür ein Hindernis darstellt? So etwas darf einem Regierungsmitglied und in diesem Fall dem höchsten Vertreter der Regierung, der sich noch dazu Südtiroler nennt, nicht passieren, wenn er einen Funken Fingerspitzengefühl für kulturpolitische Dinge und die Bedeutung der Schule insgesamt hat.

Die Südtiroler Volkspartei ist auf dem Weg abubrechen. Dies ist der Niedergang. Ihr wißt, woher der Niedergang kommt! Mit der Abgabe der Streitbeendigungserklärung, mit diesem Paketabschluß! Es heißt immer, daß diese Entwicklung bereits verschiedene Volksgruppen mitgemacht haben. Diese stehen in der Stufenleiter weiter unter. Wir stehen noch am Anfang. Nach dem politischen Niedergang folgt der wirtschaftliche, der kulturelle sowie der sprachliche. Dies ist die Stufenleiter. Das predige ich aber nicht erst seit heute, sondern seit ich hier im Landtag bin, sprich seit dem Jahre 1983. Es hat anscheinend nichts gefruchtet. Aber das, was wir sagen, fruchtet ja nie. Wir entlassen Euch nicht aus Eurer Verantwortung! Ihr werdet dies morgen zu verantworten haben! Wir können diese Entscheidungen weder rückgängig machen, noch daran etwas ändern. Wir können lediglich warnen und die Situation aufzeigen. Was Ihr Euch gestern mit der Toponomastik geleistet habt, ist symptomatisch. Ihr versteht anscheinend vor lauter teurem Geld gar nicht mehr, welche kulturpolitisch existentielle Frage dahinter steckt.

Hier geht es um Kolonialismus. Hier geht es ganz einfach um das Selbstbewußtsein und um die Substanz dieses Landes bzw. dessen Identität. Habt Ihr jemals beobachtet, wie mißtrauisch und mißgünstig sehr viele unserer Brüder aus der italienischen Volksgruppe bei verschiedenen kulturellen Veranstaltungen oder auch Veranstaltungen, bei denen unsere musikalische Jugend und unsere Trachtenträger dabei sind, danebenstehen? Sie binden sich nicht ein. Sie stehen daneben und betrachten das Ganze mit Mißgunst und Mißtrauen. Dies ist die Situation. So ist es auch in der Toponomastik. Wer weder imstande noch willens ist, sich hier in dieses Land einzubinden, der ist in Wahrheit noch immer vom kolonialistischen Geist geprägt. Das äußert er, indem er unsere Trachten, unsere Musik, unsere Ortsnamen mit Feindlichkeit betrachtet und alledem unserer Kultur mit Feindlichkeit begegnet. Sehr viele machen es inzwischen geschickter. Sie sagen: "Machen wir es zweisprachig, denn jeder hat das Recht in seiner Sprache zu sagen, wo er sich befindet!" Dies ist nun die neueste Aussage. Einen noch besser getarnten Kolonialismus gibt es nicht. Demnach wird hier so getan, als müßte der Italiener das Recht haben, in jedem Kaff der Welt den Namen des fremden Landes, in dem er sich befindet, in seine Sprache zu übersetzen. Das ist ja hirnrissig! Man läßt es diesen Leuten noch durchgehen, schweigt und enttarnt das ganze Spiel nicht. Bei den Ortsnamen geht es um mehr als nur darum, zu sagen, in welchem Ort man sich gerade befindet. Warum haben sich die Italiener in diesem Land bisher nicht in unsere Gemeinschaft eingelebt, so, wie es der natürliche Prozeß wäre? Dieses Land bietet ihnen alles. Dieses Land bietet ihnen Heimat und Geborgenheit. Wenn wir mit offenem Herzen anderswo hingehen, dann suchen wir den Kontakt zur dort ansässigen autochthonen Bevölkerung. Wir freuen uns, wenn sie uns daran teilhaben läßt. Selbstverständlich dürfen wir nicht mit dem Gehabe dort hingehen und sagen: "Paßt auf! Jetzt bin ich da. Jetzt heißt dieser Ort nicht mehr Welsberg, sondern Monguelfo! Das heißt jetzt nicht mehr Stuttgart, sondern Stoccarda!" Dies ist Kolonialismus. Wer hier seine eigenen Maßstäbe ansetzt und nicht so viel Offenheit und Willen mitbringt, um sich selber einzugliedern, einzuleben und Einsicht in die dort herrschenden Verhältnisse bzw. die dortige Kultur zu gewinnen, kommt als Kolonialist. Diese Frage erhebt sich ganz klar auch bei der Toponomastik. Dies haben auch viele Italiener erkannt. Viele haben den Mut, es zu sagen. Aber sehr viele tarnen es geschickt, weil sich die meisten heute lieber progressiv nennen und nicht möchten, daß im Grunde ihre wahre kolonialistisch-imperialistische Gesinnung zu Tage tritt.

Ich möchte, da ich gerade von einsichtigen Italienern spreche, den berühmtgewordenen Artikel im "Corriere della Sera" ein wenig unter die Lupe nehmen, nämlich die Meinung von Saverio Bertone. Ich möchte dies als symptomatisch klassifizieren. Bis heute habe ich aus den Reihen der Südtiroler Volkspartei noch keine Reaktionen vernommen. Er schreibt, daß es Zeit ist, endlich einmal die Wahrheit zu sagen, und zwar, daß sich die Südtiroler fremd in der Nation Italia bezeichnen. Sie haben recht damit. Sie sprechen Deutsch. Sie fühlen österreichisch und sind es auch. Aber warum sagen sie dann nicht die Wahrheit? Warum kommen sie dann immer hinten herum mit allen möglichen



Ausreden und Ausflüchten? Die Südtiroler sind Deutsch, aber ziehen es vor, in Italien zu bleiben, und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen. *“E’ arrivato il momento di chiarire.”* Er will dies präzisieren. Der erste dieser Gründe - sagt er - ist im Zusammenhang damit zu sehen, daß die Menschen darauf ausgerichtet sind bzw. ihr Handeln und Wollen darauf ausrichten, ihren Lebensstandard zu erhalten. Die Bewohner Südtirols wüßten, daß die österreichischen Tiroler, also die Nord- und Osttiroler, dreimal weniger so reich seien wie die Südtiroler. Die Südtiroler wären somit dreimal reicher als die Nord- und Osttiroler. Sie hätten weder die Absicht noch den Willen, auf ihren erreichten dreimal so hohen Lebensstandard wie in Nord- und Osttirol zu verzichten und diese Brüder im Norden und Osten in einem Niedergang ihres Lebensstandards zu erreichen. Der zweite Grund dafür sei, daß die Südtiroler verstanden hätten, daß man auf die Italiener fest schimpfend diese bewegen könne, ihnen mehr Geld zu geben. Es fruchte immer noch, wenn man in den Teller hineinspucke, aus dem man herausißt. Er sagt folgendes wörtlich: *“Non lesinano la saliva chiamandosi continuamente fuori per rimanere dentro alle migliori condizioni.”* Ich muß allerdings sagen, daß Bertone nicht recht hat. Unsere Regierungspartei, die Südtiroler Volkspartei, stiehlt sich nicht heraus. Sie erklärt nicht, daß sie aus dem Staat herauswill. Dies ist der erste große Irrtum von Bertone. Sie sagt es nicht einmal. Daß sie drinnen bleiben will, ist offensichtlich. Sie tut ja nichts, um das Gegenteil zu zeigen und um uns das Gegenteil zu beweisen.

Beleuchten wir nun einmal die Aussage, wonach die Südtiroler sich österreichisch fühlen, Deutsch reden, aber bei Italien bleiben wollen, da sie wissen, daß es ihnen dort dreimal besser ginge als bei Österreich. Das stimmt nicht! Die Nord- und Osttiroler haben im Durchschnitt nicht den geringeren Lebensstandard als wir Südtiroler. Es gibt in Nord- und Osttirol ärmere Leute, wie es sie auch Südtirol in immer größerer Zahl gibt. Dies betrifft nicht nur die Bergbauern, sondern auch sehr viele andere Kategorien! Wenn der Nordtiroler Haushalt nur halb so groß ist wie der Südtiroler Haushalt, der durch diese zusätzlichen 176 Milliarden jetzt ein Haushalt von insgesamt 4.430 Milliarden ist, sagt dies etwa aus, daß die tatsächliche Qualität der Leistungen des Nordtiroler Haushaltes geringer ist als jene des Südtiroler Haushaltes? Wenn in Nordtirol ein Haus 250 Millionen Lire und dasselbe Haus in Südtirol 500 Millionen Lire kostet, ist dies dann entscheidend für die Qualität des Hauses? Das sagt etwas ganz anderes aus. Daß der Lebensstandard in Südtirol doppelt so teuer zu erkaufen ist als derselbe Lebensstandard in Nord- und Osttirol, ist die Wahrheit. Inzwischen wissen wir auch, woher diese Verteuerung unseres sogenannten Lebensstandards kommt, nämlich davon, daß wir damit die sogenannte Schmiergeldkultur mitfinanzieren. Es gibt ja keinen größeren Beweis für die Schmiergeldkultur und dessen Florieren als die Überschrift mit großen Balkenlettern *“Besteuerung der Schmiergelder”* im heutigen Wirtschaftskurier in der Beilage der Dolomiten. Man will demnach eine Schmiergeldsteuer einführen. Ist so etwas überhaupt gedanklich noch zu begreifen? Ist denn so etwas moralisch in irgendeiner Kategorie

festzuhalten? Wenn auf der bisherig gebauten MeBo-Strecke schon eineinhalb Milliarden Lire an Schmiergeldzahlungen möglich waren, dann kennen wir die Dimensionen dieser sogenannten Schmiergeldkultur und wissen, was uns dies kostet. Wer sagt, daß nicht auch in diesem Landeshaushalt ein gewisser Teil von Schmiergeldern enthalten ist? Ich will präzisieren. Ich sage hier nicht, daß dieser und jener Landesrat einen Teil kassiert hat. Nein! Die Firmen, vielleicht auch einige Beamte, werden diesen kassieren. Selbst Firmen geben zu, daß sie einen Kostenvoranschlag in einer bestimmten Größenordnung machen und dazu noch die Aufschläge kommen. Diese Aufschläge machen in vielen Fällen mehr als das Doppelte aus. Sind dies letzten Endes nicht auch Schmiergelder? Es ist zumindest Betrugerei. Man kann nicht ehrlicherweise einen Kostenvoranschlag bringen, wenn man wirklich korrekt handelt, und dann bei Fertigstellung der Arbeiten einen Aufschlag um das Doppelte machen. Somit funktioniert an dieser Verwaltung irgend etwas nicht. Es ist an der Zeit, diesen Dingen auf den Grund zu gehen, da sie die Steuergelder jeder einzelnen Familie, jedes einzelnen Menschen und besonders der Minderbemittelten, sprich derjenigen, die weniger verdienen, betreffen.

Schauen wir uns in unserem Land um! Ich denke an die vielen Baustellen, nicht nur an das neue Meraner Krankenhaus, das bereits oft genug in den Schlagzeilen gestanden ist, sondern auch an eine ganze Reihe von anderen Baustellen. Ich denke da an die zweifache Auftragsverleihung. Eine Anfrage hat es mir damals bestätigt. Die Innenhofgestaltung des Palais Widmann wurde ein zweites Mal neu gemacht. Anlagen werden drei-, viermal installiert, alte Anlagen herausgerissen und neue installiert. Das geht ins Geld, meine Herren der Landesregierung! Fragen wir einmal genauer nach, was all die gemieteten und nicht benützten Objekte oder die angekauften und bis heute nicht genützten Objekte des Landes kosten! Diese Geldbeträge sind unter den Verlusten zu verbuchen. Es gibt eine ganze Reihe von Objekten, wie beispielsweise das "Ariston" - Herr Landesrat Hosp -, über welches wir ja entsprechenden Briefwechsel hatten. Was ist mit dem Kapuzinerkloster in Rodeneck, das angekauft wurde und immer noch nicht genutzt ist? Was ist mit den Räumlichkeiten im Kapuzinerkloster in Bozen, die anscheinend angemietet und immer noch nicht genutzt werden? Wieviel Anmiete kostet das? Wir wissen, daß für das "Ariston" monatlich circa 14 Millionen Lire zu bezahlen sind. Dies geht auf die Jahre berechnet ins Geld. All das schlägt in diesem Haushalt zu Buche. Wir sprechen von der Kostenwahrheit. Wer verdient eigentlich an den langen Verhandlungen mit den Firmen? Wer verdient letzten Endes, wenn angekaufte und angemietete Objekte so lange leerstehen? Wer taugt da nichts? Sind es Eure Beamten, die nicht imstande sind, entsprechende Verträge auszuhandeln, oder sind es Eure Bauleiter, die nicht imstande sind, die Arbeiten entsprechend zu beginnen, so daß es nicht diese langen Leerläufe gibt, für die so viel gezahlt werden muß? Bei diesen Dingen ist der Hebel anzusetzen. Es handelt sich nicht um Bagatellbeträge, sondern mit der Zeit um Beträge in

Milliardenhöhe. Gehen wir einmal her und schauen uns genauer die Praxis der Verhandlungen mit den verschiedenen Unternehmen und Firmen, bei denen es um Ankäufe und Anmietungen durch das Land geht, an! Ich habe noch immer keine Antwort auf meine Anfrage, wieviel inzwischen für den "Rima-Palast" gezahlt worden ist und ob es stimmt, daß dieser "Rima-Palast" von Anbeginn nie die Bewohnbarkeitserklärung bekommen hat, erhalten. Das Land und die Region haben inzwischen Millionen, wenn nicht Milliarden, hineinspendiert. Dies wäre eine illegale Situation bzw. ein aufrechterhaltener illegaler Zustand. Zu welchem Preis? Da ist die Landesregierung erpreßbar. Sie wird nachweisbar von Herren wie Rima und anderen erpreßt. Von den Baulöwen ist oft genug gesprochen worden, die die Preise in der Stadt, aber auch im gesamten Land entsprechend hoch halten, indem sie Objekte ankaufen, diese behalten, nicht vermieten und auch nicht entsprechend adaptieren. Somit erzeugen sie künstlich die Wohnungsnot und können anschließend kassieren. Auch diese Betrüger haben Freunde in der Politik. Dies wird eines Tages aufscheinen. Man wird es nachlesen können, so wie wir heute ganz klare Zahlen dafür haben, wieviel De Lorenzo privat auf Kosten der Volksgesundheit auf die Seite geschafft hat.

Meine Herren! Es geht hier um die Wahrheit. Die Wahrheit kommt früher oder später immer heraus. Die Wahrheit zu diesem Landeshaushalt ist ganz einfach, daß damit die Pfeiler der Existenz unseres Landes und unseres Volkes zum Einsturz gebracht werden, seien sie noch so schön getarnt. Darüber täuschen auch die schönen Trachten, die vielen musikalischen Veranstaltungen sowie die Malwettbewerbe und die schönen Ausstellungen nicht hinweg. Dies ist der Beginn der Zersetzung bzw. des Niedergangs in jeder Hinsicht. Politisch hat es mein Kollege Benedikter bereits von Anfang bis zum heutigen Tag bzw. bis zum gestrigen Toponomastikverrat systematisch aufgezeigt.

Wirtschaftlich sowie kulturpolitisch habe ich ganz bescheiden versucht, das eine und andere Detail zu bringen. Nun heißt es Bilanz zu ziehen. Diese Landesregierung ist dafür verantwortlich, daß der Niedergang für die nächsten 5 Jahre programmiert und projektiert ist. Infolgedessen können wir dieser Entwicklung auf keinen Fall unsere Unterstützung geben. Wir werden aus den dargelegten Gründen mit Überzeugung gegen diesen Nachtragshaushalt stimmen, da er nicht nur technischer Art, sondern von sehr brisanter politischer Natur ist.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**ROBERT KASERER**

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Abgeordneter Viola, Sie haben das Wort.

**VIOLA (PDS):** C'è ormai una consolidata tradizione secondo la quale quelle due volte all'anno che si parla di bilancio, di previsione o di assestamento, un po' tutti uti-

lizzano questa occasione per fare delle considerazioni generali dato che non ci sono altre occasioni per farlo. Diventa un po' una sorta di discorso della Corona, uno di quelli che Gramsci ironicamente chiama "i brevi cenni sull'universo". Non mi sottrarrò a questa tradizione perché ritengo opportuno, soprattutto in considerazione del fatto che è l'ultima occasione prima della chiusura della legislatura, trattare soprattutto due argomenti su cui stranamente, per l'andamento dei lavori, non c'è stata possibilità di discussione generale approfondita. Mi riferisco al problema della toponomastica in primo luogo, nel senso che in passato abbiamo discusso molto a lungo sull'argomento, ma non c'è stato modo di analizzare quell'accordo programmatico firmato da quattro partiti che è una vera e propria nuova legge e che ha completamente sostituito l'originaria impostazione della legge Pahl, il quale ha dato la controprova di questa novità, essendo lui la "mamma" di questo primo disegno di legge, nel disconoscere la nuova nascita.

Questo testo in fondo, ho la convinzione, che innanzitutto non sia conosciuto. La Stampa l'ha pubblicato una volta e poi mai più e su questo testo di accordo si sono spesi gli insulti più vari, in particolar modo ha campeggiato il concetto di tradimento. Ai miei tempi quando ero ragazzino e leggevo i romanzi di Salgari il traditore aveva una sua nera grandezza, era l'uomo che "vendeva" la patria, il primo traditore della storia fu Giuda che lo fece per denaro, e anche questi argomenti sono stati usati nella finezza abituale di certi gruppi politici.

Cominciamo a vedere di che tipo di tradimento si è trattato. Si parte dal principio fondamentale che esercitando una competenza provinciale primaria si debbano accertare i nomi geografici che sono attestati o nel patrimonio storico, vulgo quelli tedeschi, o nell'uso linguistico delle popolazioni interessate, tedeschi e ladini, vulgo in modo particolare quelli italiani. E' chiaro che va sottolineata l'importanza della parola "accertare" che non vuol dire creare o inventare come fece in effetti Tolomei, no, vuol dire che c'è una cosa, esiste negli archivi o è nell'uso vivente della gente, se c'è lo devo fotografare. Ad accertare questo uso non sono i politici, come a volte si è detto, ma è una commissione paritetica di esperti, tre italiani e tre tedeschi, poi c'è tutto un problema che riguarda i ladini - a mio avviso qui abbiamo commesso un errore, ma facciamo in tempo a rimediare, tanto il tempo non mancherà - e questa commissione di esperti è la base fondamentale su cui poi in ultima analisi il Consiglio provinciale dovrà legiferare, cioè sentito il parere sulla base delle proposte della Commissione. Nella dichiarazione di intenti si dice addirittura "*sulla base fondamentale*". Questo vale anche per i comuni che dovranno dare pareri consultivi alla Giunta che poi li passa al Consiglio che li può approvare o meno, sentito il parere della Commissione, cosa anche molto importante perché i comuni non sono lasciati soli e c'è anche l'obbligo di motivare adeguatamente nel caso di diverse valutazioni che un comune o la Giunta provinciale facessero rispetto alla proposta degli esperti. Questo accordo è buono, bisogna dirlo a testa alta, si può presentare a tutti. Tradisce il buon senso e la ragione chi non lo riconosce, questa è la mia opinione, visto che siamo sulla terminologia di Giuda Escariota. E' un buon accordo, è buono per il

metodo perché è la prima volta che un accordo di questa delicatezza non viene deciso soltanto nel chiuso o di una Commissione dei sei o di una coalizione all'interno di una Giunta, ma viene anche allargato ad altri partiti di opposizione - oltre al mio anche i verdi hanno collaborato fino all'ultimo - e il metodo è molto importante. Spero che proseguire su queste questioni di altissimo rilievo anche culturale sia una ovvietà. L'accordo è buono anche per la sostanza, è stato raggiunto con grande difficoltà, ci sono stati una decina di incontri, circa 50 ore di dibattito, spesso estremamente animato come è prassi, ma estremamente utile. Abbiamo potuto comunicare, con difficoltà e a volte anche alzando la voce, ma abbiamo potuto parlarci, i vari punti di vista sono stati espressi e confrontati seriamente, c'è stato confronto fra forze di pari dignità e parimenti preoccupate di trovare una soluzione giusta e parimenti consapevoli dell'importanza dell'argomento che veniva trattato. Il punto di incontro è stato serio, dignitoso, tale da poter essere presentato a testa alta di fronte a chiunque, in modo particolare di fronte alla nostra popolazione, che andrà accuratamente informata - e qui mi auguro che la Stampa faccia la sua parte - e su cui andrà costruito pazientemente il consenso con la gente, non soltanto con gli esperti. Questo accordo è scritto come dichiarazione di intenti, che ha certo una inevitabile dose di retorica, come tutte le dichiarazioni di intenti, ma sicuramente è un momento politico importante perché c'è l'assicurazione ufficiale della consapevolezza, della necessità di lavorare nel dialogo, nella ricerca del consenso per il bene comune della nostra convivenza, della nostra autonomia.

Lo spirito di questo accordo, qualora in qualche maniera venisse realizzato, è quello, per parlare di quello che è in discussione che sono i nomi italiani che sarebbero, a quanto dicono certi gruppi politici completamente cancellati, forse cambiati, che vanno tenuti tutti quei nomi che sono in uso vivente della gente, senza che la loro appartenenza nei famigerati elenchi, che sono una delle tante vergogne del fascismo, sia di per sé una garanzia di ufficialità, sia una ragione per dire che non sono validi, e qui mi rivolgo agli Schützen, perché se sono entrati nell'uso sono stati lavati dalla macchia del fascismo, sono diventati uso comune e quindi nomi geografici, neutri, di abituale uso da parte della popolazione e hanno perso la loro origine. Sappiamo tutti quanti siano questi nomi che noi italiani usiamo, io posso sapere quelli che uso io bolzanino, sappiamo che sono meno di 8000 e molti di più di 29. Quanti siano e quali siano bene, vedano gli esperti, interroghino le popolazioni, vadano a chiedere ai 30 italiani di Sarentino quali di questi 30, 40 nomi che sono sulla carta militare usano abitualmente. Io conosco solo Sarentino, Ponticino e Passo Pennes, ma quelli del posto ne conosceranno degli altri, quindi questi restano, meglio uno in più piuttosto che uno in meno, e gli altri, essendo già morti di fatto, li seppelliamo tranquillamente, per usare una metafora un tantino funeraria. Questi nomi che invece sono nell'uso hanno una nuova dignità, sono i figli, se vogliamo, dell'attuale convivenza di popolazioni, non più i figli del fascismo, fanno parte del nostro panorama e della nostra sensibilità e quindi potranno essere legittimati. Ma saranno i "parlanti" a deciderlo. La Commissione dovrà solo accertare che un nome sia utilizzato, quindi non

saranno i politici, e non ci saranno colpi di mano di nessun tipo. Della dimostrazione definitiva ed ultima, cattedratica ed esemplare della bontà di questo accordo, sono intervenuti due episodi recenti, due accuse di tradimento, curiosamente contrapposte. Da parte del Movimento sociale si parla di tradimento degli italiani attraverso questo accordo. Contemporaneamente da parte degli Schützen, ma non soltanto da parte loro ma anche di parti che io considero volte al passato, parti chiuse, tradizionaliste e reazionarie della SVP, per fortuna non sortiscono la maggioranza di questo partito, è arrivata l'accusa che questo accordo tradisce i tedeschi. Con un solo accordo non si possono tradire contemporaneamente gli italiani o i tedeschi, o si tradisce l'uno o l'altro, non posso essere contemporaneamente ubriaco ed astemio, è impossibile, "per la contraddizione che nol consente" come diceva Dante. Questa è una elegante dimostrazione logico matematica che nessuno è stato tradito, né i cittadini tedeschi, né i cittadini italiani. Forse è stato tradito il buon senso e l'intelligenza, forse il buon gusto, non lo so, ma sicuramente non è stato tradito il senso della convivenza e della nostra autonomia, perché altrimenti sarebbero venute accuse contrapposte e evidenti anche dalle altre parti. Del resto  $+2 -2 = 0$ , come tutti sappiamo, anzi proprio questo doppio intervento degli opposti estremismi dimostra invece che l'accordo firmato dai quattro partiti è perfettamente centrato, perfettamente equilibrato, dando un'ulteriore dimostrazione di quello che diceva Aristotele quando diceva che la virtù è la via di mezzo equilibrata fra due vizi contrapposti, ad esempio il coraggio è la via di mezzo fra temerarietà e viltà. Questo per quanto riguarda le critiche di tradimento, però contrapposte, quindi reciprocamente annullantesi.

Sono poi venute a questo accordo critiche da parte del gruppo verde, quello che io chiamo un po' il mistero della posizione dei verdi. I verdi hanno partecipato fino all'ultimo minuto alla stesura dell'accordo, tutti e due fino all'ultimo, poi per ragioni d'ufficio il collega Tribus non ha potuto esserci e di conseguenza l'ultimo momento è stato dominato dalla personalità della collega Zendron. Il cuore mi dice che il collega Tribus l'avrebbe firmato questo accordo, ma non ho le prove, non lo posso dire. Lui potrà forse dirlo, è uomo di spirito, ha saputo resistere alle critiche all'epoca della contessa Marzotto e alla leggendaria Val Fiscalina, ha dimostrato di non aver paura di nessun fondamentalista, quindi forse potrà dire la sua anche adesso. L'accordo è stato rigettato, dopo tutti questi incontri, questo lavoro comune, anche utile per molti aspetti, perché all'ultimo istante, dopo 50 ore - avevamo tutti la nettissima sensazione che tutto quello che si poteva fare era già stato fatto, non c'erano più margini di cambiamento - è venuta la richiesta dalla collega Zendron di un paio di mesi di rinvio perché c'era bisogno di una expertise. Abbiamo risposto che di expertise ne avevamo già abbastanza e che non firmare sarebbe stato quasi una presa in giro. Ma con quale motivazione? Ce ne furono alcune, non le ricordo tutte, la motivazione fondamentale è che in questo modo, lasciando ai comuni un potere consultivo sulla base dei lavori della commissione di esperti, da inviare alla Giunta e poi per la ratifica finale al Consiglio, quindi i comuni non sono affatto sovrani, ma anche questo solo fatto di far discutere ai 116 comuni i loro nomi avrebbe

scatenato una sorta di contrapposizione etnica tremenda, avrebbe attizzato l'incomprensione, sarebbe stato un fattore di tensione. A questa osservazione io ritengo di poter muovere una obiezione che a mio avviso è fondamentale e insuperabile. Ma come, siamo tutti convinti dell'importanza dell'autogoverno locale, siamo tutti convinti della dignità, della partecipazione politica dei cittadini ai comuni, non soltanto qui in Consiglio provinciale, siamo tutti convinti che ai cittadini debba essere consentito, attraverso gli statuti comunali, abbiamo fatto memorabili battaglie in Consiglio regionale, di avere referendum consultivi, abrogativi, propositivi, è giusto che siano consultati sul bilancio ecc., sulla base di sbandierati principi di autonomia, autogoverno, partecipazione dei cittadini dal basso e sussidiarietà, e poi chiediamo che i comuni non possano avere una voce in capitolo, non definitiva, perché il nostro accordo prevede che l'ultima voce ce l'abbia il Consiglio provinciale, sui nomi? Questi stessi cittadini che sono accarezzati e lisciati perché gli si dice che sono persone buone, intelligenti e brave perché sul bilancio comunale devono essere consultati giorno e notte, e non abbiamo paura che uno che abita in un posto sperduto chieda che l'asfalto arrivi fino a casa sua, e chi abita dall'altra parte chieda che l'asfalto arrivi dall'altra parte? No, i cittadini del piccolo comune sono maturi per discutere del loro bilancio, per avere anche poteri di referendum consultivo e poi questi stessi cittadini dovrebbero leggere i nomi ufficiali del loro comune sul giornale, perché se gli chiediamo questo si scatena la guerra etnica! A mio avviso è una contraddizione clamorosa. Nel nostro sistema si discute, si parla, ci sono gli esperti a loro disposizione, possono fare delle proposte. Se queste proposte si discostano da quelle degli esperti devono motivarlo e il Consiglio provinciale può benissimo anche non tenere conto delle loro proposte.

Però c'è un'altra obiezione, e chiedo al collega Tribus se è così gentile da prestarmi un po' di attenzione, così forse mi darà una risposta. I verdi hanno appena presentato, votata qui ieri con il mio voto favorevole, perché la ritengo comunque una base di discussione decorosa, anche se non la condivido tutta, una legge che è molto peggio dell'accordo dal punto di vista dell'ottica della difesa degli italiani, tanto per essere chiari, perché è vero che questa legge salva i nomi bilingui delle località abitate e si accertano ufficialmente i nomi, però quanti sono i nomi delle località abitate? Li ho contati: meno di un migliaio.

**BENUSSI:** Ma cosa discutiamo, il bilancio o la toponomastica?

**VIOLA (PDS):** Non accetto appunti di questo tipo da chi ci voleva leggere il romanzo della Rosa.

A parte questo migliaio di nomi su cui non ci dovrebbe essere discussione perché dovrebbero essere comunque bilingui, se abbiamo veramente paura della guerra etnica nei 116 comuni ce ne resta eccome di materiale per l'incendio, perché ci sono 7.000 altri

nomi su cui litigare, e in fondo se uno vuole litigare su “Catinaccio” o “Rosengarten” mi pare non siano queste le cose importanti.

**CONSIGLIERE:** (*interrompe*)

**VIOLA (PDS):** E' prassi consolidata che nella discussione generale del bilancio si parli di tante cose, il collega Benedikter ha parlato di toponomastica accusandomi di chissà quali infamie, la collega Klotz ha parlato 20 minuti su un giornalista. Hanno parlato tutti su tutto, vi da fastidio se parlo io?

Nel disegno di legge dei Verdi c'è il rischio comunque della guerra etnica sui 7000 nomi nei 116 comuni, ma dirò di più, nel vostro disegno di legge non c'è neanche la garanzia che c'è nel nostro accordo che i comuni debbono comunque consultare la Commissione e lavorare sulla base della commissione di esperti, perché questo non è richiesto. Dirò di più, nella commissione di esperti che noi abbiamo fatto giustamente paritetica, tre italiani e tre tedeschi, la vostra commissione è secondo proporzionale, 2/3 di esperti tedeschi e 1/3 italiani, e 1 ladino. Non lo dico a Tribus perché so che in fondo non è colpevole, ma come si può rifiutare di firmare questo accordo dopo che si ha in discussione un disegno di legge che è peggio di questo?

Altro argomento. Faccio un accenno sulla questione dei ladini, perché ad accordo firmato, che è comunque politico perché non ha nessun valore legale, come sapete è arrivata a tutti noi una lettera in cui sono state fatte una serie di critiche. Io personalmente sono andato nelle valli ladine, ho parlato con innumerevoli personalità, ho scritto una lettera pubblica dove ho detto che hanno ragione che mi sono sbagliato, visto che ho firmato nach'io. Ritengo però che siamo in tempo ad entrare nel merito. Mi è pervenuta ieri una lettera che farà distribuire perché è inviata ai quattro partiti firmatari, dove dicono che se c'è un esperto italiano e un esperto tedesco nella consulta speciale per i ladini non si capisce perché non ci debba essere un ladino nella consulta speciale italiana e tedesca. La mia opinione personalissima è che potremmo avere la commissione paritetica italiana e tedesca così come è, lasciamo una commissione ladina fatta soltanto di tre esperti ladini, quindi non c'è nessuna tutela reciproca con l'obbligo di consultarsi quando ci sono nomi che passano da una valle all'altra.

Altra questione è la scuola ad immersione. Anche qui ritengo che sul compromesso raggiunto il metodo è più importante del merito. Ci sono state difficoltà. Una prima delibera è stata respinta, poi però c'è stata una volontà di dialogo sospinta avanti da molti genitori ma accolta anche da parte della Giunta. Pellegrini non è contrario all'immersione come era Ferretti, e anche questo è un fatto positivo. Anche il Presidente Durnwalder ha cercato comunque di trovare una via. Posso solo qui lamentare che il tenace ostruzionismo dell'assessore Ferretti, ma non solo suo, ha impedito di affrontare questi temi nel 1991, quando ho presentato la prima mozione, e nel 1992, quando ho presentato la seconda, però l'accordo ottenuto salva la sostanza. Invece che chiamare una cosa “automobile” la si



chiama “veicolo a motore” però ha sempre le ruote. E’ comunque un esperimento nuovo al quale dobbiamo guardare tutti con molto interesse perché se fallisce non va ripetuto, se riesce si pone il problema di estenderlo alle scuole tedesche. E’ un passo avanti. Avrei voluto molto di più, so che la politica è l’arte del possibile, per il suo significato didattico limitato ma importante, e anche politico perché questo porta il voto contrario, come suo diritto, dell’assessore alla cultura di lingua tedesca che significa che quella parte che io definisco tradizionalista, che guarda più al passato che al futuro, rappresentata non solo dall’assessore Hosp all’interno della Giunta, è stata in qualche modo isolata. Mi auguro che la linea della modernità prevalga anche per il futuro, avremo nuove Giunte, nuovi assessori, siamo in un momento di svolta. Vorrei approfittare per dire qui quello che ho già detto altre volte. Ritengo che il problema fondamentale è che c’è un dislivello clamoroso di conoscenza della seconda lingua all’interno dei gruppi linguistici. Non sto facendo dei vittimismo. Mezzi per imparare il tedesco ce ne sono già tanti. Qualcuno pensa che il tedesco si impari via “flebo”. L’assessore ti potrà dare sempre di più buoni metodi, scuole ad immersione, eccellenti laboratori linguistici, ma le migliaia di ore che alla fine nell’arco di una carriera scolastica occorrono, li devi mettere tu, non li può mettere l’assessore; su questo non ci sono dubbi. Ora c’è bisogno di un salto di qualità, ed è di due tipi. Uno è di tipo pedagogico-didattico. Chiunque conosca anche minimamente il problema sa che c’è già un nuovo metodo che ha avuto un successo straordinario, collaudato da migliaia di studenti da decine d’anni, in diversi paesi del mondo compresa la val d’Aosta, l’immersione delle scuole ladine è una cosa di estremo interesse che va studiata molto di più, anche se è una cosa diversa, perché lì si tratta di una doppia immersione. Sarebbe come se noi facessimo un’immersione dove noi italiani facessimo metà ore in francese e metà in tedesco, che è una cosa più difficile. A questo punto però si obiettano questioni di principio. Approfitto qui, perché non ho altre sedi, dato che non posso certo scrivere sei pagine su un giornale - non mi verrebbero pubblicate - per dire che occorre fare uno sforzo straordinario attraverso nuovi metodi perché questo dislivello si colmi, altrimenti la nostra popolazione sarà condannata di fatto all’emarginazione, senza colpa di nessuno. L’altra grande questione è un problema politico generale, creare condizioni tali che ci sia una nuova motivazione da parte dei ragazzi ad impararlo. Senza motivazione non si riesce a farlo imparare. Come creare questa nuova motivazione è un problema grosso, più della SVP, essendo un partito di maggioranza, che nostro.

Per rispondere in maniera dettagliata e, spero, convincente ad una obiezione fondamentale sull’immersione, vorrei utilizzare qui un civilissimo articolo, lungo, dettagliato e argomentato, pubblicato sul Dolomiten di sabato a firma di una autorevolissima figura della scuola, dott. Stifter, intendente di lingua tedesca, persona che gode di stima generale e anche della mia stima. Ne parlo quindi con rispetto, però devo dire che l’argomentazione è errata. Finalmente non va a tirar fuori tante storie, l’intendente, da uomo di scuola è arrivato al dunque e dice: “Va benissimo, non dico che l’immersione non serva, ho paura che se si viola lo Statuto e quindi si consente di insegnare una materia

nella lingua diversa dalla madrelingua dell'allievo della scuola italiana, quale argomento ci sarebbe poi se una scuola di lingua tedesca chiedesse di fare geografia in italiano per imparare meglio l'italiano?" Innanzitutto vorrei dire che io credo, come autonomista convinto e come italiano, che le cose non siano affatto contraddittorie come invece citano alcuni nostri colleghi...

Collega Bolzonello, ho la disgrazia di avere un udito relativamente normale, sento i commenti. Se facessimo un elenco delle divagazioni del Suo capogruppo negli ultimi quattro anni, vedrà che ha divagato più lui del sottoscritto. Mi lasci parlare tranquillamente, altrimenti interrompa anche Montali quando parla d'altro per delle ore come suo diritto. Ho sentito, non mi parli alle spalle, comunichi per iscritto! Io non mi chiudo le orecchie, chiuda la bocca Lei, abbia pazienza.

**BOLZONELLO (MSI-DN):** Non l'ho mica interrotta!

**VIOLA (PDS):** Ho sentito chiaramente: "Ha perso un'ora a parlare di toponomastica, adesso perde un'ora a parlare di immersione", non è interruzione questa?

Come autonomista convinto e come italiano, le due cose sono perfettamente compatibili, anzi a mio avviso sembrano doverose se per italiano intendiamo anche l'aggettivo "democratico". Io sono estremamente preoccupato, tanto quanto, ovviamente con una sensibilità diversa, il dott. Stifter e i colleghi della SVP sono preoccupati per la difesa dell'identità linguistica della scuola e della cultura della scuola tedesca. E' un valore anche per noi italiani autonomisti, dato che mi voglio confrontare con una popolazione che abbia i maggiori mezzi per avere la miglior cultura tedesca, più autentica e ricca. E' nell'interesse loro e mio, ci arricchisce a vicenda. Per rispondere alla preoccupazione seria dell'intendente dott. Stifter, vorrei notare che innanzitutto bisogna che prima ci sia questa famosa scuola tedesca che chieda di fare l'immersione in italiano e di rinunciare alla propria identità. Non c'è mai stata da 45 anni a questa parte, non possiamo lasciarci la testa prima di rompercela. Sono pronto a scommettere che non verranno tanto presto richieste di questo tipo, conoscendo cosa pensa l'intendente, la sensibilità della scuola tedesca, del loro direttori e dei loro insegnanti, primo. Secondo, se ci fosse, potreste benissimo motivare in tutte le sedi, a norma di statuto, che mentre la popolazione italiana nel fare geografia in tedesco non corre nessun rischio della propria identità perché ha alle spalle 56 milioni di persone, radio, televisione ecc., invece sarebbe fortemente discutibile, per non dire pericoloso, una scuola che facesse la stessa cosa all'interno di una minoranza di 300 mila abitanti, isolata dal punto di vista territoriale, rispetto al suo entroterra. Del resto dai miei viaggi ho visto due cose in tutte quelle realtà, Quebec, Catalogna, Paesi Baschi. Primo, vedo che quelle minoranze linguistiche che sono maggioranza lì, hanno lo stesso interesse per la propria lingua e cultura che ha la SVP per il tedesco. Perfettamente chiaro, mai vorrebbero le scuole ad immersioni. I catalani hanno la loro scuola tutta in catalano e studieranno spagnolo come lingua straniera, un po' come facciamo noi adesso,

e quindi capisco perfettamente, ma queste stesse realtà politiche che sono così gelose della difesa della propria identità consentono alle maggioranze nazionali, che sono minoranze in quella regione, di fare ciò che vogliono. Quindi gli spagnoli nei Paesi Baschi fanno lo spagnolo e il basco come metodo d'immersione, gli spagnoli in Catalogna fanno spagnolo e catalano in immersione, i francesi del Quebec fanno tutte le loro materie in francese e fanno 3, 4 ore d'inglese alla settimana, non di più perché devono difendere la loro identità, ma consentono di fare l'immersione ai ragazzi inglesi del Quebec. Di conseguenza io credo che questa obiezione debba essere superata, anche se ne posso capire le origini, e in fondo io penso che dobbiamo essere felici che ci sia una minoranza territoriale qui, ma nazionale altrove, la quale invece di battersi per l'abolizione del tedesco con parole come "siamo in Italia, basta tedesco, che imparino gli altri la nostra lingua", chiede invece di avere più mezzi e vuole studiare meglio la lingua dell'altro per comprenderla meglio, e non si sogna minimamente di invitare i tedeschi a fare l'immersione in italiano.

Qui ci vuole un grande progetto culturale, non si possono bloccare queste cose perché altrimenti la popolazione italiana non può capire. Può capire che i tedeschi vogliono fare la loro scuola in questo modo, può capire che siano gelosi della loro identità, non si sogna neppure di pretendere che loro imparino più l'italiano di quanto ritengano opportuno, ma non può capire per quale ragione loro non possano fare gli esperimenti che ritengono opportuni. C'è stato un segnale di luce importante, speriamo che non si ri-spinga. Se si chiude questa possibilità la popolazione italiana entra in una sorta di lacerazione, di schizofrenia, perché dice: siamo autonomisti, l'autonomia ci pone nuovi compiti, nuove sfide culturali per imparare meglio il tedesco, ma nello stesso tempo lo Statuto ci impedisce di introdurre nuovi metodi, anche se so che i metodi già esistenti sono già sufficienti. Volendo, si può fare molto. Quindi ci sono anche delle responsabilità soggettive di parte della popolazione italiana che non capisce la necessità di un impegno maggiore utilizzando i mezzi cospicui esistenti. Però se altrove hanno visto che questo non basta e da anni hanno messo una marcia in più dobbiamo trarne un insegnamento.

Concludo osservando che noi qui abbiamo di fronte un grandissimo compito da sviluppare con coraggio nella prossima legislatura, con una marcia in più. Atrimenti si innesterà la retro marcia che è sempre in agguato in queste situazioni, e penso che ci sia un compito affascinante da realizzare, una scuola rinnovata in questo modo, con metodologie e programmi diversi per gruppo linguistici, non perché vogliamo essere separati, ma a seconda delle diverse esigenze, se ci sono, che sia il trampolino di lancio per una università. So che le cose sono cambiate molto, ci sono ricerche, speranze, ma qui possiamo avere un autentico gioiello. L'università non si fa mai per gli studenti locali, si fa per la società locale. I nostri studenti vadano a Berlino, a Roma, dove vogliono, a studiare e a sviluppare i loro orizzonti, ma vengano qui professori e studenti da altre parti d'Europa perché qui trovano delle cose importanti, una formazione professionale che riesca sul piano legislativo ad avere gli strumenti per una piena autonomia in modo da

creare questo secondo canale. Già ci stiamo riuscendo, una biblioteca internazionale meravigliosa, la più grande del mondo per quanto riguarda i problemi delle minoranze e non le beghe sulla biblioteca Tessmann, la piccola biblioteca civica. Chi mettiamo nel Consiglio di amministrazione? No, superiamo queste cose, due consigli di amministrazione separati perché le comunità, italiana e tedesca, hanno diritto alla loro autonomia di scelta amministrativa e culturale nella biblioteca ma in un unico grande edificio, hanno diritto a strutture comuni, a cataloghi comuni, che chiamino qui studiosi da tutta Europa! Dovrebbe poter venire qui uno che vuol sapere tutto sui Curdi, perché questo è il laboratorio dove si studiano queste cose e noi abbiamo qualcosa da insegnare. Mi è capitato in mano un articolo del Sole 24 ore qualche mese fa, che elencava i punti nel mondo a rischio di "pulizia etnica", tipo Bosnia. Non ricordo se erano 24 o 25, bombe innescate che si possono disinnescare in due modi soltanto, uno non spostiamo i confini, riconosciamo pienamente l'autogoverno delle minoranze che vanno nell'interesse della stessa comunità nazionale che qui è in minoranza, e su questo c'è poco da dire, è l'unica riforma istituzionale fatta dal nostro Stato dopo quella della Repubblica che è lodata universalmente nel mondo. L'ho già detto e lo ripeto, il New York Times che parla soltanto del giudice ammazzato dalla mafia quando parla dell'Italia, quando abbiamo chiuso il Pacchetto e l'ambasciatore alle Nazioni Unite ha consegnato la dichiarazione liberatoria ha detto che dal Südtirol viene un virus di dialogo e di tolleranza che speriamo possa contagiare tutto il mondo. Mai ha parlato bene dell'Italia il New York Times, questa volta ne ha parlato bene. Abbiamo cioè realizzato una quadratura del cerchio che consiste nel difendere pienamente minoranze linguistiche senza doverle, dopo una tragedia di scontri, separarle come si fa in Bosnia, mettiamo tutti in territori separati, mettiamo un filo spinato in mezzo in modo che non vi siano altri morti. Sto esagerando evidentemente, ma qui abbiamo molto da fare. Credo che anche questa esperienza ancora incerta ma potenzialmente molto interessante dei quattro parlamenti che qui è stata banalizzata in tutti i modi, cioè che quando a Innsbruck e Merano si sono incontrate quattro assemblee legislative, - è la prima volta nella storia europea che avviene questo - sia utile. Si cerca infatti di mettere in piedi una intensificazione di rapporti tra diverse realtà. Io qui non parlerei mai di nuovi stati o di nuove realtà territoriali misteriose che possono soltanto suscitare preoccupazioni nella gente. Il grande teorico del socialismo, Bernstein, accusato un po' da tutte le parti perché era troppo moderno, dice che il movimento è tutto, il fine è niente. Muoviamoci in questa direzione! Dove arriveremo non lo so, non cominciamo a stabilire adesso dove sono i confini e chi sarà il nuovo Landeshauptmann delle quattro assemblee legislative, perché allora non si va avanti un solo passo. C'è anche tutta una cosa di cui qui non abbiamo mai parlato e su cui questo Consiglio avrebbe dovuto esprimersi molto di più in passato, e dovrà farlo comunque in futuro, ed è il problema della riforma federalista che è all'ordine del giorno in Italia. Sono stato invitato ad un dibattito, al festival dell'Unità di Bologna, come Presidente del Consiglio provinciale di una provincia autonoma - certo non dimenticavano anche che fossi del PDS - e lì ci fu una

presa chiarissima di posizione da parte di autorevoli esponenti del mio partito a favore della trasformazione federalistica del Paese come unico modo poi per salvarne l'unità, e io dissi che come altoatesino e come presidente di un Consiglio trilingue ascoltavo con gioia questi discorsi, perché noi abbiamo fatto un'esperienza che dimostra che l'autogoverno paga e non soltanto dove ci sono delle minoranze, ma anche in tutta Italia. Deve essere sviluppato il concetto di autonomia dinamica anche se viene detto dalla SVP o da Frasnelli, mi va bene lo stesso, e c'è il problema chiave del coinvolgimento delle popolazioni, in particolare della popolazione di lingua italiana perché se questa, senza essere coinvolta, legge sul giornale di "Europa-Region" e poi non si sanno bene i confini - il collega Pahl tende a tirarli a Salorno, giustamente Frasnelli parla di Europa-Region Tirol-Trentino, va benissimo - ma se non abbiamo questo coinvolgimento non riusciamo a combinare nulla e non riusciamo neppure ad essere i protagonisti come altoatesini sudtirolesi della riforma federalistica dello Stato italiano, l'unico modo per rispondere allo pseudo federalismo della Lega che è un federalismo che nasce inizialmente come pulsione separatista ed egoistica per scaricare i "Terroni" e lasciarli al loro destino. Questa è l'origine di questa nobile idea che comunque è valida anche se la dice Bossi, che poi ha anche avuto il merito, e questo va riconosciuto, di aver lanciato un dibattito che la sinistra aveva trascurato. Se non vogliamo fare un federalismo mascherato di quel tipo ma una terza via fra la difesa impossibile, salvare l'Italia rafforzando il centralismo statale, sbagliato, separatismo anche di macro regioni o di repubbliche alla Bossi, no, la terza via del federalismo autentico e democratico è unitario.

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist bis 15 Uhr unterbrochen.

ORE 13.00 UHR

-----

ORE 15.06 UHR

*(Namensaufruf - Appello nominale)*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder eröffnet. Abgeordneter Montali, Sie haben das Wort.

**MONTALI (MSI-DN):** Mi sono sostituito al collega Benussi che era iscritto a parlare per il primo ed essenziale intervento tecnico su questa variazione di bilancio, cioè è un argomento che fa seguito, è integrativo della discussione sul bilancio preventivo del 1993. Essendo bilancio integrativo fa parte unica del grosso documento economico, impegnativo, finanziario del bilancio della Provincia di Bolzano per il 1993. Una delle mie grosse carenze è quella di aprire sempre delle parentesi sulle quali vigila attento il consigliere Benussi, che devono significare introduzione, considerazione, pregiudizi,

premesse a quello che è il discorso essenziale, qual è in discussione della variazione del bilancio generale 1993 che è arrivato in aula grazie alla rinuncia dell'ostruzionismo sulle leggi della toponomastica, e apro la parentesi che riguarda innanzitutto il modo con cui altre parti politiche di questo Consiglio hanno affrontato questo argomento.

Sono contento che ci sia il Presidente della Giunta al quale ci si rivolge per queste discussioni generali, però, Presidente Durnwalder, stamattina ci sono stati degli interventi senza di lei, e tutti siamo importanti per quello che diciamo, non per i voti che rappresentiamo. Stamattina ha parlato la consigliera Klotz che è stata ascoltata da quelli che c'erano, c'è stato l'intervento del presidente del Consiglio, ascoltato dall'assessore Mayr, dall'assessore Pellegrini che poi ad un certo punto si è stufato e se n'è andato, dall'assessore Sfondrini che ha fatto lo stesso, e quando l'altro giorno mi sono leggermente irritato, perché voi vi definite, per investitura celestiale, rappresentanti democratici, ma è solo un travestimento, la democrazia si dimostra non si dichiara, voi vi dichiarate partiti autonomisti, Volkspartei, Democrazia Cristiana e Partito Socialista, aderendo a questa linea di dichiarazione autonoma, perché lo dichiarano loro, mentre per la Volkspartei non c'è dubbio, avendo accettato i principi dell'accordo De Gasperi - Gruber che sanciva i principi dell'autonomia, avendo accettato, condiviso e sostenuto lo statuto di autonomia, vi definite autonomisti. Poi ci sono quelli che si dichiarano autonomisti, arrivati all'ultima ora con le dichiarazioni che li dovrebbero qualificare come tali, e mi riferisco agli altri partiti rappresentati in questo sommo consesso provinciale dai signori della Democrazia Cristiana e del Partito Socialista che guarda caso sono autonomisti quando firmano documenti che guarda caso ignorano, contraddicono i punti fondamentali dell'autonomia. Quando Bolognini o Sfondrini, che in questo Consiglio si vede un'ora ogni 24 giorni, forse essendo consapevole che nella prossima legislatura, forse per le idee autonomiste che lui ha, può darsi che non sia più rappresentato, ma è solo un'ipotesi, firmano documenti, che contrastano con lo Statuto d'autonomia, sulla toponomastica. Consentitemi di dire che l'unico partito autonomista è il Movimento Sociale Italiano, perché essere autonomisti significa difendere lo spirito e le norme dello Statuto di autonomia. E allora è ridicolo che certi partiti e certi esponenti si dicano autonomisti in funzione di tradire, disconoscere, voler modificare, interpretare assurdamente e negativamente lo statuto di autonomia. Allora che autonomisti siete? Non parlo della Volkspartei, caro Frasnelli. Lo abbiamo verificato in decine di anni, cos'è per la Volkspartei lo Statuto di autonomia. E attenzione, lo Statuto del 1948, lo Statuto del 1972, l'accordo De Gasperi-Gruber da cui deriva sul piano internazionale, è uno Statuto che secondo la vostra interpretazione, se va a vostro vantaggio può essere modificato, se noi chiediamo che sia rispettato diventiamo i delinquenti, fanatici, fascisti, e tutto quello che volete.

L'argomento che è in discussione è la variazione del bilancio 1993. Io ho preso la parola al posto del mio collega Benussi che si era prenotato, in quanto nel nostro gruppo consiliare l'intervento tecnico è sempre stato affidato al componente della relativa

Commissione, e credo sia una cosa coerente, di carattere pratico. Noi abbiamo la fortuna di essere quattro consiglieri e siamo presenti nelle quattro Commissioni. Mi pare evidente che siccome i quattro consiglieri sovrintendono, approfondiscono i disegni di legge esposti alle quattro Commissioni, al componente la relativa commissione sia affidato l'intervento tecnico. Il consigliere Benussi, dopo la sua approfonditissima relazione di minoranza, prenderà posizione sugli aspetti puramente tecnici. Allora perché ho preso il suo posto? La mia risposta è molto chiara, che dovremmo sentirci onoranti in questa discussione politica e tecnica, che è la base delle attività, delle iniziative, delle progettazioni, degli intendimenti, di avere la presenza del Presidente Durnwalder. Consigliere Frasnelli, quando ieri abbiamo finito di fare ostruzionismo sul passaggio della legge sulla toponomastica, lo abbiamo fatto per dimostrare che non volevamo ostruire il proseguimento dei lavori di questo Consiglio provinciale. Oggi siamo qui a parlare sulla legge della variazione di bilancio, e domani tratteremo le altre leggi in programma che voi volete finire prima della fine della legislatura, affinché voi, anche con le nostre critiche, o il nostro voto negativo, e non solo il nostro ma anche delle altre opposizioni, potrete arrivare a chiudere questa legislatura in funzione produttiva, costruttiva, e non, grazie a Dio, assillati dall'ostruzionismo del Movimento Sociale Italiano sulla toponomastica.

Questa premessa mi consente di fare un particolare riferimento per quanto riguarda l'intervento del Presidente del Consiglio provinciale e quello della consigliera Klotz, al quale però farà riferimento il mio collega Benussi nel suo intervento tecnico.

Per quanto è stato il contesto dell'intervento del Presidente Viola, a circa 3/4 del suo intervento, e non potrà certo adontarsene in questa sua posizione ambisex politica, avendo colto, all'esterno del suo banco comunista, progressista, e autonomista, essendo io arrivato in ritardo e avendo chiesto al consigliere Bolzonello che gli sieda dietro...

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**PROF. ROMANO VIOLA**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** Consigliere Montali, scusi se La interrompo, ma vedrà che è contento di quello che sto per dirLe. Quella cosa lì è stato un mio equivoco che gradirei ritirare.

**MONTALI (MSI-DN):** Presidente, mi inchino e accetto le Sue scuse. Non può però chiedere scusa per il fatto che io entrando qui chiedessi a Bolzonello di cosa ha parlato Viola, e Bolzonello mi rispose: fino adesso di toponomastica! Chiudo e La ringrazio per le sue scuse, però in questo mio intervento riprendo tutte le accuse che sono state mosse a noi dagli interventi di chi mi ha preceduto, e Lei ci ha accusato di far perdere tempo.

Rispondo alla collega Klotz per le dichiarazioni che ha fatto. Eva Klotz, tu sai il rispetto che noi tutti abbiamo, e i motivi tu li conosci, però quando tu confondi, perché stamattina il discorso sulla toponomastica - stamattina non erano interventi sul bilancio ma sulla toponomastica! ... Non puoi accusare gli italiani dell'Alto Adige, e noi che siamo 4 consiglieri pensiamo di rappresentarne il 40%, ma gli altri partiti politici italiani, anche quelli che siedono al di là, anche per la firma che hanno dato all'emendamento alla legge famosa, te lo potranno confermare, di impedire a voi di chiamare in lingua tedesca il vostro luogo di nascita? La legge sulla toponomastica vuole abolire nomi italiani, non vuole abolire i nomi tedeschi. Quando ho sentito la tua dichiarazione me la sono scritta, e il primo aggettivo che mi viene in mente è "falso". Non dire che non è vero, perché ti sei rivolta a Pahl che è di Monguelfo e hai detto: come non consentire ai tedeschi di Monguelfo di chiamarlo in tedesco? Ma chi mai in questi anni ha impedito che tutti i cittadini di lingua tedesca chiamino col nome di nascita il loro luogo di nascita? Tieni presente che la legge sulla toponomastica, che noi abbiamo contrastato, non porta la nostra firma. Io devo difendere l'accordo, l'abbiamo contrastato perché volevano cancellare i nomi italiani, tu non puoi stravolgere, come hanno fatto i piumati Schützen, le cose fino al punto di dire che la Giunta vuole cancellare i nomi tedeschi!

Questo il mio intervento sul bilancio, visto che il consigliere Viola ha parlato di tre quarti d'ora di toponomastica e si è "incazzato", si dice così in italiano, lo dicono anche alla televisione, quando glielo abbiamo fatto notare.

Poi il vicepresidente Kaserer ha ritenuto di richiamarci. Lei sa con quanta simpatia e cordialità noi trattiamo queste cose, però ad un certo momento la simpatia e la cordialità fanno anche capo alle norme regolamentari che regolano le discussioni in questo Consiglio. Io personalmente ho avuto occasione di parlare con il presidente Viola - poi non si capisce mai se si sta parlando al Presidente del Consiglio o al comunista, ecco perché io lo chiamo "ambisex" politico - e gli ho fatto presente che siamo stati obbligati a parlare per mezz'ora, a norma del regolamento, sulle tre leggi della toponomastica. Io purtroppo in quella sessione di Consiglio ero assente giustificato, quindi non ho potuto approfittare della mia mezz'ora. Ieri abbiamo preso delle grosse decisioni, sul rinvio delle leggi, sulla votazione, sugli ordini del giorno da ritirare o meno, e ho fatto un fax all'ANSA per protestare contro l'interpretazione che hanno dato sull'andamento dei lavori di ieri pubblicati sulla Rassegna Stampa che stamattina ci avete comunicato. E' il Consiglio che ha rinviato la legge sulla toponomastica, non su richiesta del signor Frasnelli di rinviare a patto che l'MSI ritirasse i 5.000 emendamenti. Il Consiglio ha ritirato la legge e così ha fatto decadere il nostro ostruzionismo. Questo è il comunicato ANSA del signor Visentini che era presente ieri alle ore 10 evidentemente tutto preso dal riprendere i consessi piumati degli Schützen. E il Presidente del Consiglio che parla da questi banchi in nome del Partito Democratico della Sinistra si incazza perché qualcuno lo riprende perché in discussione generale sul bilancio, di bilancio non ha parlato. Anch'io giro la frittata e mi riferisco al bilancio per quello che è il bilancio politico della Provincia,



e critico l'impostazione di questa variazione. Il signor Viola per mia assunta testimonianza non ha neanche accennato alla verifica di bilancio. Allora il suo gesto di stizza, perché il consigliere Bolzonello sottovoce, alla mia richiesta su cosa abbia parlato Viola mi abbia risposto: "Fino adesso solo sulla toponomastica", e da qui quella sua uscita, noi pensiamo di poter dire che visto che lui interpreta, come comunista, così il bilancio, visto che parla per tre quarti d'ora sulla toponomastica, possiamo farlo anche noi in sede di bilancio? Il bilancio è politico, ma non fa riferimento al discorso di legge che è variazione sul bilancio. E' inutile che il Presidente del Consiglio si eriga a direttore delle vicende e parli da quella parte in un modo, dove dovrebbe interpretare le direttive e le competenze che gli sono consentite dal Consiglio provinciale, e poi venga qui a fare il politico per ottenere le 20 fotografie dai giornali diretti dai due direttori comunisti. Una delle preoccupazioni del consigliere Viola espresse nelle riunioni del Consiglio quando non era ancora Presidente è che il Consiglio si dotasse di un ufficio stampa. Adesso abbiamo 40 fotografie al mese del consigliere Viola, 20 del segretario del partito Margheri, è piuttosto scaduta la presenza negli ultimi mesi della consigliera Zendron, ci sono delle rivalutazioni verso il consigliere Tribus. Questo è il risultato dei giornali in mano alla lottizzazione comunista. Consigliere Viola, noi non siamo d'accordo, e quando Lei s'incazza solo perché noi abbiamo constatato che...

**PRESIDENTE:** Consigliere Montali, come Presidente vorrei ricordarLe che il termine "incazzare" ancorché detto alla televisione, gradirei come uomo politico e di cultura non fosse pronunciato qua dentro. E' una preghiera e mi appello al consigliere Benussi perché interceda in questa direzione.

**BENUSSI (MSI-DN):** Glielo ho già detto prima che non è il caso di dirlo.

**MONTALI (MSI-DN):** Il Presidente è anche un esperto di cultura sessuale?

**PRESIDENTE:** Le ricordo che ho i mezzi regolamentari per interrompere questo tipo di linguaggio, consigliere. Si calmi e prosegua la Sua interessante esposizione.

**MONTALI (MSI-DN):** Io sono calmissimo, Presidente, però vorrei che Lei capisse non le sfumature di un termine che oggi in televisione viene usato da tutta la sua "Rete 3". Comunque io capisco che Lei si offenda per questi termini, però avrei piacere che Lei si offendesse dell'altro termine che ho usato. Tenga presente che se noi avessimo i voti presenteremmo una mozione di sfiducia nei confronti della Sua presidenza, ma Lei, purtroppo per noi, conta su 21 voti della Volkspartei con i quali ha trattato, e qui chiedo esplicitamente la testimonianza dei partner - posso dirlo o è osceno? - di Giunta avendo Lei trattato esclusivamente la nomina a Presidente del Consiglio con il Presidente del gruppo della Volkspartei Frasnelli, con il quale ha parlato pomeriggio e ore intere senza che

i signori della Democrazia Cristiana e i socialisti abbiano mai interferito. La Sua posizione su quella poltrona Lei l'ha trattata, non so a quali condizioni, solo con il capogruppo Frasnelli. Allora qui entriamo nella valutazione politica che noi facciamo quando l'ho dichiarato "ambisex politico".

Questo il mio intervento per riferirmi a quanto ha detto la collega Klotz, al Suo intervento che era riferito al bilancio nelle stesse misure in cui il mio è riferito al bilancio. L'intervento tecnico sul bilancio, ammesso che il Suo partito non lo può fare più, lo farà il consigliere Benussi.

**ZENDRON (GAF-GVA):** Io cercherò di parlare del bilancio, non parlerò della toponomastica, argomento interessante ma penso che una delle cose migliori che si siano fatte ieri sia stata quella di togliere dall'ordine del giorno questa materia e di poterci occupare finalmente di cose un po' più serie. Quindi cercherò di dire qualcosa a proposito dell'argomento che è il tema del mio intervento. Vorrei cominciare a dire che 176 miliardi possono sembrare pochi rispetto al bilancio complessivo della nostra provincia, tuttavia si tratta sempre di una cifra molto ragguardevole e comunque anche in una manovra di assestamento c'è una conferma delle scelte di fondo che vengono fatte dall'Amministrazione. Comunque anche questa manovra non corregge un'impostazione di fondo che io non condivido, in cui si spende troppo per certi settori e ne vengono trascurati profondamente altri.

Vorrei anche dire che l'uso della legge finanziaria come legge omnibus per far passare delle modifiche che non si è riusciti ad introdurre attraverso leggi ad hoc è sempre un modo scorretto, non chiaro che introduce degli elementi anche di oscurità nella legislazione perché introduce una legislazione più difficile per il cittadini di essere seguita. E naturalmente tutto ciò che non è chiaro contiene sempre degli elementi di minore possibilità per il cittadino anche di sapere quali sono i suoi diritti. Vorrei iniziare da alcuni interventi legislativi nel settore della sanità perché c'è lo spostamento maggiore, 50 miliardi, perché effettivamente nella sanità ci sono tanti interventi, e l'ho potuto vedere nella commissione dove passano tutte le leggi, tantissimi interventi di adeguamento alle leggi nazionali. Quindi questo settore può anche essere più comprensibile.

Per quello che riguarda invece lo stanziamento maggiorato a favore della sanità, bisogna anche riconoscere che la sanità nella nostra provincia funziona meglio che in altre, ma rimane il fatto che ci sono comunque dei settori e comunque un approccio che rimane sostanzialmente quello del sistema nazionale e che è fondato sullo spreco e sulla malattia, che investe pochissimo sulla prevenzione e che quindi non risparmia all'origine, ma poi cerca di riparare i danni che comunque avvengono. Questa manovra non riesce neanche a fare degli spostamenti a favore di settori che sono completamente scoperti, settori dell'assistenza voglio ricordare, anche se è inutile perché sono quattro anni che sono in questo Consiglio e ad ogni assestamento di bilancio si ripropone il tema delle zone oscure

del nostro sistema sociale, i lungodegenti e i malati psichici, però non è ancora cambiato niente. Ancora a Bolzano non c'è un posto letto per i lungodegenti, e come sappiamo la città è poi il luogo dove i problemi sono più concentrati e complicati. Anche questa manovra non interviene in questo senso. Poi se possiamo per certi versi capire che si voglia approfittare di una legge omnibus soprattutto alla fine della legislatura per introdurre alcune cose che andrebbero altrimenti perse perché sappiamo che anche all'ordine del giorno del Consiglio abbiamo tantissime cose e tutte non si riusciranno a fare, alcune cose però rimangono fuori, e sono più urgenti e voglio fare un esempio. Stiamo, nonostante il ritardo con cui è stata presentata in Commissione, cercando disperatamente di finire una legge sull'edilizia sociale per cui ogni giorno io ricevo telefonate e vengono da me delle persone che chiedono, e io credo ci sia una grande aspettativa per questa legge. Bene, io cercherò di finirla il più presto possibile, però credo che ragionevolmente sarà abbastanza difficile, se non c'è un accordo in Giunta, che questa legge venga approvata. Allora mi chiedo se in questo caso, alcuni interventi che sono estremamente urgenti, attesi, ad esempio, dall'Istituto per l'Edilizia abitativa agevolata che deve sfrattare 200 persone perché hanno superato il limite di reddito, che dovrebbe essere adeguato all'inflazione, non possono ancora essere fatti. Io mi chiedo come reagiscono le persone che sono colpite da questa ingiustizia, da questa mancanza di intervento se vedono che qua invece ci si è occupati per tanto tempo di cose di assai minore rilevanza per la loro esistenza. All'interno della legge ci sono anche altre cose che riguardano ad esempio le cooperative edilizie, e anche queste cose rimangono in sospeso. E' ancora meno giustificato che si usi la legge finanziaria per metterci delle altre cose quando invece quelle urgenti vengono lasciate da parte. E che questo assestamento di bilancio non contraddica per niente quella che è l'impostazione generale di questa Giunta lo confermano anche le variazioni che sono state fatte, di cui alcune sono particolarmente evidenti, dove si vede ad esempio che nell'edilizia abitativa il relativo capitolo è stato ridotto di due miliardi, che possiamo dire forse non essere chissà quanti, però avevo chiesto all'assessore Bolognini cosa significano questi due miliardi, e ve lo dico perché credo sia una cosa grave. Questi due miliardi sono il risultato di mancate domande di contributi nella città di Bolzano i cui cittadini non vanno più neanche a chiedere il contributo, nonostante sia il luogo dove c'è la maggiore carenza di abitazioni, perché tanto sanno che non c'è niente da fare. C'è stato un calo di domande del finanziamento del 15% complessivamente e quindi sono avanzati soldi. Ora questo risparmio, questo storno che viene fatto nel bilancio, che chiaramente per motivi tecnici immagino che debba essere fatto perché è inutile tenerli lì se possono essere usati da un'altra parte, è una cosa gravissima. Questo è l'ultimo segno di una situazione che si avvita su sé stessa, in cui addirittura laddove un bisogno primario viene meno soddisfatto, i soldi a disposizione calano, e quindi diventa sempre una cosa che si aggrava, che peggiora e non si capisce in che modo possa essere risolta. Io credo che su questo ci sia probabilmente una scelta della Giunta provinciale che io non posso condividere. Questo momento è molto grave per

quello che riguarda la situazione abitativa. Io ieri ero a comperare il pane e latte e ho sentito i vicini di casa di una famiglia normale con due bambini che sono andati a vivere in una roulotte perché erano stati sfrattati e non avevano trovato nessuna soluzione. E queste cose le sento troppo spesso e mi preoccupa, primo perché loro stanno male, poi in una situazione in cui questo problema si aggraverà per l'immigrazione ecc. che ha uno dei suoi punti deboli nella questione abitativa, questo è uno dei modi con cui ci prepariamo a lanciare forme di razzismo. Una delle cose più frequenti che si sente è: "Questo è stato sfrattato, va a vivere in roulotte con i suoi figli, però per gli extracomunitari fanno le case". Questa è una cosa tremenda, voluta da coloro che non sanno risolvere un bisogno primario come quello del vivere sotto un tetto che è una cosa che a mio parere non possiamo negare neanche agli immigrati dell'ultima ora, ma soprattutto non possiamo fare in modo che si crei una concorrenza fra poveri in cui si faccia la guerra per qualcosa a cui tutti hanno diritto.

Altre variazioni significative che a mio parere danno anche l'impressione chiara di quelli che sono i settori deboli dell'intervento pubblico sono ad esempio la riduzione dell'intervento a favore della gestione del servizio "Casa delle donne" che è previsto in una legge che risale al 1989 e che c'è a Brunico, da poco tempo a Merano e invece a Bolzano non ce n'è neanche un accenno. Si era scelto a suo tempo che la "Casa della donna" a Brunico e Merano fossero private e a Bolzano pubblica proprio perché si sapeva che non era possibile che fosse un'iniziativa privata che si occupasse di questo. Siamo alla fine del 1993 e anche questo intervento è rimasto insoddisfatto. Ciò dimostra anche che questo sistema di credere che tutto possa essere aggiustato con i soldi, che conduce poi alla soddisfazione dei bisogni e ad una maggiore giustizia, non è vero. Si fanno anche qui degli stanziamenti a favore dell'ambiente, però d'altro canto sappiamo che quello che viene speso per l'ambiente, anche come strutture di intervento ecc. e quello che viene speso per costruire strade o tunnel inutili come quello fra Laives e Bolzano, non voluto dalla città di Bolzano, ma si costruisce lo stesso perché c'è un accordo con i costruttori penso, oppure l'impegno della Giunta per il tunnel di base del Brennero e altre cose in cui l'impegno della Provincia dovrebbe essere quello di capire se serve, a cosa serve, quali sono i vantaggi e gli svantaggi, e qui però le nostre richieste insistenti che vengano fatte valutazioni di impatto ambientale anche con il coinvolgimento della gente, esami dei benefici e dei danni non trovano nessuna rispondenza.

Ci sono anche degli interventi che io condivido, come in particolare l'adeguamento delle borse di studio agli studenti e anche l'introduzione di una differenza fra gli studenti normali e gli studenti con prole che viene richiesta da tanto tempo e che mi sembra positivo. Devo dire tuttavia che le stesse cifre che vengono raggiunte ormai da queste borse di studio dovrebbero essere un ulteriore elemento che ci fa pensare che non si può andare avanti su questa strada soprattutto in previsione che la moneta italiana si indebolisca ulteriormente e che quindi questo esborso raggiunga cifre sempre più alte, e che poi, dati anche i tempi dell'adeguamento, non sempre sono sufficienti per gli studenti per

soddisfare i loro bisogni, perché prima spendono e poi c'è sempre un periodo lungo di adeguamento di questo cambio. Questo dovrebbe essere uno degli elementi che, anche se secondario rispetto altri, dovrebbero far capire l'importanza anche di una università locale che nessuno pensa sia una università in cui tutti gli studenti sudtirolesi vadano, perché credo che da tutte le parti ci siano degli scambi, ma per gli studenti dei ceti sociali più deboli è interessante per il fatto di non doversi spostare, perché ci sono delle famiglie che pur desiderando far studiare i figli non sono in grado di sostenere i costi se devono mandarli in un posto lontano.

E' un assestamento di bilancio che dà un po' di soldi in più, che però a mio parere è insoddisfacente perché non cambia la qualità dell'uso del denaro pubblico che viene fatto dalla Giunta e nello stesso tempo svela alcune mancanze estremamente acute, su bisogni importanti, che anche attraverso questa manovra, che è l'ultima della legislatura, conferma praticamente il modo con cui si è governato e amministrato questa ingente quantità di denaro pubblico senza riuscire a soddisfare molti di quelli che sono i bisogni sociali della popolazione senza fare un cambiamento sostanziale, una svolta di qualità anche nel modello economico ed ecologico ambientale della gestione del Sudtirolo e del nostro territorio.

**PAHL (SVP):** Herr Präsident! Dieser Nachtragshaushalt ist vielleicht von seiner Bedeutung her nicht so, daß es sehr langer und ausführlicher Reden bedürfte, um ihn zu kommentieren, besonders auch deshalb, weil gewisse Umschichtungen bei der Finanzausstattung von Sektoren von bestimmten Maßnahmen nicht ein sehr besonders großes Ausmaß erreichen. Trotzdem gibt ein solches Gesetz Gelegenheit, auch zu einigen grundsätzlichen Fragen Stellung zu nehmen.

Einige besondere Probleme der letzten Zeit sind durch die Medien gegangen und haben Zu- bzw. Widerspruch gefunden. Wie nicht anders erwartet, handelt es sich dabei vor allem um Fragen der Sprache sowie der Kultur, die die deutsche Volksgruppe betreffen, und um das Verhältnis der Wahrung dieser deutschen Kulturinteressen gegenüber der italienischen Volksgruppe. Man hat in jüngster Zeit in der Landesregierung eine Entscheidung bezüglich einer Erhöhung des Deutschunterrichtes getroffen. Auf dem Wege eines Schulversuches - es ist also keine generelle Lösung, da ein Versuch genehmigt, wieder geändert, aufgelassen oder verlängert werden kann - sind 2 Deutschstunden hinzugekommen und das Fach Geographie weggefallen. Es versteht sich von selbst, daß es im Rahmen eines sprachlichen Unterrichts allein aufgrund der Lehrfreiheit grundsätzlich dem Lehrer völlig freisteht, in welcher Weise er die Lernziele am besten zu erreichen gedenkt. Es war für mich persönlich in meiner Unterrichtszeit an einer italienischen Oberschule für Deutsch eine Selbstverständlichkeit, alle Inhalte hineinzunehmen, die ich zur Erreichung des Lernzieles, nämlich gut Deutsch zu können, zu erreichen glaubte. Ich habe damals mit aller Selbstverständlichkeit geschichtliche, geographische, allgemein heimatkundliche, grammatikalische und andere Inhalte hinzugenommen.

In den letzten Tagen ist mit gewichtigen Argumenten gesagt worden, dieser Schulversuch sei ein Einbruch in die grundlegenden logistischen Voraussetzungen, die im Schulbereich durch das Autonomiestatut gegeben sind. Ich glaube, daß man dieses Argument nicht einfach von der Hand weisen kann, weil das Autonomiestatut tatsächlich auf dem Wege eines reinen Schulversuchs, also keiner gerellen Regelung - das ist ja der große Unterschied -, zunächst einmal nicht wörtlich, sondern in einer besonderen Form der Auslegung genommen worden ist. Ich verweise darauf, daß dies aber nicht zum ersten Mal geschieht. Schon vor vielen Jahren habe ich daran erinnert - damals auch im Rahmen meiner eigenen Partei -, daß schon allein der Umstand, daß in der ersten Klasse Volksschule in italienischen Schulen Deutsch unterrichtet wird, und zwar auf dem Wege eines Schulversuchs, de facto auf dasselbe hinausläuft. Bereits damals wurde der Wortlaut des Autonomiestatutes nicht beachtet. Die italienische Seite hat dagegen eingewandt, daß es ihre Angelegenheit sein müsse, in welcher Weise sie am besten Deutsch lernen wolle. Die deutsche Verwaltung und Politik hat darauf hingewiesen, daß es eine Reihe von Möglichkeiten gab und gibt, in italienischen Schulen den Deutschunterricht zu verbessern, auch ohne ihn zeitlich durch mehrere Stunden auszudehnen. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang an einen sehr eigenartigen Protestbrief des damaligen italienischen Schulamtsleiters, der sich zum Beispiel gegen das Fach Deutsch - schriftlich bei der Matura gewandt hat. Diese Position des damaligen Schulamtsleiters ist natürlich nicht mit der generellen Position der italienischen Volksgruppe oder der italienischen Politik gleichzusetzen. Man muß immer genau den Autor bzw. den Verursacher unterscheiden. Ich glaube auch, genauso wie meine Parteikollegen, daß es an sich vom Grundsatz her durchaus ausreichen müßte, die Deutschkenntnisse in italienischen Schulen ohne weitere Schulversuche zu verbessern, so man sie will. Ich glaube einer ganzen Reihe von Leuten, aber nicht allen, daß man eine solche Verbesserung des Deutschunterrichts wirklich anstrebt. Nun ist der massive Wunsch aufgetaucht und schließlich auch durch eine Mehrheitsentscheidung der Landesregierung durchgesetzt worden, daß man im Rahmen eines sehr begrenzten Schulversuches bei gleichzeitiger Ausschaltung eines Einzelfaches - in diesem Fall das Fach Geographie - in der Archimede-Mittelschule eine Erhöhung der Deutschstunden vornimmt.

Man könnte jetzt lange hin und her streiten, ob das eine oder das andere günstiger ist, ob es notwendig ist oder nicht. Ich bin persönlich der Meinung, daß der Wortlaut des Autonomiestatutes nicht genau genommen worden ist, aber ich sage gleichzeitig, daß dies nichts Neues ist. Dies machen wir schon seit Jahren des öfteren. Somit ist zu erwarten, daß dies zwar die erste Forderung im Bereich der Mittelschule war, aber selbstverständlich nicht die letzte. Die Landesregierung war sich durchaus im Klaren darüber, als sie den Versuch nach langem Abwägen der Für und Wider zustimmte. Soviel ich gehört habe - auch aus den Medien -, hat der Landesrat für die deutsche Schule und Kultur Einwände erhoben und diese entsprechend begründet. Nun ist aber das Entscheidende nicht so sehr, ob in einer italienischen Oberschule der Deutschunterricht in

dieser Form ausgedehnt wird oder nicht, sondern, daß solche Versuche unter keinen Umständen auf deutscher Seite - dem, glaube ich, widerspricht niemand, zumindest nicht von meiner Partei - gemacht werden. Auch italienische Vertreter dieses Hauses haben im Rahmen dieser Debatte und bereits in der vergangenen Zeit anerkannt, daß eine solche Absicht nicht besteht, weder heute noch morgen. Sollte sich dies nicht bewahrheiten, ist mit unserer entschiedenen Ablehnung zu rechnen. Darüber herrscht Konsens in der Südtiroler Volkspartei, so daß man es lediglich der Vollständigkeit halber noch kurz erwähnt.

Die Südtiroler Volksgruppe ist die eigentliche zu schützende Minderheit. Die Italiener im Lande sind Teil des großen italienischen Staatsvolkes. Die Minderheit im Sinne einer echten Definition als Volksgruppe, die sich in der Minderheitslage befindet, sind die Deutschen in Südtirol, inkorporiert in das italienische Staatsgebiet. Für sie ist der Pariser Vertrag, infolgedessen auch das Autonomiestatut bzw. dessen Durchführungsverordnung, gemacht worden.

Gesetzt den Fall, es würden von der deutschen Seite nun solche ähnliche Forderungen kommen, dann wäre es nicht Sache der Italiener, das gut zu heißen oder auch nur anzuregen. Ich schließe es aber nicht aus, daß solche Forderungen über kurz, mittellang oder lang kommen. In diesem Fall bin ich ganz sicher, daß die Südtiroler Volkspartei solchen Experimenten nicht zustimmen wird. Im extremsten der Fälle wird die Volksgruppe bei irgendwelchen geeigneten Wahlen vor die Entscheidung gestellt, ob sie diese eindeutige Position der Wahrung der deutschen Schule im deutschen Bereich anerkennen will. Ansonsten muß sie sich eine andere Partei suchen. Ich glaube nicht, daß dies eigentlich zur Diskussion steht. Ich gehe nicht davon aus, daß die italienische Volksgruppe eine solche Absicht hat und einen solchen eventuellen Wunsch weder anregen noch mitunterstützen wird. Von unserer Seite gäbe es für den deutschen Bereich keine Unterstützung. Was den italienischen Schulversuch in der Archimede-Mittelschule betrifft, wird sich in Zukunft zeigen, in welcher Weise er sich pädagogisch bzw. didaktisch auswirkt und ob der erwünschte Erfolg eintritt oder nicht. Diese Frage kann man erst nach entsprechender Zeit beantworten.

In den letzten Tagen ist auch über das wirklich mehr als bekannte Thema der Südtiroler Ortsnamengebung gesprochen worden. Dieses Thema ist nicht Gegenstand dieses Nachtragshaushaltes. Ich wollte eigentlich nicht darüber reden, da wir ja schon mehr als sattsam darüber gesprochen haben und dies meist sowieso zwecklos war. Aber, nachdem eine ganze Reihe von Kollegen sich dazu geäußert haben, möchte auch ich mich zum Thema äußern. Ich war gestern mit der Vorziehung dieses Gesetzentwurfes nicht einverstanden und habe mich daher mit Zustimmung der Fraktion der Stimme enthalten. Eine tollerante und demokratische Landtagsfraktion wie die Südtiroler Volkspartei hat dies ohne Kommentar zur Kenntnis genommen. Ich bedanke mich für diese völlige Freiheit! Ich hätte es mir auch nicht anders erwartet. Dies ist demokratische Gepflogenheit in der Südtiroler Volkspartei. Was allerdings nun die Zukunft einer Ortsnamenregelung

betrifft, die derzeit, wie es aussieht, auf römischer Ebene angestrebt wird, so glaube ich, daß es im Rahmen eines Regelungsversuches noch eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten gilt. Ich habe der Südtiroler Volkspartei vor einiger Zeit ein Memorandum geschickt, das ich nicht veröffentlicht habe. Allerdings möchte ich einige grundlegende Einwände vorbringen, da sie Ursache dafür sind, daß ich mich bei weiteren möglichen Anträgen auf Vorziehung der Behandlung anderer Gesetzentwürfe vor jemem über die Ortsnamenregelung wieder der Stimme enthalten werde. Ich zweifle nicht daran, daß sich die unterzeichnenden Parteien wirklich bemüht haben, eine Einigung bzw. einen Konsens zu erzielen. Ich erkenne an, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf - ich nehme an, daß das eine und andere noch eine Änderung erfahren wird - eine ganze Reihe von Fragen offenläßt. Er öffnet mehr Fragen, als er beantwortet. Vor allem aber zeigt sich, daß der zweite Entwurf - ich rede nicht vom ersten Entwurf, zu dem ich meine Zustimmung in der Partei gegeben hatte - eine zum Teil substantielle Änderung erfahren hat, so daß ich, falls er ohne Veränderung so weiter betrieben werden sollte, meine Zustimmung auch in Zukunft nicht geben könnte.

Den Gemeinden ist im wesentlichen eine gewisse Einschränkung auferlegt worden. Man hat ihr Erstlingsrecht, eine Vorlage für ihren Bereich vorzubringen, zwar nicht *de jure*, aber *de facto* sehr eingeschränkt. Wenn die Kommission die "base fondamentale" sein sollte, auf deren Grundlage die Gemeinden ihre Entscheidungen fassen müssen, und wenn ferner die Gemeinden verpflichtet werden, eine eventuelle Abänderung dieser Kommissionsvorlage für den jeweiligen Gemeindebereich vorzunehmen, so kehrt man hier eigentlich die Beweislast um. Die Beweislast für eine eventuelle Änderung müßte nicht die Gemeinde, sondern die Kommission haben. Das war bis vor kurzem auch so von der SVP verstanden. Erst in allerletzter Zeit hat man im Rahmen neuer Verhandlungen einen gewissen Rückzieher vorgenommen, den ich allerdings nicht teile. Ein ganz wesentliches Problem wurde aufgeworfen, nämlich man spricht vom "uso del toponimo nel gruppo linguistico". Dies ist eine alte italienische Konzeption. Ich meine nicht die betrunkenen und nicht betrunkenen Parteien, sondern die demokratischen italienischen Parteien. Denen liegt selbstverständlich sehr daran, daß der "uso linguistico" für einen "toponimo" im Bereich der gesamten italienischen Volksgruppe im Lande und nicht im jeweiligen betreffenden Ort gemeint ist. Hier unterscheidet sich natürlich die UNO ganz wesentlich. Die UNO meint mit ihren Richtlinien, welche weltumspannend und damit auch für Italien eine politische Selbstverpflichtung darstellen würden, daß der Usus einer Volksgruppe in loco und nicht in irgendeiner größeren Region gemeint sein muß. Ansonsten könnten die Südtiroler hergehen und sagen, nachdem jeder Südtiroler - ich meine die Deutschen und die Ladiner - zu Trento Trient, zu Mailand Milano und dergleichen sagt, daß wir auch die Namen "Trient", "Mailand", "Genua" usw. amtlich einführen müßten. Welcher Unsinn wäre dies? Es muß eine Lösung im kulturellen sowie im politischen Sinne gefunden werden. Man müßte übereinkommen und folgenden Konsens finden, der aus meiner Sicht auch der italienischen Volksgruppe durchaus



zumutbar wäre: Man müßte jenen Teil, der in den Gebrauch der italienischen Volksgruppe - ganz allgemein gemeint - eingegangen ist, zwar nicht als formell amtlichen Ortsnamen hernehmen - mit gewissen Ausnahmen, es geht ja nicht um Bolzano -, sondern jene Namen, die keinen historischen Charakter haben, also vom Faschismus durch Verwaltungsdekret eingeführt worden sind, als nicht amtliche Alternativnamen gelten lassen. Dann hätten sie zwar nicht den gleichen juristischen Rang, könnten aber im vielfachen Gebrauch trotzdem benützt werden. Ich glaube, daß dies ein Konsensweg wäre, der einerseits etwas wesentlich Kulturelles wahrt und andererseits auch ein politisches Entgegenkommen darstellt. Dies war schon seit langer Zeit meine Position. Grundlegend ist dies auch das Gedankengut und der Inhalt des Entwurfes, der ursprünglich von der gesamten SVP-Fraktion vorgelegt worden ist.

Die Ortsnamen sind bestimmt nicht das einzige Problem Südtirols. Wir haben natürlich viele Probleme. Aber weil wir gerade davon reden und weil wir dazu kommen müssen, auch in diesem partiellen Sektor des Kulturlebens eine Lösung herbeizuführen, die soweit wie möglich eine sachgerechte, das heißt eine kulturelle Lösung ist, so reden wir über die Ortsnamengebung in Südtirol. Kein Südtiroler - jedenfalls keiner der SVP - denkt nur im Mindesten daran, etwa das Ziel eines wesentlich alleinigen, amtlichen Gebrauchs der Ortsnamen als Waffe gegen die italienische Volksgruppe zu verwenden. Dies wäre wirklich ein Unsinn bzw. eine falsche Interpretation. Natürlich wünschen wir als Deutsche und Ladiner umgekehrt, daß von italienischer Seite - ganz allgemein gemeint - der Gebrauch der italienischen Namen nicht als Waffe gegen die deutsche Volksgruppe verwendet wird, da wir in diesem Falle doch erhebliche Einwände hätten. Dies könnte wiederum dazu führen, daß Vorurteile entstehen, die nicht in jedem Fall gerechtfertigt wären. Die Zukunft wird zeigen, in welcher Weise hier ein Lösung angestrebt wird. Ich wünsche mir, daß es eine Lösung der Kultur wird, eine, die auch einen demokratischen Mehrheitskonsens der italienischen Volksgruppe trifft, sofern sie - wie ich doch immer noch hoffe - bereit ist, grundlegenden kulturellen Argumenten ihr Ohr zu leihen. Damit möchte ich dieses Thema im Rahmen dieser Haushaltsdebatte als abgeschlossen betrachten.

Es gibt in der deutschen Volksgruppe immer wieder Befürchtungen - sie werden von guten Argumenten genährt -, daß von seiten des italienischen Staates die italienische Regierung partiell versucht, immer wieder Einbrüche in die Autonomie vorzunehmen. Gerade im Bereich des Proporz ist es nicht nur ein Anliegen Südtirols, sondern auch ein Anliegen der italienischen Volksgruppe, den Proporz in allen Bereichen zu wahren. Solange es nichts Besseres gibt als den Proporz, müssen wir ihn aufrechterhalten. Eine bessere Lösung wurde bisher noch nicht gefunden. Darum soll das, was im Autonomiestatut grundsätzlich vorgegeben ist, auch beibehalten werden. Hier können wir keine Kompromisse machen, da dies einen Einbruch in die Substanz unserer Teilautonomie darstellen würde. Man hat in letzter Zeit immer wieder von irgendwelchen Plänen, von weitgespannten Gedanken der Errichtung einer neuen Autonomie, einer Eu-

roparegion Tirol und dergleichen gesprochen. Ich habe in diesem Haus, aber auch bei anderen Gelegenheiten bereits öfters dazu gesprochen, so wie andere Kollegen auch viele Gedanken dazu geäußert haben. Ich glaube, daß die Autonomielösung für Südtirol ihrer Natur nach etwas Vorübergehendes bzw. etwas Provisorisches ist, da eine Autonomie schon ihrer Zielsetzung nach nie etwas Vollendetes sein kann, sondern immer nur ein Auftrag, den jeweiligen Aufgaben der Zeit gerecht zu werden. Das natürliche und legitime Ziel der Südtiroler Volksgruppe ist es, die Autonomie ständig zu erweitern. Dies ist auch der Beschluß der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei, der sinngemäß - ich wiederhole ihn vielleicht schon zum x-ten Male - besagt, daß die Südtiroler Volkspartei eine volle, umfassende Autonomie für Südtirol anstrebt, die in allen wesentlichen Bereichen auf dem Prinzip der Subsidiarität fußt. Diese allgemeine Formel besagt, daß man auf längere Zeit eine volle Autonomie für Südtirol anstrebt. Derzeit haben wir eine Teilautonomie, die zu Lasten der Südtiroler, letztlich auch zu Lasten der Italiener im Lande, nur eine Teilautonomie ist und die eigenen Bedürfnisse des Landes nicht wirklich abdeckt.

Vorerst nur eine Idee! Eine Europaregion Tirol, die - so meinen viele und auch ich - das historische Tirol einschließlich das Trentino umfassen sollte, würde dazu führen, daß die italienische Volksgruppe um rund eine halbe Million Menschen weniger verstärkt würde. Dies ist von der Südtiroler Volksgruppe dann zu verkraften, wenn natürlich das gesamte historische Tirol in irgendeiner Form wiedererrichtet wird, also auch unter Einschließung des heutigen Bundeslandes Tirol. Dies wirft eine Unmenge von politischen und verfassungsrechtlichen Fragen auf, so daß viele mit gutem Recht der Meinung sein können, man würde hier von Ideen sprechen, die nicht aktuell sind. Aber es ist in der Geschichte immer wieder so, daß Ideen, die im Augenblick keine Chance einer Verwirklichung besitzen, nach einem Umweg der Geschichte plötzlich in das Licht der Verwirklichung getreten sind. So sind überall in der Welt Neuerungen - manchmal ganz überraschend - zusammengekommen. Man muß dann bereit sein, die nötigen Ideen ausreichend klar vor sich zu haben. In den letzten Tagen ist von Ladinern aus der Provinz Belluno ein eventuell möglicher Wunsch nach einem Anschluß an Südtirol gekommen. Das wirft wiederum gesetzliche Probleme auf, deren Lösung nicht ohne weiteres in unserer Hand liegt. Man kennt die nötigen rechtlichen Voraussetzungen. Zum politischen Wunsch möchte ich grundsätzlich folgendes sagen. Wenn es einen solchen Wunsch, abgesichert durch die ladinische Bevölkerung in Belluno, geben sollte, dann stellt sich natürlich die Frage, ob man das gleiche nicht auch unter Umständen den Ladinern und Deutschen in der heutigen Provinz Trient nahelegen sollte. Wenn das eine real möglich sein sollte, dann muß auch das andere eine Gesprächsbasis darstellen.

Die Landesregierung hat sich nicht im Rahmen dieses speziellen Haushaltes, sondern allgemein in ihrem Haushalt bemüht, für die Probleme der Welt - ich spreche konkret die akute, furchtbare Situation vieler Flüchtlinge in unserer Nachbarschaft an - Hilfe zu leisten. Ich danke der gesamten Landesregierung, allen deutschen und italie-

nischen Landesräten dafür, daß sie besonders in der letzten Zeit ein offenes Ohr gehabt haben und sich auf meine Bitte hin zweimal bereit erklärt haben, ein größeres Kontingent von lebensrettenden Medikamenten für Bosnien bereitzustellen. Die erste Ladung wurde bereits im Juni überbracht und hat viel Nutzen gestiftet. Die zweite Ladung, welche die Landesregierung zur Verfügung stellt, wird, wenn sie bereitsteht, ebenfalls in den Krisengebieten abgeliefert werden. Dies macht sicherlich etwas Arbeit und ist vielleicht nicht so einfach wie die Verwaltung von Bankkonten, aber eine ganz konkrete Hilfe. Ich danke besonders dem Landesrat Saurer und dem Landeshauptmann Durnwalder, daß sie diese Initiative vorangetragen und sofort die Zustimmung der gesamten Landesregierung erhalten haben!

Vielleicht wäre es - wenn ich diese Bitte an die Landesregierung jetzt aussprechen dürfte - möglich, zu Beginn des nächsten Winters, sprich Dezember/Jänner, an eine besondere Hilfsmaßnahme zu denken, für die ich mir hier zeitgerecht einige Vorschläge zu unterbreiten erlaube werde. Der bosnisch-kroatische serbische Krieg wird auch in diesem Winter weitergehen. So sehr man verstehen kann, daß es eine Müdigkeit an Hilfsbereitschaft gibt, so muß man sich dazu durchringen - ich meine die gesamte Bevölkerung unseres Landes -, sich eine neue Haltung anzueignen und zu wissen, daß man Hilfe nicht auf drei, vier oder fünf Wochen beschränkt, sondern so lange hilft, wie die Hilfe nötig ist.

Ich danke in diesem Zusammenhang allen Kollegen meiner Partei. Ich spreche all jene Personen an, die für diese Fragen Verständnis aufgebracht und entsprechende Initiativen unterstützt haben. Grundlegend könnten wir uns einig darüber werden, daß wir den Bereich der Hilfsfonds für Notmaßnahmen und für Entwicklungshilfe sowie Entwicklungszusammenarbeit für die folgenden Haushaltsjahre 1994/95 usw. wesentlich erhöhen. Wir haben zwar eine Menge Geld vorausgeplant, aber man weiß, wie schnell alles fertig wird angesichts der großen Not in der Welt. Ich bitte die Landesregierung, in diesem Bereich schon jetzt daran zu denken, für den nächsten Haushalt eine größere Summe einzuplanen! Ich glaube, daß sie dies sicher tun wird, weil es in der Landesregierung niemanden gibt, der für die Not von Menschen nicht ein offenes Ohr hätte.

In den letzten Tagen hat die Gemeinde Bozen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung die Räumung des Barackenlagers in Bozen vorgenommen. Ich habe mehrfach im Vorfeld dieser Entscheidung eindringlich und wie immer höflich gebeten, man möge auch daran denken, zumindest für jenen Teil der Zuwanderer, die aus den ehemaligen Kriegsgebieten kommen, eine einigermaßen menschenwürdige Lösung zu finden. Ich habe mehrmals auch mit Landesrat Saurer in dieser Angelegenheit gesprochen. Dieser hat immer ein offenes Ohr gezeigt. In den Medienberichten ist nicht ganz deutlich geworden - Journalisten haben es manchmal eilig und nicht immer die nötige Präzision beim Überprüfen der Dinge -, daß die Räumung zwar vorgenommen worden ist, aber es tatsächlich gelungen ist, für jene Menschen, denen man einen Anspruch zubilligen kann,

eine Lösung zu finden. Ich habe mich heute Vormittag mit einer kleinen Delegation von ex-jugoslawischen Flüchtlingen getroffen. Diese haben mir bestätigt - zu meiner Freude und ich sage es auch als Dank an die Landesregierung -, daß die neuen Unterkünfte tatsächlich viel besser sind als jene in der Vergangenheit. Ich darf in ihrem Namen die Zufriedenheit darüber in diesem Hause aussprechen. Wir wissen allerdings auch, daß einige andere Gruppen, die keine regelrechte Aufenthaltsgenehmigung hatten - es sind auch wieder einige Flüchtlinge dabei -, sich angesichts der Räumung in andere Zonen der Stadt zurückgezogen haben, so daß das Problem teilweise noch offen ist.

Darüber hinaus wissen wir natürlich, daß alle Versuche, zu entgeltlichen Lösungen zu kommen, fehlschlagen, weil das Problem der Immigration, der Wanderungen ganzer Volksteile Europas und überall in der Welt zu immer neuen Problemen und Herausforderungen führen wird. Es ist hier der Appell und die Bitte an die gesamte Bevölkerung und an die Verantwortungsträger im politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich zu richten, daß man einen ganz anderen Sinn für die Not von Menschen entwickeln möge. Dabei ist es immer entscheidend, ob man bereit ist, mit den Leuten selber zu sprechen, ihnen persönlich gegenüberzutreten, um sie anzuhören und dann einen Sinn des Herzens für ihre Probleme zu entwickeln. Wer dies tut, merkt sehr bald, daß man helfen kann, aber es zeigt sich immer im Gespräch mit den direkt Betroffenen, daß sich das eine und andere tun läßt. Da gerade Landesrat Saurer gekommen ist, möchte ich nochmals wiederholen, daß ich der Landesregierung vorhin meinen Dank dafür ausgesprochen habe, daß sie im Bereich der Flüchtlingshilfe gerade jetzt wieder eine große Medikamentenladung bereitstellen wird. Die Flüchtlinge werden Ihnen außerordentlich dankbar sein. Ich habe auch erwähnt - Herr Landesrat -, daß ich Ihr Entgegenkommen, welches immer vorhanden war, sehr zu schätzen weiß. Die Bevölkerung Südtirols soll es selbstverständlich auch wissen. Das gleiche gilt für die Räumung des Barackenlagers. Einige Vertreter von ex-jugoslawischen Flüchtlingen, die in Barackenlagern untergebracht worden sind, haben mir bestätigt, daß die neue Lösung im Rahmen des Möglichen sehr befriedigend ausgefallen ist.

Wir haben in der nächsten Zeit noch eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen offen. Ich denke da zum Beispiel an die Tourismusabgabe. Die zerstrittene Wirtschaft läßt grüßen! Wir haben gesehen, daß, wenn man die Pressemitteilungen verfolgt - die einen können es mit einer gewissen Genugtuung tun, die anderen mit einer gewissen Sorge, je nach Gesichtspunkt und persönlicher Ausgangslage -, die Tourismusabgabe natürlich ein Thema ist, welches zum gegenseitigen Streit herausfordert. Nachdem es auch in anderen europäischen Ländern, die nicht weniger zivilisiert sind als wir in Südtirol, prinzipiell eine solche Abgabe in dieser oder jener Form gibt - zum Teil eine mehr und zum Teil eine weniger belastende, als wir sie planen -, so ist das Prinzip einer solchen Abgabe nicht einfach von der Hand zu weisen. Eine ganz andere Frage ist, ob es gelingt, hier so weit wie möglich Gerechtigkeit schaffen, und zwar in der Festlegung der Einzelkriterien, auf die es dann ankommt. Ich habe allerdings in der letzten Zeit den Eindruck gewonnen, daß

politisch engagierte Wirtschaftskreise sich trotz aller gegenteiligen offiziellen Bekundungen allzusehr ineinander verbissen haben. Man mußte den Eindruck bekommen, daß sie nur noch den eigenen Hausgarten sehen. Wir werden dann die Frage im Laufe der Debatte dieses Gesetzes - ich nehme an, daß es noch kommt - noch genauer behandeln. Ich werde meine Meinung im einzelnen zeitgerecht zum Ausdruck bringen.

In diesem Haushalt wurde prinzipiell die Förderung der Studenten angesprochen. Die Förderung von Studenten muß uns ein Anliegen sein. Dies war es uns auch immer. Ich glaube, daß die derzeitige Form einer Studentenförderung über Stipendien doch schon ausgereift ist und einen nicht unbedeutenden Fortschritt im Vergleich zu dem, was wir noch vor fünf oder zehn Jahren hatten, darstellt. Die Staffelung der Stipendien hat mehr Gerechtigkeit geschaffen. Wenn aber dennoch immer wieder Fälle vorkommen, daß eine Förderung, objektiv gesehen, nicht immer voll in die richtigen Hände kommt, so liegt das nicht so sehr an unseren Kriterien, die eigentlich schon recht ausgefeilt sind, sondern daran, daß der italienische Staat mit seinen Maßnahmen dafür sorgt, daß die Steuergerechtigkeit nicht so ohne weiteres gegeben ist. Beim offiziellen Einkommen bzw. bei den Steuererklärungen tritt nämlich die Wahrheit nicht immer zu Tage. Dies ist bedauerlich, da die ungeheure Steuerlast des italienischen Staates eine Belastung darstellt, die langfristig - man sieht es an anderen Beispielen in der Geschichte - zur Zerrüttung eines Staatswesens führen muß, sofern in Italien noch etwas zerrüttet werden kann, was nicht schon zerrüttet wäre. Dies ist nicht unsere Schuld. Blickt man auf die Zukunft, auf eine längere Zeit, also über Wahltermine hinaus, dann - glaube ich - muß man sich in der deutschen, ladinischen und italienischen Bevölkerung darüber einig werden, daß wir einen fundamentalen Konsens in der Auffassung über die Zielsetzung unserer Autonomie brauchen. Die Autonomie ist ein Auftrag. Was wir jetzt haben, ist ein guter Anfang, aber kein endgültiger Punkt, sondern der Beginn einer Lösung, die erst in der Zukunft erarbeitet werden muß. Die Autonomie von heute, sprich eine Teilautonomie, ist nicht ausreichend. Sie ist der Ansatzpunkt für weitere Fortschritte in der Zukunft. Trotz Paketabschluß wissen wir Südtiroler, Deutsche und Ladiner, sehr wohl, daß der Abschluß des Pakets nicht der Abschluß der Südtirolfrage ist. Dies hat uns der italienische Staat mit jüngsten Urteilen durch den Verfassungsgerichtshof, mit Diskussionen und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Proporz, der Zweisprachigkeit und dergleichen mehr allzu deutlich gemacht. Ich hoffe, daß dieser Landtag und damit die politische Vertretung der Deutschen, Italiener und Ladiner im Lande sich längerfristig mehr und mehr darüber einig werden bzw. einen Konsens darüber finden, daß die Zukunft nur dann eine gute sein wird, wenn sie auf dem grundlegenden Konsens einer einheitlichen Konzeption und Sichtweise der Autonomie beruht.

**TRIBUS (GAF-GVA):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die großpolitische Ausrichtung dieser Haushaltsdebatte zwingt auch mich einige Bemerkungen anzubringen. Ich möchte die Ausführungen meiner Kollegin Zendron, die sich im wesent-

lichen mit dem Haushalt beschäftigt hat, ergänzen. Wir haben uns eigentlich vorgestellt, daß man zum Haushalt spricht. Inzwischen hat sich aus Gründen der Weltlage eine große Haushaltsdebatte entwickelt, bei der man zur Lage der Nation Stellung nehmen muß. Ich will und kann dies natürlich nicht tun, da ich nicht bin wie mein Vorredner. Einige Bemerkungen seien mir aber trotzdem erlaubt, wenn man schon im weitesten Sinne des Wortes Bilanz ziehen muß.

Der Landeshauptmann hat dieser Haushaltsdebatte überhaupt keine Bedeutung geschenkt und demonstriert, daß er lieber nicht anwesend ist. Er sagt, daß dies kein politischer Haushalt ist. Wenn es sich um einen politischen Haushalt handeln würde, hätte er auch einen Begleitbericht geschrieben. Dies ist nicht geschehen. Demnach ist die Diskussion bedeutungslos. In der Tat wird nicht der Landeshauptmann, sondern Landesrat Pellegrini auf die großen Denkanstöße, die aus diesem Hause kommen, antworten müssen. Es ist vielleicht doch ganz gut, wenn man sagt, daß man in groben Zügen Bilanz zieht und dann auf einige Dinge eingeht, die die Gemüter bewegen. Es sind auch einige Bemerkungen gefallen, denen ich eine Antwort schuldig bin. Präsident Viola hat mich in der Angelegenheit persönlich angesprochen.

Allgemein kann man sagen, daß diese Legislaturperiode doch einem mühsamen und wenig glorreichen Ende entgegengeht. Wenn man sich an den großen Schwung zurückerinnert, so hat man in den letzten Monaten entdeckt, daß die Arbeiten doch sehr schleppend weitergehen. Die Meinungsverschiedenheiten werden immer größer. Deshalb hat man trotz bester italienischer Methodik doch immer die Vertagung gewählt. Alles das, was uns nicht unbedingt sofort entscheidungsreif scheint, wird vertagt, verschoben und bestenfalls ein "Kommissiönchen" eingesetzt, welches dann nach dem Rechten sehen wird. Dies ist im Grunde bedauerlich, weil dadurch viele Erwartungen zerstört worden sind, die dieser Generationswechsel bedingt. Am Ende stellt man fest, daß auch diese Regierung sowie Landeshauptmann Durnwalder mit Wasser kochen und im Grunde häufig nicht über die tagespolitische "Entlangkrämerei" hinauskommen, da die Interessenkonflikte zu groß sind. Obwohl man oft den Eindruck hatte, daß durch diese "Landeshauptmann-Zentriertheit" der Landesregierung viele Dinge schneller bewerkstelligt werden können, brechen in regelmäßigen Abständen die Konflikte sehr offen aus. Für die großen ideellen Konflikte muß im wesentlichen immer Landesrat Achmüller den Kopf erhalten, und zwar, wenn es darum geht, zu entscheiden, wie die Prioritäten in Ökologie und Wirtschaft gesetzt werden sollen. Da gibt es zahllose Beispiele, die sehr eindeutig zum Leidwesen unserer Seite, aber auch des Landesrates waren, wie oft trotz der in den Grundsatzpapieren der Regierung postulierten Prinzipien der Priorität der Ökologie in dieser historischen Phase dann schlußendlich im Interessenkonflikt fast immer die andere Seite gesiegt hat. Das - glaube ich - ist bestimmt ein entschiedener Minuspunkt dieser Regierung und bestimmt auch eine Nicht-Erfüllung dessen, was man am Anfang als Novum ausgegeben und worin man in der Tat große Hoffnungen gesetzt hat.

Es ist eine Tatsache, daß sich heute die Ökologie, sprich die Umweltschützer, die Umweltbewegten sowie die Grünen im weitesten Sinne des Wortes, doch sehr häufig von dieser Regierung verraten fühlen, wengleich ich natürlich nicht die Cassandra bin, die dem Landesrat Achmüller jeden Erfolg absprechen will. Aber in den großen Entscheidungen hat immer die Gegenseite gewonnen. Dies ist bedauerlich und muß wahrscheinlich in Zukunft auch eine Überlegung wert sein. Wie kann man in Südtirol eine effiziente Umweltpolitik gestalten, um zu vermeiden, daß die gesamte Politik nur ein Alibi wird? Sichtbares Zeichen dieses Interessenkonfliktes ist auch die Tatsache, daß alle großen Gesetzeswerke, die angekündigt worden sind und die Umweltproblematik betreffen, nicht verabschiedet worden sind und dies auch nicht werden. Am LEROP wird jetzt fünf Jahre herumgewerkelt, fünf Jahre vorher noch unter der Obhut des Altlandesrates Benedikter und fünf Jahre unter der Obhut des Landesrates Kofler. Dort sind diese Konflikte am evidentesten herausgekommen. Somit bleibt am Ende wiederum nichts übrig. Jeder Landesrat wird froh sein, weil er in Ermangelung von klaren programmatischen und inhaltlichen Richtlinien im Grunde dahin wurschteln kann wie bisher. Dies scheint die Hauptlinie zu sein. Ein kürzerer bzw. knapperer, aber aussagekräftiger LEROP hätte wahrscheinlich auch die einzelnen Teilbereiche gezwungen, in eine Richtung zu gehen. Dies will man aber nicht. Jeder will seine Privatmeinung weiterhin vertreten können und diese Politik auf der Ebene der Klientel bzw. der Versprechungen weiterbetreiben. So geht es auch in den Bereichen Verkehr, Energie und Urbanistik weiter. Im Bereich der Urbanistik gab es große Versprechungen. Was ist herausgekommen? Nichts! Ein miserables Gesetz gegen den Ausverkauf der Heimat! So hat es großspurig geheißt. Wenn man heute Bilanz ziehen müßte, was konkret herausgekommen ist, dann könnte man einiges erleben. Das gleiche betrifft die Skipisten und die Umweltgesetzgebung in ihrer Gesamtheit. Man sieht, daß man im wesentlichen jedes große Ziel, das man sich gesteckt hat, nicht erreicht und sich in den Tag hineinregiert bzw. -gewurschtelt hat, was ja auch nicht schlecht sein muß. Aber man vermißt tatsächlich die großen Leitlinien, nach denen operiert wird. Man kann sich oft nur darüber wundern, wenn Entscheidungen getroffen werden, daß diese so ausfallen, da sie genau das Gegenteil von dem sind, was man in der Theorie vorgibt. Daß dies zu einem Mißtrauen gegen die Politik führt, scheint mir eine logische Folge daraus zu sein, unabhängig von "Tangentopoli" und von den Begebenheiten, die uns alle irgendwie betroffen gemacht haben. Ich glaube, daß man hier durch eine Erneuerung der Politik zumindest so viel Idealität aufbringen müßte, damit man glauben kann, daß die Politik etwas Edles ist. Dieser Eindruck ist immer mehr abhanden gekommen. Immer mehr hat man den Eindruck der "Wurschtelei", der "Schlaumeierei", des Privilegiums, des "Schiebens" und des "Geschoben Werdens". Da sind wir im Trend der Restrepublik, was natürlich nicht gut ist. Regelrecht fatal hätte sich ausgewirkt, wenn man gestern und vorgestern nicht zur Einsicht gekommen wäre, diese kuriose Toponomastikpolemik auszusetzen. Es war fast wie eine Bilderbuchregie. Am Ende der Legislatur beherrschen - wie immer - die ethnischen Themen das Land Südtirol.

Wie bestellt, so gehabt! Die Toponomastik erhitzt die Gemüter sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite. Man hätte sogar das Alibi gehabt, daß eine Reihe von Gesetzen, die bereits auf Verabschiedung warten, nicht verabschiedet werden können, da der böse MSI Obstruktion macht. Der Feind, sprich der MSI, ist da. Der MSI freut sich natürlich, die einzige politische Kraft zu sein, die imstande ist, die Volkspartei in die Knie zu zwingen. Mir scheint der MSI der "grande vecchio" zu sein, der die Strategie erfindet. Der MSI hat sich gestern mit einer Grandiosität verhalten, die geschätzt werden muß. Er hätte ruhig weiterbocken können. Dann hätte er die Szene bis zum 20. November mit Toponomastikfragen beherrscht. Dies wäre eine nicht tragbare Situation gewesen. Deshalb frage ich mich schon, wer in regelmäßigen Abständen Interesse hat, zu zündeln. Irgendwer hat dies bewerkstelligt. Es ist schade, wenn man in Ermangelung höherer Idealität schließlich immer auf das Ethnische ausweichen muß, um wiederum den Kitt zu haben, der alles zusammenhält.

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Bemerkungen zur Toponomastik machen, da ich vom Kollegen Viola heute Vormittag dazu angesprochen worden bin. Ich glaube, daß der Kompromiß, der hier zwischen den italienischen Koalitionspartnern und zwei Vertretern von Minderheitsparteien ausgehandelt worden ist, im wesentlichen ein guter Kompromiß war, da er imstande gewesen ist, eine Mine zu entschärfen. Es ist natürlich keine Ideallösung. Die Fragilität des Kompromisses besteht gerade in der Halbherzigkeit, mit der beide Seiten am Kompromiß gearbeitet haben. Diese Halbherzigkeit bedingt, daß der Kompromiß im wesentlichen so verschwommen ist, daß jeder im Grunde die Möglichkeit hat, dies so zu interpretieren, wie er wünscht. Das ist die Schwäche, obwohl ich nach wie vor der Meinung bin, daß man von diesem Kompromiß ausgehen müssen wird. Auch ich glaube, daß man ihn ruhig weiterentwickeln kann. Natürlich ist es noch nicht klar, wenn ich an die vorherigen Ausführungen des Professors Pahl denke! Er gibt eine Interpretation, die natürlich nicht die meine ist und auch nicht die - nehme ich an - des Mitunterzeichners Viola. Deshalb müßte man imstande sein - dies ist erst dann möglich, wenn der Wahlrausch vorbei ist -, sich mit viel mehr Ehrlichkeit in die Augen zu schauen und zu sagen: "Was wollt Ihr eigentlich?" Die Volkspartei hat theoretisch in ihrem Herzen ein Gesetz eingebracht. Der Übergang zur Sachdebatte ist ja genehmigt worden. Die Ausrichtung dazu ist klar. Tendenziell spricht man sich für die größtmögliche Einsprachigkeit der meisten Toponyme aus. Dies ist die Ausrichtung. Im wesentlichen kommt sie der des Abgeordneten Benedikter und seiner Kollegin Klotz gleich. Das Gegenstück ist die Position des MSI, die ja im Grunde legal ist. Kollege Montali hat heute folgende Verkündung machen dürfen: "Der MSI und nur der MSI ist die autonomistische Partei in Sachen Toponomastik." Er und nur er zwingt das heilige Buch, das Statut, den Pariser Vertrag, jene Papiere, die sie bisher so verschmäht und verabscheut haben! Dies ist das heilige Buch, das wir uns anschicken, zu umgehen. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir erstens aus der Halbherzigkeit ausbrechen müssen



und zweitens, daß gerade die Italiener mehr politisch kulturelle Aufgeschlossenheit in der Materie zeigen müssen. Ich glaube, daß wir die ganze Angelegenheit nicht nur der Wissenschaft verpacken können, wenn dabei im Hinterkopf die Überzeugung aufrechterhalten bleibt, daß nach Möglichkeit von der Wissenschaft die Existenz aller 8.000 Toponyme als gängig und ortsüblich abgeleitet werden soll. Dies zum einen und zum anderen die Abschaffung aller italienischen Toponyme. Daß man da einen Weg finden muß, scheint mir evident. Evident ist auch, daß der Zeitpunkt, in den diese Diskussion hineingefallen ist, der denkbar ungünstigste war, da doch in beiden Fällen, sowohl auf der deutschen als auch auf der italienischen Seite, zu sehr Wahlinteressen dahinterstanden. Ich stehe nach wie vor zu dem Text, der ausgearbeitet worden ist. Ich empfinde es fast als ein Wunder, daß man soweit gekommen ist. Wir waren auf grundverschiedenen Positionen. Im Grunde ist man in relativ kurzer Zeit, sprich in einem Monat, doch ein bedeutendes Stück weitergekommen. Es ist aber doch nicht schlecht, wenn man in dieser Legislatur nicht mehr darüber spricht und danach mit einer bestimmten Abgeklärtheit an die ganze Angelegenheit herangehen kann.

Ich möchte noch einige andere Dinge, vor allem solche im sozialen Bereich, ansprechen. Ich glaube, daß jetzt wieder die Zeit gekommen ist, zu überlegen, wie man das Geld ausgeben kann bzw. wen man mit dem fetten Haushalt beglücken kann. Jetzt machen sich bereits erste Anzeichen der Krise auch in diesem Lande bemerkbar. Gerade auf diesem Gebiet muß die neue Landesregierung - Landesrat Saurer wird bleiben - neue Schwerpunkte setzen. Trotz der Großherzigkeit des Landesrates Saurer sind einige große soziale Probleme noch nicht gelöst worden. Eines, das ich für alle ansprechen möchte, ist das psychiatrische Elend in diesem Lande. Von diesem klagen wir weiß Gott wie lange. Seit ich hier stehe und sitze, klage ich, genauso tut dies Landesrat Saurer. Es muß etwas passieren, Kollege Saurer! Wir könnten ja die Madonna rufen! Wenn man nicht imstande ist, das Problem mit den Erkenntnissen der Wissenschaft zu lösen, muß man meist auf den lieben Gott warten, wenn es diesen gibt. Es gibt jetzt aber auch die Madonna. Auf alle Fälle glaube ich, daß etwas geschehen muß, nur in Ergänzung zu dem, was Professor Pahl gesagt hat, also Extrakommunitäre .... Viel ist getan worden. Das Gesetz wird wahrscheinlich nicht mehr verabschiedet werden. Es wurde vorgelegt und ist auch eine revolutionäre Erneuerung gewesen. In zwei Jahren hat die Regierung ihre Meinung geändert. Jetzt sollte es ein Gesetz geben. Wahrscheinlich wird es aber nicht mehr verabschiedet werden. Man muß wirklich alles tun, um zu vermeiden, daß der Krieg der Armen ausbricht, der bereits im Ansatz existiert. Es ist wirklich absurd, daß die Menschen in Bozen Wohnungsprobleme haben. Sie beschimpfen die Extrakommunitären, die in Villen leben. Jeder, der seine Wohnung verliert oder eine Wohnung sucht, kommt und sagt: "Aha, die Extrakommunitären kriegen luxuriöse Villen, aber wir kriegen nichts!"

Ein anderes kleines Problem - es könnte größer werden - sind die Aids-Patienten. Der Landesrat kennt das Problem. Auch da sucht man eine Lösung. Natürlich sind dies haarige Probleme, über die man nicht reden soll. Aber, ob es uns paßt oder nicht, es

gibt nun mal solche Patienten. Das soziale Klima ist auch nicht so positiv, wie es in Südtirol eigentlich aufgrund seiner Christlichkeit sein müßte. Wir haben keine großartigen Erfahrungen gemacht, wenn es darum geht, Strukturen für diese Menschen zu schaffen. Man macht ja bereits mit Stadelhof-Patienten Probleme. Man muß sich vorstellen, wer einen Aids-Patienten in einem Dorf aufnehmen kann. In diesen Fällen bin ich für die starke Hand und halte nichts von der Gemeindedemokratie bzw. Gemeindeautonomie. Das ist wirklich ein starkes Stück. Wenn man Mehrheiten oder Minderheiten entscheiden läßt, dann wissen wir, was herauskommt. In diesem Falle vertraue ich mehr einer aufgeklärten Landesregierung als einer demokratisch gewählten Gemeindeverwaltung. Den Rest will ich Ihnen ersparen, weil es sich schließlich nicht um eine regelrechte Haushaltsdebatte, sondern nur um eine kleine Bilanz handelt.

**BENUSSI (MSI-DN):** Oggi abbiamo trattato non solo il bilancio di assestamento come era all'ordine del giorno, ma di diversi argomenti. Io cercherò di limitarmi a parlare solo del bilancio di assestamento, in quanto già ieri vi ho tediato per circa un'ora con la lettura di parte della mia relazione di minoranza. Ho detto parte, perché non ho letto gli inserimenti allegati che erano dentro, né voglio riprenderli, questo anche per un motivo molto semplice che adesso che mi è data libertà di parlare. Mentre ieri dovevo solo leggere, oggi posso chiarire. La relazione di minoranza che noi avevamo fatto, come era facilmente capibile, era stata fatta in funzione di avere un ulteriore mezzo a disposizione per allungare gli interventi dell'opposizione del Movimento Sociale Italiano, in quanto la situazione fino a ieri alle ore 15.15 era diversa. Non parlo sulla toponomastica perché già è stato detto anche troppo, desidero solo far presente che dal nostro punto di vista un risultato positivo è stato ottenuto perché ritengo che lo scoglio che si era presentato con la discussione sui tre disegni di legge sia ormai sorpassato, perché mi attengo alle dichiarazioni ufficiali fatte dal capogruppo della Volkspartei e suffragate direttamente dal presidente della Giunta, per cui non ritengo di dovermi aspettare dei ripensamenti che non ritengo possibili perché dovrei perdere in toto la stima non dico della maggioranza, ma del partito di maggioranza. Non farò un intervento molto lungo, perché già il mio collega Montali ha trattato gli argomenti che potevano essere messi insieme al bilancio, e io parlerò solo dal punto di vista tecnico.

Faccio una considerazione di base. Un bilancio di assestamento incrementa la disponibilità di denaro di 176 miliardi e 157 milioni. E' una cifra che, se utilizzata con oculatezza, può dare modifiche e risultati su cose che in un certo senso sarebbe stato opportuno fare e che non sono state fatte. Quando abbiamo trattato il bilancio di previsione - ed è quella la vera trattazione di un bilancio finanziario perché, oltre a trattare sull'importo complessivo che supera i 4.000 miliardi, dà l'impostazione politica su come si desidera

spendere il denaro in entrata per poter far fronte a tutte le molteplici necessità della nostra collettività - io, come commissario della commissione che tratta il disegno di legge, ho avuto modo di essere presente a tutte le riunioni della commissione. Quindi ho sentito dagli Assessori dei giudizi che la relazione giustamente non riporta. La prima critica che noi abbiamo fatto in Commissione è che io vedo che il lavoro nelle commissioni non si svolge come da un punto di vista etico-professionale dovrebbe. Il lavoro della commissione è molto importante, non semplicemente perché il regolamento prevede che il disegno di legge prima di essere presentato in aula deve essere esaminato dalla commissione competente, ma innanzitutto perché nelle commissioni non è solo rappresentata, come giustamente deve essere, la maggioranza, perché il numero democratico prevede che la maggioranza sia rappresentata in maniera proporzionale ai suffragi ottenuti, ma sono rappresentata anche le opposizioni che possono dare non solo critiche. E normalmente le opposizioni in sede di bilancio, quando si esamina in commissione e non in aula, la politica la lasciano a casa. Si cerca di immedesimarsi, da amministrazioni, in quello che può essere un miglioramento gestionale. La politica dobbiamo farla principalmente in questa sede, perché così è logico che avvenga. In commissione più aridamente, ma più approfonditamente, si esaminano le cifre. In commissione, quando si parla di un bilancio di assestamento, pur essendo di una cifra ragguardevole di 176 miliardi e rotti che abbiamo a disposizione in incremento, si dovrebbe avere il punto di vista dell'assessore presentatore. Ma parliamoci chiaro, l'assessore che presenta il bilancio non è nient'altro che la persona alla quale viene affidato questo compito, e in questo caso si è trovato più a disagio di quello che poteva essere un qualsiasi assessore al posto suo perché era subentrato ultimamente alla gestione. Il Landeshauptmann ha fatto poi la presentazione di questo assestamento di bilancio in tempi brevi e succinti, dando poca valenza politica a quello che è questo aggiustamento, dicendo che si tratta esclusivamente di una questione di cifre. Ma quando si tratta di gestire il patrimonio della collettività, per quanto sia piccola la cifra, bisogna essere oculati, consci se la si utilizza nel migliore dei modi. Penso che qualsiasi persona nella posizione di questi livelli non può non avere il dubbio di aver agito bene. Ne deriva allora che se ha questo dubbio che è logico avere quando si trattano argomenti di carattere prettamente amministrativo e finanziario, si rivolge alla commissione per ricevere anche un apporto, onde eventualmente fare delle rettifiche, delle modifiche, degli aggiustamenti. Non mi sembra che questo da noi avvenga, o avviene in maniera molto superficiale, innanzitutto perché si parte dal principio che il disegno di legge viene presentato in commissione, dal mio punto di vista, esclusivamente perché lo prevede il Regolamento. Quando si parte dal principio di farlo molto velocemente perché tanto si tratta solo di un assestamento, significa sminuire il valore delle commissioni. Ora a me non interessa che mi sia data soddisfazione di carattere morale per quanto riguarda il mio operato o dei miei colleghi in commissione. Ciascuno di noi ha una sua dignità, un senso del dovere, opera nel migliore dei modi quando ritiene di dover dare un apporto sostanziale, ma quanto tempo noi abbiamo a disposizione e che interlocutori abbiamo?

Devo fare un grande elogio al mio collega di opposizione che siede davanti a me e che secondo quanto da lui detto non si ricandiderà più, e a me spiace, però voglio sinceramente ed ufficialmente fare i ringraziamenti per la sua solerzia, profondità e capacità con cui ha fatto il suo dovere. Dico questo perché se uno critica deve riconoscere anche i meriti. Altrettanto non posso dire nei confronti della Giunta, per un motivo semplice. Prima di tutto il bilancio viene presentato in commissione molto in ritardo, il che mette in condizioni i commissari che se hanno coscienza, e ritengo ne debbano avere, perché qui si fa un po' politica, un po' demagogia e troppo comizio elettorale, sempre non solo quando si avvicina la campagna elettorale, e non mi estraneo da questo giudizio perché anch'io mi comporto così, ma in commissione si opera seriamente, ci si rimbecca le maniche per cercare di migliorare il disegno di legge, o di osteggiarlo in modo da avere la propria coscienza pulita. Giustamente l'opinione pubblica non ci valuta solo per quello che appare dai giornali, noi siamo responsabili nei confronti della collettività perché siamo ben retribuiti. Io non ho mai fatto una considerazione se mi danno troppo o troppo poco per un motivo semplice, perché come per tanti anni amministratore e dirigente di una grande società il denaro non è che sia una cifra che mi può fare allibire. Io parto dal principio che se uno rende bene è giusto che sia anche retribuito bene. Se uno vuole approfondire i problemi di cui tratta deve disporre anche di conforto per quanto a lui manca. Se uno deve dare il meglio di sé perché così ha promesso all'elettorato nel chiedere il voto, perché altrimenti è solo un opportunista, deve avvalersi anche di mezzi, di strutture, di libri, di consulenze ecc. deve impiegare il suo tempo, come molti di noi, a tempo pieno, e manca purtroppo ancora del tempo per poter meglio fare il proprio lavoro. Noi non siamo pagati nè troppo, nè molto, nè poco, né niente. Se vogliamo avere persone competenti e capaci bisogna pagarle. Per cui se uno sente di rendere da manager ha diritto di avere anche delle prebende indipendentemente da quelle che la gente raffronta con le proprie entrate. Qui si gestiscono più di 4 mila miliardi, a quale altra società privata o pubblica d'Italia può essere paragonata la Provincia? Quando si vedono le denunce dei redditi si leggono cifre decisamente superiori a quelle di un consigliere regionale o provinciale di amministratori, per cui non è che dobbiamo sentirci in colpa come purtroppo è avvenuto anche quando si trattava in Consiglio regionale della riduzione. E' grande demagogia dire che uno guadagna troppo o poco. E' invece giusto da parte dell'elettorato che chi assume questo incarico renda e sappia far funzionare nel migliore dei modi l'amministrazione, il che significa che qualsiasi persona di buon senso se fa parte di una Giunta, chiede consiglio alle opposizioni. Questo in cinque anni qui non è avvenuto, ciascuno ritiene di operare nel migliore dei modi. Allora facciamo un raffronto con la Russia. La Russia ha ringraziato ufficialmente l'America per il prestito ricevuto di un miliardo di dollari, una popolazione di circa 100 milioni di abitanti, che corrispondono a 1.500 miliardi di lire italiane, il che significa che voi della Giunta ogni quattro mesi avete a disposizione questa cifra che lo può aiutare un paese di 100 milioni di persone, e non siamo neanche 450 mila persone, per cui quando si parla di carenze da parte di ciascuno di

noi dovremmo vergognarci, perché con una gestione continua così, non semplicemente come un aiuto come l'America dá una tantum, ma con delle entrate simili non ci dovrebbe essere uno senza casa. Questo è un ragionamento da fare, e mi spiace che non ci siano i mass media, ma tanto se parla un missino non importa, ma Benussi fa l'intervento perché è pagato per farlo, e non perché ci sia la stampa. Voglio semplicemente dire che la Giunta sta sperperando il denaro pubblico, e ve lo dice uno che ha coscienza finanziaria e amministrativa. Non faccio elenco di mancanze, c'è la mia voluminosa relazione che può far presente meglio che le mie parole concitate in certi momenti. Apprezzo tanto quelle che sono le tradizioni, gli usi e i costumi di questo popolo, del quale faccio parte, e sono fiero di farne parte, anche se non sono perfettamente bilingue e non mi esprimo come vorrei con gli amici di un altro idioma nella loro lingua, per metterli più a loro agio e per far capire loro che li capisco e soprattutto che voglio sempre più capirli. E questo credo sia fatto da noi tutti. Per questo mi spiace quando, o per campagna elettorale o per un insieme di motivi, si cerca di approfittare dei disegni di legge per far vedere chi è il più bravo. Benussi non fa vedere a nessuno se è più bravo di un altro. Ho la fortuna immensa di essere credente e solo quel giudizio, quando avrò terminato la mia presenza terrena, sarà valido per cui cerco, quando amministro la cosa pubblica, di fare il meglio che posso. Avrò sbagliato o meno, ma mi spiace che tutti i suggerimenti che ho dato, o con interventi in aula o in Commissione, non siano stati assolutamente ascoltati. Non posso non fare una considerazione. "Il Duce ha sempre ragione" era una frase talmente idiota che pur essendo piccolo quando l'ho sentita non mi piaceva, perché non piace a nessuno pensare che un'altra persona abbia sempre ragione. Guardate chi è al potere e non ascolta le opposizioni, si comporta da chi crede di avere sempre ragione, allora dite tutto ma non che siete democratici. Io sono stato a disposizione per quasi cinque anni. Fra poco scade il mandato, vedremo in futuro. C'è qualcuno della Giunta che ha detto: quel povero fessacchiotto di missino, che abbiamo capito che è uno dei nostri, perché ci vuol bene e ci stima, lo consideriamo amico perché lui ci considera amici, non fa differenziazioni, possibile dopo essere stato 38 anni in una fabbrica a Bolzano, capo dell'organizzazione delle Acciaierie come dirigente, poi essere diventato consulente capo di tutto il gruppo Falk, non sono andato in Tanzania ma ho girato abbastanza per vedere come funzionano gli altri, ho creato l'informatica delle Acciaierie, ho fatto i collegamenti con i terminali con le nostre filiali degli Stati Uniti, quando vi parla e vi dice che la burocrazia qui dentro non funziona, non avrà mica forse ragione? Lo ha ascoltato mai qualcuno quando ha detto che qui c'è uno sperpero e assolutamente la gestione del personale non è fatta con criteri manageriali? C'è stato qualcuno che mi ha chiesto di dargli una mano? Sì, ma non adesso. Quando era sindaco l'assessore Bolognini, io ero dell'opposizione, lui era della maggioranza, però aveva il senso del dovere di cercare di fare il più possibile il meglio, e nonostante fossi il "lebbroso Benussi" a quei tempi, era il 1968, mi ha chiesto di dargli una mano. Quando è stato fatto l'ultima volta, signor assessore al personale, un test di validità avvalendosi di esperti in organizzazione per vedere se la produttività dei

funzionari, degli impiegati dei vari settori erano validi? Quando è stato fatto un test per vedere se le otto ore di lavoro o quelle che sono previste dai contratti sono state impiegate produttivamente o esclusivamente scaldando sedie? Quando è stato fatto un test di validità per vedere in quanto tempo si sbrigano le pratiche? Quando è stato fatto un test di validità per vedere se i mezzi a disposizione sono utilizzati al massimo, i mezzi sono i più moderni ed efficienti? Oggi ci capita che in Consiglio provinciale non abbiamo neanche il monitor aperto, non abbiamo la possibilità di prenotarci perché è capitato un guasto. Il nostro collega che qui ci dà una mano per quanto riguarda la gestione cerca di risolvere quello che può e oggi vengo a sapere che l'impianto è stato fatto nel 1986. Non avevamo forse soldi per migliorare qualcosa qua dentro? Non vorrei che invece sia stata spesa la disponibilità con altri criteri. Allora faccio sempre la considerazione di fondo. Abbiamo una caterva di miliardi da amministrare, li abbiamo amministrati bene? Abbiamo la coscienza tranquilla per come abbiamo operato? Sono state utilizzate tutte le risorse umane e tecniche per poter migliorare la nostra gestione? Io posso dare un giudizio da persona che se ne intende, perché se Falk non era pazzo da darmi tutta quella caterva di grana che mi dava quando lavoravo per lui, vuol dire che qualcosa forse rendevo, e per questo ho detto che non è che mi impressioni tanto quanto guadagno adesso, perché quando sono pubblicate sui giornali le nostre entrate e io risulterò uno dei più alti, perché ho anche la pensione di ex dirigente d'azienda, l'unica considerazione che faccio è come mai io pago 50 milioni di Irpef e gli altri pagano la metà di me. Il consigliere Brugger che, tenuto conto della sua posizione e a prescindere dalla mia pensione, i 100 milioni li guadagna come me, paga 16 milioni di Irpef. Come è possibile? Si fanno delle considerazioni anche sui colleghi molto terra terra, perché non basta aver le mani pulite nel non aver rubato i soldi degli altri, ma anche il fatto di non aver pagato fino all'ultima lira di Irpef significa non aver le mani pulite, signori. L'ultimo lavoratore, nel senso di ultimo assunto, paga fino all'ultima lira di tasse, le paghiamo anche tutti noi? Io so di pagare il doppio o il triplo di qualche mio collega, comunque andiamo avanti. E' un po' il discorso che fa alla Camera Sgarbi, quando risulta essere quello che ha più entrate ufficiali, adesso che Agnelli non c'entra. Tutti gli altri hanno le entrate non ufficiali che purtroppo emergono ogni giorno. Finalmente la democrazia e una magistratura democratica hanno permesso che esistesse un Di Pietro. Per 50 anni non l'hanno permesso, perché ce n'erano di Di Pietro silurati, perché non credo che nessuno al mondo non potesse immaginare quello che sta succedendo. Io colleziono ordini e onoreficenze, e ringrazio la bella intervista che ha fatto FF che ha messo in evidenza il mio hobby di collezionista. Io spendo lì, ma certamente non ho potuto spendere miliardi, eppure ero pagato molto meglio di un assessore e di un consigliere.

**PETERLINI (SVP):** (*unterbricht*)

**BENUSSI (MSI-DN):** Forse perché si sentono più democratici e hanno capito che io parlo apertamente e che mi comporto da persona leale nei confronti di chiunque, e

non rinnego il mio passato perché non ho niente da rinnegare, specialmente 50 anni fa quando ho preso una scelta, quella di non tradire l'alleato, perché non mi piace sparare alle spalle a chi vicino a me è stato fino a ieri. E qui ho avuto la soddisfazione dei nemici che mi hanno vinto nel 1945 di aver avuto la stima di loro, e l'ufficiale dell'Intelligent Service che mi teneva sotto controllo, dato il mio passato, dopo qualche mese di mia conoscenza è stato uno dei miei testimoni di nozze.

Ritornando a noi, ho parlato dei lavori della terza commissione, ho parlato della necessità di una corretta amministrazione perché potremmo aver risolto tali problemi rimasti inevasi. Visto che c'è l'assessore alla sanità, visto che Tribus prima ha parlato di certe cose, rilevo cose che ho fatto presente a suo tempo e speravo in occasione del bilancio di assestamento venissero rettificati ma decisamente non è stato fatto. Rispetto alle richieste dell'Assessorato sono stati ridotti gli stanziamenti per cui non si prevedono soluzioni in tempi brevi per la neurochirurgia e la chirurgia vascolare plastica, oltre alle carenze nella soluzione degli assillanti problemi relativi alla geriatria, riabilitazione e psichiatria. Ora Tribus ha già parlato della psichiatria, non ne parlo più, però il problema della geriatria, siccome sono vecchietto anch'io, non mi preoccupa solo per me perché grazie a Dio ho potuto garantirmi un qualcosa per la vecchiaia, anche se poi non è servito a niente quello che ho pagato in contributi sanitari, perché adesso ho dovuto pagare la tassa sulla salute come tutti i colleghi date le nostre entrate di altri 5 milioni e domani verso 170.000 lire per me e mia moglie per il medico di base ben sicuro e conscio che continuerò a comperarmi le medicine senza sconti, perché dati i miei immensi guadagni è logico che non possa usufruire di qualcosa. Meraner dice che è proibito ammalarsi. Sarebbe bello, siccome sono coscienzioso, quando qualcuno mi dice no, io cerco di non farlo. Mi sono prefisso una cosa, di non invecchiare più, non so però quanto durerà. Per questo mi auguro, assessore alla sanità, di non aver bisogno delle Sue strutture, anche se devo dire che quando ne ho avuto bisogno, tenuto conto della gestione come avviene nelle altre zone di questo Paese, qui le cose vanno meglio. Le cose avrebbero potuto essere migliori, ma non dipendeva dall'Assessore alla sanità, dipendeva dagli altri Assessori che avrebbero dovuto dare maggiore disponibilità all'assessore alla sanità per risolvere certi problemi, perché decisamente non aveva altro che piacere e interesse di poter migliorare la propria gestione, come del resto fanno tutti. Ma siccome in fatto di disponibilità è il Presidente della Giunta che deve vedere le priorità, non è l'assessore che le può vedere, perché ciascuno cerca di tirare l'acqua al proprio mulino in piena onestà d'intenti, non può fare più di tanto. Come faccio delle critiche, faccio anche delle considerazioni di accettazione, quando è opportuno farle.

Dell'edilizia abitativa è inutile che vi parli, la situazione la conosciamo tutti. Io sono felice di vivere in una terra dove l'edilizia agevolata ha consentito alla nostra provincia di avere la disponibilità di ville con garages, la sala hobby, però sono altrettanto triste nel vedere che ancora non si sono risolti i problemi dei meno abbienti. E' stupendo quando viene il turista potergli dire: guardate in che paradiso viviamo. Quelle ville che

vedete non sono degli amici dell'Aga Kan che sono venuti qua, queste sono le case dell'edilizia abitativa agevolata. Guardate le rifiniture e i particolari. Ma quello che vive nella baracca dice che avete gestito bene il denaro o no? Avete la coscienza a posto o no? Uno dovrebbe aver provveduto anche per i meno abbienti, perché principalmente questo è lo scopo di uno che deve gestire la cosa pubblica, deve mettere in condizioni chi da solo non può arrivarci, è come una mamma che ama i propri figli, però se ha la sventura di averne uno handicappato è logico che si preoccupi di più per lui, altrimenti non sarebbe madre.

Questo piccolo comizio che ho fatto oggi, e ho avuto fortuna perché quelli che erano presenti mi hanno ascoltato, ed erano più presenti di quello che normalmente sono, devo ora concluderlo perché sono le 18. E' l'ultima volta che in questa legislatura parliamo di bilancio. Mi auguro che quelli che gestiranno la cosa pubblica facciano un esame di coscienza sempre prima di prendere una decisione e si chiedano se stanno lavorando per il meglio della collettività o no, se hanno fatto pienamente il loro dovere o no, indipendentemente dall'elettore che gli ha dato il voto. Non ci interessa chi ci ha dato il voto. Noi abbiamo davanti la nostra popolazione trilingue e per quella popolazione dobbiamo agire nel migliore dei modi, perché questo ci è stato affidato dall'elettorato, ma prima ancora dalla nostra coscienza. Mi auguro che nelle prossime gestioni, se ci sarò io, non abbia a ripetere questo, cioè: miglioratevi, miglioratevi, miglioratevi!

**MONTALI (MSI-DN):** Signor Presidente, signor Presidente della Giunta che non c'è, signori assessori cofirmatari che non ci sono, l'ostruzionismo del Movimento Sociale Italiano sulle leggi della toponomastica è stato investito delle grosse conseguenze che per voler impedire l'approvazione della toponomastica si sarebbero ripercosse sulle leggi produttive, essenziali, necessarie, presentate dalla Giunta in chiusura di questa legislatura, prima fra tutte la legge sulla variazione di bilancio. Il Movimento Sociale Italiano ha ritirato il suo ostruzionismo contro il ritiro di quella malfamata legge sulla toponomastica, dando pertanto via libera di affrontare sul piano concreto le leggi, 29 pensate, presentate dalla Giunta negli ultimi 3 mesi. Diceva bene la collega Klotz stamattina quando si lamentava il ritardo, quando faceva notare che la legge da lei e da Benedikter presentata porta la data del 1989. Allora questa legge sull'assestamento del bilancio siamo arrivati a discutere in Consiglio provinciale il 7 settembre 1993. Se l'avessero presentata l'8 settembre, Frasnelli, sarebbe stato veramente indicativo, l'8 settembre è un giorno di disgrazia e sarebbe stato esaltato dai signori della nostra Giunta provinciale. Però non venite a dirci che è colpa del Movimento Sociale Italiano o di altre formazioni di opposizione se abbiamo ritardato questo documento storico del bilancio quando alle ore 17.30 noi riceviamo a firma dell'Assessore al patrimonio e finanze emendamenti a raffica a questa legge. Signor Presidente, si renda partecipe e dica qualcosa ai presentatori di questi emendamenti. Io avrei una frase, ma siccome sono una persona educata non Le dico cosa dovrebbe dire. Noi chiediamo che sia sospesa la seduta perché i gruppi consiliari



possano esaminare questi documenti. Siete delle persone serie a presentare oggi alle 17.30 degli emendamenti quando i consiglieri hanno già parlato, quindi non possono più parlare?

**PRESIDENTE:** Per quanto riguarda la Sua richiesta, innanzitutto c'è richiesta di un altro intervento, eventualmente la potrà riformulare dopo. Ha la parola il consigliere Kaserer, ne ha facoltà.

**KASERER (SVP):** Ich werde versuchen, ruhiger zu sein und einige Aspekte des Haushaltes aufzeigen. Ich möchte einige Dinge anregen, die noch eventuell in Angriff genommen werden könnten. Im großen und ganzen ist die grundsätzliche Änderung des Haushaltes eine Zunahme von rund 4 Prozent. Infolgedessen werden nicht weiß Gott welche Änderungen mit sich gebracht. Wenn jetzt bei dem einen oder anderen Kapitel 50 dazu- oder wegkommen, dann ist das nicht das große Um und Auf. Ich freue mich, daß einige Dinge in diesem Haushaltsgesetz enthalten sind. Ich möchte vor allem einige positive Aspekte hervorheben. Einer dieser Aspekte ist die Erhöhung der Studienbeihilfen von 8 auf 10 Millionen für Hochschüler mit Kindern. Dazu muß ich allerdings sagen, daß hier, was die Berechnung des Einkommens betrifft, beträchtliche Unzufriedenheit herrscht, da nicht bei allen das Einkommen zählt. So habe ich feststellen müssen, daß beispielsweise ein Obstbauer mit circa 30 Waggons Obst nicht seinem Einkommen entsprechend eingestuft wird, sondern andere Kriterien gelten. Dies bringt einige Unzufriedenheit gegenüber denjenigen, bei denen jede Lire aufscheint, mit sich. Wir sollten wirklich danach trachten, daß das Einkommen mit den entsprechenden Abzügen die Grundlage bildet. Somit wäre die Einstufung realistischer. Auf diese Weise würden wir die Ungerechtigkeiten beseitigen.

Was mich verwundert, ist beispielsweise die Erhöhung des Garantiefonds für die Handwerkergarantiegenossenschaft. Es würde mich interessieren, ob auch hier die Betroffenen mit dem selben Prozentsatz - das sind über 40 Prozent mehr - beteiligt sind. Warum muß es in diesem Ausmaß der Fall sein? Ebenso wundern mich die ständigen Erhöhungen für den Ausbau des Flughafens von Verona. Das gleiche gilt für die Beiträge an die SIP. Dabei muß ich sagen, daß der Auskunftsdienst bei der SIP sehr zu wünschen übrig läßt. Verschiedentlich sind Klagen eingelaufen. Entweder man erhält nur Antworten in italienischer Sprache oder der Hörer wird aufgelegt, wenn man Deutsch spricht. Nur selten gelingt eine gute Verständigung.

Sehr gut finde ich die Maßnahmen, um die Trinkwasserquellen in den Gemeinden zu schützen. Ich glaube, daß gutes Trinkwasser heute ein noch zu wenig geschätzter Stoff ist. Hinsichtlich Verbraucherschutz wird meines Erachtens nichts oder wenig getan, obwohl wir ein diesbezügliches Landesgesetz haben. Nicht ausreichend sind auch die Anstrengungen bezüglich der Erhaltung unserer Bergschulen. Ich habe bereits anläßlich der letzten Haushaltsdebatte darauf verwiesen. Ich muß wiederholen, daß diese Kinder und damit auch deren Eltern sehr oft arg benachteiligt sind. Die Beiträge für die

Weiterbildung sind im Verhältnis zum Ausmaß der Weiterbildungsstunden zu wenig erhöht worden. Auch die Kriterien für die Bewertung der Weiterbildungsstunden sind ungerecht. Ein Mal- oder Tonkurs zählt beispielsweise nicht für die Weiterbildung. Ein Betrieb mit 2.000 Angestellten hat oft ein eigenes Weiterbildungsprogramm. Ich habe gesehen, daß darin Mal- und Töpferkurse usw. angeboten werden. Ich habe den Verantwortlichen gefragt, wieso dies ein metallverarbeitender Betrieb macht. Daraufhin wurde mir folgendes geantwortet: "Schauen Sie, jeder von unseren Angestellten, der seine Freizeit sinnvoll verbringt, ist ein Gewinn für den Betrieb!"

Weitere Ungerechtigkeiten bestehen immer noch bei der Aufteilung der Mittelschule in Musikinstitute. Obwohl es auf italienischer Seite eine wesentlich geringere Schüleranzahl als bei den Deutschen gibt, sind die Mittel im Verhältnis zur Bevölkerung aufgeteilt. Dies ist nach wie vor nicht richtig. Besonders der technischen Ausbildung in den Randgebieten muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Beispielsweise im Vinschgau müssen neue Schulen errichtet werden. Die zweijährige Handgewerbeoberschule in Schlanders soll auf 5 Jahre erweitert werden, die ersten Jahre eventuell in der Geometerschule im Vinschgau. Es sind aber auch Überlegungen zur Errichtung von weiteren Landesfachschulen anzustellen, beispielsweise im Vinschgau. Solche Ausbildungsmöglichkeiten bilden eine zielführende Maßnahme zur Verbesserung der Wirtschaft in einem struktursschwachen Gebiet. Ich danke dem Landeshauptmann, daß er anlässlich der Leistungsschau festgestellt hat, daß zu viele Schüler allgemeinbildende Schulen und zu wenige technische Schulen besuchen. Deshalb müssen hier die nötigen Schritte folgen.

Was die Eisenbahn Bozen - Meran - Vinschgau betrifft, stehen Mittel bereit, aber leider - der zuständige Landesrat ist nicht da - wird diesbezüglich immer noch nicht gearbeitet. Ich bin der Meinung, daß hier zu wenig Druck dahintersteht. Die Besitzverhältnisse sind immer noch nicht definitiv geklärt. Der Zeitpunkt dieser Regelung wäre bereits Anfang Juli gewesen. Ich befürchte, daß die Eisenbahn versuchen wird, einen Teil des Eisenbahnareals sowie einen Teil der Gebäude für sich zu behalten. Deshalb ersuche ich, hier scharf dahinter zu sein. Es braucht ein bißchen mehr Dampf.

Zum Schluß noch einige Bitten! Die Darlehen für den Bau und Kauf einer Wohnung sind trotz Inflation gleich geblieben. Entweder wir erhöhen die Darlehen und verlängern damit die Laufzeit oder wir streichen das Wort "Kleinsparergesetz". Mit 140 Millionen Lire kommt ein Arbeitnehmer beim besten Willen nicht mehr aus, außer er hat einen reichen Onkel oder eine reiche Tante. Der Bau der Berufsschule und des geplanten Krankenhauses in Schlanders möge bald vorgenommen werden! Über die Vinschgauer Staatsstraßen haben wir erst gestern in einer Anfrage gesprochen. Ich möchte aber sagen, daß die Ausführungsprojekte der vereinbarten Trassen möglichst bald erstellt werden müssen, damit auch hier die Arbeiten beginnen können. Was die Erhaltung der Stilsfer-Joch-Straße betrifft, ist hinlänglich bekannt, daß sie nicht geschlossen werden soll.

Grundsätzlich habe ich feststellen können, daß die Kollegen hier im Landtag einigen Optimismus haben. Daneben gibt es immer solche Abgeordnete, die Pessimismus in

der Politik verbreiten. Dazu gehören die beiden Kollegen der Union für Südtirol. Wir haben wesentlich mehr Erfolge erzielt, als Ihr geglaubt habt! Daß wir nicht alles erreichen würden, haben wir immer schon gewußt. Wenn wir immer gewartet hätten, bis wir alles 100 prozentig erreicht hätten, dann hätten wir heute noch nichts. Deswegen ist dies eine ganz andere Politik der Schritte. Wir werden immer wieder neue Forderungen stellen. Hier ist in Zukunft eine noch bessere Zusammenarbeit mit Österreich notwendig. Wir werden vieles von dem, was zur Zeit in Frage gestellt ist oder was heute überhaupt noch nicht diskutiert wird, auch in Zukunft noch erreichen. Vor allem gegenüber Rom werden wir uns dazu durchringen, gemeinsam zu agieren und nicht immer darüber zu klagen, daß dies und jenes nicht in Ordnung ist. Kollege Benedikter sagt immer wieder, daß dies und jenes verfassungswidrig ist. Mit etwas mehr Optimismus kommen wir schneller weiter!

**PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC):** Prima di cominciare a rispondere alle tante domande che sono state poste - non so se sarò in grado di farlo per tutti quelli che sono intervenuti, probabilmente qualcosa mi è sfuggito e probabilmente dovrò fare riferimento anche ad aspetti di carattere generale che qui mi sembra abbiano avuto più peso rispetto alla trattazione del bilancio medesimo - vorrei scostarmi dal consigliere Montali per quanto riguarda il motivo per la richiesta di sospensione. Dato che sono già le 18.22, e presumo che arriveremo alle ore 19 quando la discussione generale sarà appena conclusa, chiedo formalmente al Presidente del Consiglio provinciale la possibilità, proprio per la presentazione di emendamenti, che anche da parte della Giunta vi possa essere un confronto. Questo del resto l'avevo già fatto presente stamattina, quando incominciavano ad esserci emendamenti, al Presidente della Giunta provinciale. Chiedo quindi al Presidente del Consiglio provinciale se domani mattina è possibile spostare l'inizio dei lavori per consentire una breve seduta della Giunta provinciale, cosa che va incontro anche alle opposizioni che hanno chiesto una sospensione per poter approfondire gli emendamenti.

Per quanto riguarda il bilancio mi sembra che l'aspetto fondamentale sia l'integrazione di disponibilità di risorse pari a 176 miliardi, che rappresenta il 4% dell'importo totale a disposizione della Provincia autonoma di Bolzano. Abbiamo visto come questa ulteriore disponibilità serva soprattutto per la Sanità. Sono oltre 50 miliardi che lì vengono messi a disposizione, per il personale ci sono oltre 25 miliardi, e il fatto che la contrattazione triennale sia stata oggi finalmente consentita anche da parte della Corte dei Conti richiede questa maggiore disponibilità a disposizione del personale. Voglio fare una parentesi che non fa che confermare le preoccupazioni di molti che mi hanno preceduto, per quanto riguarda i 10 miliardi per interessi passivi, per quanto attiene questa situazione finanziaria di cassa che ci vede spesso, per non dire sempre, con una situazione sotto zero. Vorrei portare a conoscenza del Consiglio provinciale la situazione di cassa della fine di agosto, sono stati riscossi fino a questa data 2.021 miliardi, pagati 2.255 miliardi, quindi già con un disavanzo di 234 miliardi alla fine di agosto. In Tesoreria inoltre sono giacenti

ulteriori titoli di spesa da pagare di 246 miliardi, sono stati emessi in questi giorni ulteriori titoli di spesa per 92 miliardi, per cui abbiamo un ulteriore fabbisogno di questi giorni di 338 miliardi che portano a 572 miliardi la possibile anticipazione di cassa in essere con il tesoriere. Voi sapete che noi abbiamo con il tesoriere un contratto che abbiamo stipulato pochi mesi fa con un pool di banche, una possibilità di intervento che non superi i 400 miliardi. Faccio presente che non abbiamo ritenuto ancora opportuno aumentare questo fondo. Per inciso aggiungo che la vicina provincia di Trento che si trova nelle nostre identiche situazioni ha possibilità maggiori della nostra in quanto anziché avere in convenzione con il pool di banche questo importo di 400 miliardi oltre il quale non si può andare come passività, ha la percentuale del 20% sul totale del bilancio il che sostanzialmente consente un intervento esattamente il doppio rispetto alla provincia di Bolzano. Vorrei far presente, proprio perché alcuni consiglieri hanno manifestato preoccupazione, come per la fine dell'anno siano previsti altri 1.200 miliardi oltre ai 576 di cui dicevo prima, per cui in totale necessitano 1.770 miliardi e quindi nonostante le previsioni di entrate che riguardano 422 miliardi per l'acconto dei tributi del 1993 per l'ultimo trimestre, la quota imposta di fabbricazione per la benzina dell'anno 1990 che dovrebbe essere di 202 miliardi, le quote variabili del 1988 e 1989 per le quali è già intervenuto un accordo ai sensi dell'art. 10 delle norme di attuazione finanziarie 576 miliardi e la sanità, il saldo del primo e secondo semestre 1993 per 240 miliardi, comprendono un totale di 1.440 miliardi che sono inferiori rispetto alla necessità fino alla fine di gennaio perché il bilancio deve tener conto anche delle esigenze del mese di gennaio.

Si prospetta necessario perfezionare gli accordi per altre entrate che sono previste per circa 2.000 miliardi per i quali peraltro sono indispensabili accordi che devono essere presi con il competente ministero. Questa situazione finanziaria della Provincia contempla davvero una situazione che non può essere sempre sopportabile. E' vero quello che ha detto Meraner che ha fatto i conti molto bene, i 170 milioni circa di deficit di interessi passivi che la Provincia paga ogni giorno corrispondono alla realtà. Nell'ultimo trimestre, se non erro, compreso il primo trimestre, perciò sei mesi, che scadeva alla fine di giugno, eravamo fuori per quasi 15 miliardi di interessi passivi. D'altra parte devo dire che la situazione finanziaria della Provincia, seppure in questi frangenti si trova in questa situazione negativa per quanto attiene il pagamento di interessi, rispetto al passato è notevolmente migliorata. I consiglieri provinciali si sono resi conto che con il nuovo regime finanziario che ha avuto decorrenza retroattiva dal 1. gennaio 1988 le previsioni che erano quelle di aumentare il bilancio che poteva essere nell'ordine di 1.800 miliardi per il quinquennio precedente, che poteva essere così cautamente stabilito in circa 500 miliardi all'anno in più, in effetti ha consentito una delle risorse notevolmente superiori. Pensiamo che quest'anno il bilancio è nell'ordine dei 4.500 miliardi con i 176 che si vengono ad aggiungere con l'assestamento, e quindi si sono superate notevolmente le previsioni che cinque anni fa si riteneva essere nell'ordine dei 500 miliardi all'anno di

media in più rispetto al quinquennio precedente. Si è concluso invece il quinquennio 1988-1993 con una media per anno superiore di disponibilità di risorse pari a 1.130 miliardi all'anno.

Molti hanno parlato del senso di responsabilità che vi deve essere da parte dell'amministrazione nei confronti del bilancio. Non si può che dare ragione a chi fa presente questo aspetto, non si può che confermare che, soprattutto nel futuro, credo che già a partire dal prossimo bilancio 1994, per il quale la Giunta provinciale dovrà predisporre un bilancio tecnico tenuto conto del fatto che non si possono prendere decisioni politiche per una Giunta che non è in carica ma che sarà il frutto del risultato della prossima competizione elettorale, per questo bilancio tecnico già ora è prevista una cifra notevolmente inferiore a quella di quest'anno, si parla di una cifra inferiore ai 4.000 miliardi. E' chiaro quindi che come risorse a disposizione di questa provincia con l'anno 1993 c'è stato il culmine e pur tenendo conto anche di una inflazione che non è così galoppante come in passato ed è contenuta, ma nonostante questo contenimento si possa parlare di una inflazione nell'ordine del 4,5%, in prospettiva per l'anno 1994 dovrebbe calare al 3% secondo le previsioni del Governo, addirittura al 2,5% nel 1996, se sono previsioni che poi verranno confortate dalla realtà non lo sappiamo ma ci auguriamo di sì. Ebbene, nonostante l'inflazione è chiaro che già a partire dal prossimo anno le risorse saranno inferiori. Perciò non si può non essere d'accordo con chi parla di oculatezza da parte dell'Amministrazione in un momento in cui le esigenze aumenteranno, ma soprattutto l'opinione pubblica, i cittadini saranno più attenti. Oggi c'è un risveglio di attenzione da parte dei cittadini nei confronti della politica dell'amministrazione, in un momento in cui proprio i fondi sono destinati a calare. E poi non c'è dubbio che il sistema politico su cui si è basata anche l'amministrazione di questi ultimi anni è destinato a cambiare. Io sono certo che le distinzioni ideologiche che hanno comportato tensioni e contrapposizioni avranno in futuro certamente, e qui mi riferisco all'intervento molto accalorato del consigliere Benussi, io sono certo che ci sarà sempre bisogno del contributo di tutti per arrivare a trovare una soluzione di distribuzione delle risorse la più equilibrata ma soprattutto la più rispondente alle reali esigenze dell'opinione pubblica.

Vorrei aggiungere qualcosa sul fatto della geografia di cui si è parlato tanto. Io credo di poter dire che di questo problema si è voluto dare un'amplificazione certamente superiore rispetto a quello che il problema in sé aveva al suo interno. La sperimentazione che la scuola Archimede ha chiesto certamente non risolve i problemi del bilinguismo per il gruppo italiano, e qui bisognerebbe fare un lungo discorso per capire come la mutata situazione da parte del gruppo italiano che in questi ultimi anni si è reso consapevole dell'importanza dell'apprendimento del tedesco non soltanto come fatto tecnico per sapere una lingua in più o per avere la possibilità di poter trovare lavoro in questa provincia, ma io sono certo che questa volontà esprime anche una consapevolezza interiore che solo attraverso la conoscenza anche della lingua c'è la possibilità di avere un maggior rapporto di collaborazione con l'altro gruppo. Questo credo che sia il motivo fondamentale che fa

scattare questo meccanismo di grandissimo interesse nei confronti di questo problema, che non si risolve con le due ore in più o in meno di tedesco, chiaramente, ma si risolve attraverso altre soluzioni che peraltro si stanno portando avanti, perché non si può neanche non dire che non è stato fatto niente. Si sta continuamente facendo qualcosa in più. Anche recentemente il Consiglio di Stato ha riconosciuto non più come sperimentale la possibilità di apprendere la lingua tedesca anche nella prima classe elementare. La Provincia ha fatto ricorso e il Consiglio di Stato ha dato ragione alla Provincia. Oltre a questo c'è l'aggiornamento degli operatori, degli insegnanti, c'è lo scambio culturale, ci sono i soggiorni, c'è una serie di iniziative, adesso si parla anche di computerizzazione. Voi sapete che i giovani hanno dimestichezza con questi meccanismi per cui probabilmente attraverso l'informatica mi auguro si possa trovare una nuova strada. Siamo in fase di ricerca, però questo potrebbe essere un ulteriore modo che, attraverso il gioco del computer, si possa dare un'ulteriore opportunità di apprendimento della seconda lingua. Non è questa certamente la panacea che risolverà l'apprendimento della seconda lingua, però è sintomatico che da parte della Giunta provinciale c'è stato un momento nel quale si è dimostrato di capire le esigenze di tutti i gruppi etnici qui conviventi e si è dimostrato con la scelta della Giunta provinciale di venire incontro ad una reale, effettiva esigenza da parte del gruppo etnico italiano che chiedeva di poter fare anche questa sperimentazione. Da questo punto di vista va apprezzato il risultato che si è avuto con l'allargamento della lingua tedesca con un aumento di due ore nelle quali si può insegnare quello che si vuole.

Tutti hanno parlato di toponomastica. Io dirò solo due parole. Il risultato che è stato ottenuto mi sembra saggio. Esso porterà, secondo me, a poter affrontare il problema in termini diversi e mi auguro in termini anche di maggior capacità di tener conto delle esigenze degli altri. Quando si parla di uso dei toponimi non si vuole assolutamente far riferimento al Regio Decreto del 1923 e 1940. Diceva Benedikter per quale ragione si dovrebbero tenere in uso. Certo, io ho avuto occasione di vedere questi toponimi, più di 8.000 del Regio Decreto del 1923 e del 1940 e mi ricordo che in quel frangente ero assieme al consigliere Tribus perché discutevamo un documento che poi abbiamo ottenuto senza l'appoggio del gruppo verde, ma in quella circostanza ricordo che avevo avuto in visione il libricolo sul quale vengono riportati tutti i toponimi. Ebbene, di questi toponimi tantissimi non sono usati dal gruppo linguistico italiano. E' vero quindi che non si può parlare di 8.000, perché non sono in uso corrente, ma è vero che non si può parlare neanche di 30, 40, o 50. Bisognerà trovare una forma di soluzione che mi sembra sia l'accordo di legislatura precedente perché parla di uso...

**MONTALI (MSI-DN):** Ma cosa c'entra con il bilancio?

**PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC):** A me sembrava di dover parlare di questo argomento perché ci sono stati interventi molto lunghi.

Un'altra cosa mi è stata addebitata, e non posso che dire che è vero. Il consigliere Meraner mi ha attaccato per la mia non sempre presenza all'interno della Commissione per il bilancio. Devo invece riconoscere a Lei la presenza, la costanza e l'impegno che ho avuto modo di poter apprezzare e conoscere quando invece come presidente del Consiglio provinciale mi sono trovato a confrontarmi con Lei nell'approvazione del regolamento interno. Devo ammettere che il Suo impegno è totale, deve però anche considerare che in quel momento, si parla di giugno, io da pochi mesi avevo assunto l'incarico di Assessore e davvero ero preso dal fatto di cercare di capire tutti i meccanismi e proprio non riuscivo a conciliare le esigenze della Commissione con le esigenze quotidiane del mio ufficio. Io ammetto che avrei voluto essere più presente alla discussione in seno alla commissione, però contemporaneamente la mia presenza era necessaria in altre realtà. Io chiedo scusa, non ho nessun problema a dirlo, ma non è stato per mia volontà. Era sempre presente il funzionario che mi veniva a riferire.

La storia delle tasse per i cittadini. Consigliere Meraner, Lei sa benissimo che non è competenza nostra, condivido quello che dice, soprattutto quando dice che le categorie più povere a fronte di queste nuove tasse si sono trovati in difficoltà, però se da una parte occorre un maggior senso di responsabilità da parte dell'amministrazione che io ribadisco, è anche vero che occorre maggior senso civico da parte di molti cittadini non soltanto a livello nazionale ma anche a livello della provincia di Bolzano, perché l'evasione fiscale non è un fenomeno soltanto meridionale ma generale che riguarda anche la provincia di Bolzano. E ripeto quindi che ci vorrebbe una maggior coscienza civica da parte di tutti i cittadini della provincia di Bolzano e un maggior equilibrio fiscale, una maggior giustizia fiscale. Io non penso che la situazione dipinta da molti in termini così catastrofici sia una situazione reale. Credo di poter dire che se è vero che ci sono degli aspetti della nostra amministrazione che vanno sicuramente migliorati, abbiamo visto e conosciamo tutti la situazione degli anziani, dei lungodegenti, della psichiatria, della casa soprattutto riferita alla città di Bolzano. Dobbiamo però anche ammettere che se noi giriamo la nostra provincia, ci guardiamo attorno e vediamo le realizzazioni, magari anche quelle che in qualche modo il consigliere Benussi porta poi come aspetto negativo, perché è anche vero che sotto sotto ci può essere l'aspetto negativo, ma c'è anche l'aspetto positivo, perché se siamo in grado di poter offrire ai nostri cittadini una residenza come quella che magari gli amici di Benussi hanno potuto vedere, può essere positivo. Ma non è soltanto la residenza, è una serie di strutture sociali, sportive. Negli ultimi dieci anni credo che davvero il livello quantitativo e qualitativo è notevolmente migliorato. Non penso si possa dire che la Provincia di Bolzano non abbia amministrato bene, perché davanti agli occhi di tutti c'è una realtà che appare nella sua completezza e reale entità.

**MONTALI (MSI-DN):** E' merito della Democrazia Cristiana?

**PELLEGRINI (Assessore alle finanze, patrimonio e cultura - DC):** Non solo, anche delle opposizioni. Consigliere Montali, in Sua assenza ho chiesto alla Presidenza una sospensione per una riunione domani mattina dalle 10 alle 10.30 per esaminare gli emendamenti, cosa che avrei chiesto a prescindere dalla Sua richiesta perché l'avevo già concordata con il Presidente Durnwalder stamattina.

**PRESIDENTE:** E' stato presentato un ordine del giorno che deve essere tradotto, quindi non lo discutiamo stasera. E' concluso il dibattito generale. Domani iniziamo con la discussione dell'ordine del giorno e poi passeremo alla votazione per il passaggio alla discussione articolata.

E' stata richiesta prima dal consigliere Montali e per altre ragioni poi dall'assessore Pellegrini una posticipazione dell'inizio dei lavori di una mezz'ora, ma siccome so che è stata avanzata la richiesta anche da parte del consigliere Montali che deve riconoscere essere come la pupilla dei miei occhi, direi di iniziare alle 11 domani in modo che ci sia tempo di esaminare gli emendamenti.

Ha chiesto la parola l'assessore Achmüller sull'ordine dei lavori.

**ACHMÜLLER (Landesrat für Personal, Landschafts- und Umweltschutz - SVP):** Herr Präsident! Ich bin Einbringer eines Abänderungsantrages, der ziemlich lang ist. Es handelt sich um einen Artikel betreffend die Pensionierung des Personals. Ich würde mich anbieten, diesen Artikel den Fraktionssprechern und allen Interessierten eine halbe Stunde vor der Sitzung zu erklären, um etwas Zeit zu gewinnen. Kollege Montali hat beanstandet, daß es nicht richtig ist, solche Anträge zu bringen. Ich sage nur, daß ich dazu bereit bin, diesen Artikel vor der Sitzung inhaltlich zu erklären!

**KLOTZ (UFS):** Herr Präsident! Ich bin der Meinung, daß solche Änderungen grundsätzlich hier im Landtag zu diskutieren bzw. zu erklären sind. Es könnte nämlich abgeleitet werden, daß man gewisse Dinge - ich unterstelle dies dem Landesrat nicht - im geheimen Kämmerlein abklärt. Meiner Ansicht nach sind dies Dinge, die jeder Abgeordnete authentisch mitbekommen sollte.

**PRESIDENTE:** Domani si potrà vedere di venire incontro all'offerta fatta dall'assessore Achmüller. Comunque la seduta inizierà alle ore 11.

La seduta è tolta.

ORE 18.53 UHR





## **SEDUTA 217. SITZUNG**

**8.9.1993**

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Achmüller (64)

Benedikter (4)

Benussi (50)

Kaserer (57)

Klotz (11,64)

Montali (29,31,56)

Pahl (37)

Pellegrini (59)

Tribus (45)

Viola (19)

Zendron (34)